

Genehmigt: 11.11.2021

Protokoll Nr. 14

Stadtratssitzung

Donnerstag, 02.09.2021, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Traktanden

**Geschäfts-
nummer**

- | | | |
|----|--|-----------------|
| 1. | Kleine Anfrage Regula Bühlmann (GB): Bereitstellung von personellen Ressourcen bei Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub
(FPI: Michael Aebersold) | 2021.SR.000161 |
| 2. | Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Ueli Jaisli/Thomas Glauser, SVP): Vierfeld: Kritische Fragen zur Klimastrategie der Stadt Bern
(FPI: Michael Aebersold) | 2021.SR.000164 |
| 3. | Kleine Anfrage Fraktion GLP/JGLP (Salome Mathys/Simone Rihs, GLP): Auf welcher rechtlichen Basis gewährte der Gemeinderat Bern Welcome ein zinsloses Darlehen von rund einer Million und was passiert damit, wenn der Bund keine Härtefallgelder für Bern Welcome spricht? (PRD: Alec von Graffenried) | 2021.SR.000165 |
| 4. | Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025
(FD: Katharina Altas / FPI: Michael Aebersold) | 2020.FPI.000130 |
| 5. | Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)
(FD: Laura Binz / FPI: Michael Aebersold)
<i>(vgl. separate Verhandlungsordnung für die zwei Geschäfte)</i> | 2020.FPI.000131 |

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 14.....	773
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr	775
Mitteilungen des Vorsitzenden	776
Traktandenliste	776
1 Kleine Anfrage Regula Bühlmann (GB): Bereitstellung von personellen Ressourcen bei Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub	776
2 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Ueli Jaisli/Thomas Glauser, SVP): Viererfeld: Kritische Fragen zur Klimastrategie der Stadt Bern	776
3 Kleine Anfrage Fraktion GLP/JGLP (Salome Mathys/Simone Rihs, GLP): Auf welcher rechtlichen Basis gewährte der Gemeinderat Bern Welcome ein zinsloses	

	Darlehen von rund einer Million und was passiert damit, wenn der Bund keine Härtefallgelder für Bern Welcome spricht?.....	777
4	Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025	777
5	Produktegruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)	777
	Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.40 Uhr.....	810
4	Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025	811
5	Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)	811
	Präsenzliste der Sitzung 20.50 bis 22.40 Uhr.....	838
4	Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025	839
5	Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)	839
	Traktandenliste.....	859
	Eingänge	860

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Kurt Rüeegsegger

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Lionel Gaudy	Halua Pinto de Magalhães
Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Tabea Rai
Valentina Achermann	Thomas Glauser	Daniel Rauch
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Simone Richner
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Claudio Righetti
Lena Allenspach	Erich Hess	Mirjam Roder
Katharina Altas	Michael Hoekstra	Sarah Rubin
Ursina Anderegg	Seraphine Iseli	Rahel Ruch
Tom Berger	Ueli Jaisli	Michael Ruefer
Nicole Bieri	Bettina Jans-Troxler	Remo Sägger
Diego Bigger	Anna Jegher	Judith Schenk
Lea Bill	Nora Joos	Marianne Schild
Laura Binz	Barbara Keller	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Ingrid Kissling-Näf	Sara Schmid
Regula Bühlmann	Fuat Köçer	Zora Schneider
Dolores Dana	Eva Krattiger	Edith Siegenthaler
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Ursula Stöckli
Sibyl Martha Eigenmann	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Vivianne Esseiva	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Jelena Filipovic	Simone Machado	Ayse Turgul
Jemima Fischer	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Thomas Fuchs	Tanja Miljanovic	Manuel C. Widmer
Katharina Gallizzi	Alina Irene Murano	Marcel Wüthrich
Eva Gammenthaler	Barbara Nyffeler	

Entschuldigt

Ruth Altmann	Nicole Cornu	Brigitte Hilty Haller
Francesca Chukwunyere	Claudine Esseiva	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Reto Nause SUE	Michael Aebersold FPI
Franziska Teuscher BSS	Marieke Kruit TVS	

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin Christine Otis, Protokoll Cornelia Stücker, Sekretariat	Sabrina Hayoz, Ratsweibelin-
--	------------------------------

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin und Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen des Vorsitzenden

Präsident *Kurt Rügsegger*: Ich heisse Sie herzlich willkommen zur heutigen Sitzung und bitte Sie um Ruhe, damit wir pünktlich beginnen können. Virtueller ist heute niemand zugeschaltet. Ich begrüße ganz herzlich Judith Schenk (GLP), sie ist neu im Stadtrat und steigt direkt in die Budgetdebatte ein, ich wünsche ihr trotzdem einen guten Start. Herzlich willkommen!

Traktandenliste

Die Traktanden 4 und 5 werden gemeinsam behandelt.

Diskussion und Beschlüsse siehe Traktandum 4.

2021.SR.000161

1 Kleine Anfrage Regula Bühlmann (GB): Bereitstellung von personellen Ressourcen bei Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub

Regula Bühlmann (GB): Vielen Dank für die Beantwortung der kleinen Anfrage. Es ist enttäuschend, dass in der Stadt Bern kein einheitliches Vorgehen in Bezug auf Mutterschaftsvertretungen besteht. In der Antwort steht, dass es nicht klar geregelt sei, wie diese Absenzen aufgefangen werden, so dass sie nicht zu einer Mehrbelastung der Teams führen. Das bedeutet, dass wir mit einer Interpellation nachfragen müssen, damit unser Anliegen abschliessend geklärt wird. Weiter möchten wir beliebt machen, dass Mutterschaftsabsenzen durch eine Vertretung überbrückt werden. Das städtische Personal ist bereits belastet und es gibt Finanzierungsmöglichkeiten. Es geht nicht an, dass die Stadt spart, indem Mutter- oder Vaterschaftsurlaube nicht überbrückt werden. Wir sind mit der Antwort teilweise zufrieden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2021.SR.000164

2 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Ueli Jaisli/Thomas Glauser, SVP): Viererfeld: Kritische Fragen zur Klimastrategie der Stadt Bern

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Wenn Sie eine städtische Klimastrategie anwenden wollen, wäre es konsequent und mutig, auf die Überbauung im Viererfeld zu Gunsten des Grünraumes zu verzichten. Auch die Überbauung auf dem Gaswerkareal sollte im Sinne des Klimaschutzes zurückgestellt werden. Wenn weiterhin von der Stadt Überbauungen geplant werden, damit mehr Leute in die Stadt ziehen, kommen wir betreffend Klimaschutz und den Vorgaben aus entsprechenden, internationalen Abkommen nicht vorwärts. Der Bundesrat hat diese Abkommen aus unserer Sicht miserabel verhandelt, da nicht

eruiert wurde, wie viele Menschen bereits in Bern wohnen. Wenn immer mehr Leute nach Bern ziehen, können wir die Klimaziele mitnichten erreichen. Einmal mehr stellt dies ein Versagen der rot-grünen Stadtpolitik dar. Die SVP macht grüne Politik, wo es aus unserer Sicht sinnvoll ist: Verzichten wir auf die geplante Überbauung im Viererfeld und machen aus dem Gaswerkareal einen grünen Park. So könnte die Stadt ihre Klimaziele erfüllen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2021.SR.000165

- 3 Kleine Anfrage Fraktion GLP/JGLP (Salome Mathys/Simone Rihs, GLP): Auf welcher rechtlichen Basis gewährte der Gemeinderat Bern Welcome ein zinsloses Darlehen von rund einer Million und was passiert damit, wenn der Bund keine Härtefallgelder für Bern Welcome spricht?**

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

- Die Traktanden 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

2020.FPI.000130

4 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025.
Bern, 24. März 2021

Diskussion und Beschlüsse siehe Traktandum 5.

2020.FPI.000131

5 Produktegruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderates vom 30. Juni 2021 betreffend Produktegruppen-Budget 2022.
2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 2.1 Die Stimmberechtigten beschliessen das Produktegruppen-Budget 2022 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 1 336 739 553.85, einem Ertrag von Fr. 1 286 097 209.25 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 50 642 344.60. Sie legen die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.

- 2.2 Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2022 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 9 375 666.00 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
- 2.3 Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 38 873 287.62, einem Ertrag von Fr. 38 427 750.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 445 537.62.
- 2.4 Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 71 500 403.23, einem Ertrag von Fr. 112 568 075.13 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 41 067 671.90.
- 2.5 Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 29 169 708.16, einem Ertrag von Fr. 28 010 909.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 1 158 799.16.

3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 30. Juni 2021

Anträge Grundsatz zu IAFP und PGB

3	FDP/JF, Mitte	IAFP			R	<i>Rückweisung IAFP:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, mittels einer gezielten Ausgabenentwicklung einen IAFP für alle Planjahre zu erarbeiten, welcher die selbst gesetzten finanzpolitischen Grundsätze (Vorbericht IAFP, S. 13, Ziff. 2.3) erfüllt bzw. der neu aufgesetzten Finanzstrategie entspricht.
4	FDP/JF	IAFP			R	<i>Rückweisung IAFP:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, einen IAFP vorzulegen, der einen gleichbleibenden Steuerfuss und keine neuen bzw. höhere Abgaben vorsieht.
26	Mitte	PGB		Alle Dienststellen	R	<i>Rückweisung:</i> Das Produktgruppenbudget 2022 wird vom Stadtrat an den Gemeinderat zur Überarbeitung mit folgenden Auflagen zurückgewiesen: 1. Das Budget 2022 weist maximal ein Defizit von CHF 20'000'000 aufweist. 2. Sparmassnahmen werden grundsätzlich aufwandseitig vorgenommen. 3. Auf die Einführung oder Erhöhung von Steuern und Gebühren ist zu verzichten.
38	SVP	PGB			R	<i>Rückweisungsantrag:</i> SVP Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, 50 Millionen einzusparen; dies unter Ausarbeitung einer Verzichtplanung insbesondere und Priorisierung der Aufgaben. Es sind weitere unnötig teure Sanierungen zurückzustellen und die Projekte entsprechend anzupassen und/oder definitiv zu verzichten.
39	SVP	PGB			R	<i>Eventual-Rückweisungsantrag zu Antrag Nr. 38:</i> Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz ist von 1.54 auf 1, 49 zu senken; das Budget 2022 darf kein Defizit ausweisen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtplanung insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.

37	SP/JUSO	IAFP	<p><i>Insbesondere:</i> Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz; Soziale Einrichtungen; Alimentenbevorschussung; Koordinationsstelle Sucht; Ambulante Sozialhilfe; SZMD; Asylsozialhilfe; Massnahmen zur berufl. + sozialen Integration; Kompetenzzentrum Jugend + Familie; Gesundheitsdienst; sozialen Integration</p> <p><i>Insbesondere:</i> 280200-1; 310100; 310300; 310400; 310500; 310600; 330300; 360100; 370100-1b</p>		<p><i>Soziale Folgen Corona:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, soziale (Langzeit-) Folgen von Corona mit entsprechenden Massnahmen zu lindern. Abhängig von der Erhöhung der Anzahl armutsgefährdeter Menschen in der Stadt Bern sind entsprechend Mittel im Vergleich zum Budget 2021 zu erhöhen. Die SBK ist darüber im Rahmen der Jahresberichterstattung 2022-25 in Kenntnis zu setzen.</p>
1	GLP/JGLP	IAFP	16	Steuereinnahmen /übergeordnet	Der Gemeinderat legt die wichtigsten unterliegenden Annahmen, Grundlagen und Modelle für die Prognosen zu den Steuereinnahmen zukünftig im IAFP offen.
2	GLP/JGLP	IAFP	71	Liste der neuen Ausgaben und Leistungsausbau	"Gebundene" Aufgaben aufgrund von Stadtratsentscheiden sollen separat ausgewiesen werden neben den freiwilligen Aufgaben des Gemeinderates.
5	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Auf einen Personalausbau (FTE) in der Verwaltung für die Planjahre (2022-2025) ist zu verzichten.
6	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Bis 2025 zählt die Verwaltung der Stadt Bern 5 % weniger FTE.
7	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Es ist ein zentraler Personaldienst einzuführen, dem die Planung der Stellen direktionsübergreifend obliegt.
8	FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Für Stadtberner Personal, das Jahreseinkommen über brutto CHF 120'000 bezieht, ist die Vertrauensarbeitszeit einzuführen.
9	FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Die Arbeitszeiten der Stadtangestellten sind marktüblichen Konditionen anzupassen. Für die Definition der Marktüblichkeit sollen auch die Konditionen der Privatwirtschaft berücksichtigt werden.
10	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Die Anzahl der Ferien- und Freitage der Stadtangestellten sind marktüblichen Konditionen anzupassen. Für die Definition der Marktüblichkeit sollen auch die Konditionen der Privatwirtschaft berücksichtigt werden.
11	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Das Pensionsalter der Verwaltungsangestellten ist auf dasjenige in der Bundesgesetzgebung vorgesehene Alter (zurzeit 65 Jahre für Männer und 64 Jahre für Frauen) festzulegen.
12	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Auf die drei zusätzlichen Ferientage für das Personal ist zu verzichten.

13	FDP/JF, Mitte	PGB	allg.	Alle Dienststellen	Auf die drei zusätzlichen Ferientage für das Personal ist zu verzichten. Das Budget der Stadt Bern sei um CHF 860'000 zu kürzen.
14	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Treueprämien für das Personal sind abzuschaffen.
15	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Die Aufgabenüberprüfung (Durchleuchtung von Leistungen, insbesondere auf Synergien hin) ist prioritär durchzuführen. Wo Überschneidungen von Aufgaben festgestellt werden, sind sie zu beseitigen.
16	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Die künftige Verschuldung ist derart auszugestalten, dass sie innerhalb eines Konjunkturzyklus amortisiert werden kann.
17	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Der Bruttoverschuldungsanteil der Stadt Bern ist mindestens auf den Durchschnitt der Gemeinden im Kanton Bern zu senken.
18	FDP/JF, Mitte	IAFP	allg.	Alle Dienststellen	Im IAFP ist aufzeigen, dass die Förderung des Wirtschaftsstandortes Bern ein zentrales Ziel ist.
19	FDP/JF, Mitte	IAFP	37 ff.	Alle Dienststellen	Die Sanierung von wertzehrender und sich in einem energetisch schlechten Zustand befindlichen städtischen Infrastruktur ist prioritär vorzunehmen.
20	FDP/JF, Mitte	IAFP	35	Alle Dienststellen	Der Realisierungsgrad von Investitionsvorhaben hat mindestens 80 % zu betragen.
21	FDP/JF	IAFP	31	Alle Dienststellen	Unter Ziff. 5.4 "Chancen und Risiken" (S. 31) ist zu erwähnen, dass das Steuersubstrat aufgrund der Wohnbaupolitik des Gemeinderats tendenziell abnehmen wird.
22	FDP/JF	IAFP	allg.	Steuerverwaltung	Die Prognosen der Steuereinnahmen sind bis 2025 maximal auf CHF 509'436'215 (Stand 2019) festzulegen.
23	GB/JA	IAFP	13	Finanzpolitischer Grundsatz 8	Es ist zu prüfen, ob dieser Grundsatz gegen oben angepasst werden könnte und welche finanzpolitischen Spielräume es eröffnen würde, wenn der Bruttoverschuldungsanteil über 140 Prozent steigen könnte.
24	GB/JA	IAFP	16		Sollten die Steuereinnahmen ab 2022 höher ausfallen als im IAFP 2022-2025 prognostiziert, muss der Gemeinderat die FIT II-Sparziele entsprechend anpassen und dem Stadtrat gegenüber deklarieren, auf welche Sparmassnahmen verzichtet wird.
25	GB/JA	IAFP	221	MIP allgemein	Der Gemeinderat soll in der MIP ein besonderes Augenmerk auf eine realistische Investitionsplanung legen und nicht nur die geplanten, sondern auch den effektiven Stand der Umsetzung der ursprünglich geplanten Investitionen ausweisen. Z.B. im AFP-Teil zur mittelfristigen Investitionsplanung, analog wie die PGB die Abweichungen der Budgets vs. Rechnungen ausweisen.
27	Mitte	IAFP		Direktionsübergreifend	Der Gemeinderat soll einen IAFP vorlegen, welcher bis und mit Planjahr 2025 eine ausgeglichene Rechnung präsentiert. Neue Aufgaben sind transparent aufzuzeigen und intern zu kompensieren, wobei die Kompensation im Detail auszuweisen ist.
28	Mitte	IAFP		Direktionsübergreifend	Um dem exorbitanten Stellenwachstum der letzten Jahre entgegenzuwirken, soll der Gemeinderat eine Änderung des Personalreglements ausarbeiten, das neu verpflichtend eine 42h-

					Woche für die Angestellten der Stadt Bern vorsieht. Die neue Arbeitszeit ist sodann von Gemeinderat bei der Stellenplanung bei künftigen IAFP mitzubersichtigen.
29	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Gesundheits-schutz/Anstellungsbedingungen:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Gesundheitsschutz für Mitarbeitende mit schwer belastenden Tätigkeiten insbesondere durch Frühpensionierungslösungen verbessert werden kann.
30	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Anstellungsbedingungen:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Anstellungsbedingungen der städtischen Angestellten insbesondere mit einer Realloohnerhöhung in tieferen Lohnklassen zu verbessern, sobald es die Finanzlage der Stadt Bern erlaubt.
31	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Stellenabbau:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, den mit FIT II geplanten Stellenabbau im Niedriglohnbereich (insbesondere beim Unterhalt und der Reinigung/ PG-Nr. 510300-13//1819 wie auch in der Administration) laufend mit den Sozialpartnern zusammen zu überprüfen, und sofern es die Finanzlage zulässt, rückgängig zu machen.
32	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Brückenangebote für Berufseinsteigende:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, zusätzliche Brückenangebote für Berufseinsteiger:innen in der Stadtverwaltung zu schaffen.
33	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Design to cost:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, für sämtliche Infrastruktur- und Informatikprojekte das Prinzip des Design to cost einzuführen, mit dem Ziel die Investitionskosten um 20 Prozent zu senken. Bei bereits projektierten Vorhaben ist zu prüfen, inwiefern diese Vorgabe kurzfristig ebenfalls umgesetzt werden kann.
34	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Finanzplanung:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, in der Finanzplanung den grossen Finanzbedarf für die digitale Transformation und den sozioökologischen Umbau auszuweisen und rechtzeitig zu berücksichtigen.
35	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Kostendeckende Verrechnungen:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, dass Dienstleistungen der Stadtverwaltung, welche an Dritte erbracht werden, kostendeckend bzw. angemessen verrechnet werden. Der Stadtrat ist im Rahmen der Jahresberichterstattung 2023 darüber zu informieren.
36	SP/JUSO	IAFP		alle	<i>Abgestufte Gebühren:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei steuerfinanzierten Leistungen bzw. Investitionen von auswärtigen Personen höhere Beiträge und Gebühren erhoben werden können. Der Stadtrat ist im Rahmen der Jahresberichterstattung 2023 darüber zu informieren.
40	SVP	PGB			Allfällige vom Stadtrat zusätzlich zum Antrag des Gemeinderats beschlossene Anträge, die zu Mehrausgaben für die Stadt führen, seien - sofern der Antragsteller keine andere Kompensationsvariante vorsieht, vollumfänglich bei der

				Verkehrsplanung und/oder der BSS und im Kulturbereich zu kompensierten, wobei der Gemeinderat entscheiden soll, wo und in welchem Umfang die Mehrausgaben jeweils kompensiert werden.
41	SVP	IAFP		Auf die Einführung neuer Gebühren und Erhöhung im Sinne der Sparmassnahmen sei generell zu verzichten.
42	SVP	IAFP		Der Personalaufwand sei um 5 % zu reduzieren.
43	SVP	IAFP		<i>Eventualantrag zu Antrag 42 SVP:</i> Der Personalaufwand sei um 2,5 % zu reduzieren.
44	SVP	IAFP		Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus rassistischen Gründen, Gründen der sexuellen Orientierung aus politischen Gründen diskriminieren.

Sprecherin Finanzdelegation (FD) *Katharina Altas* (SP) zu Traktandum 4: 2019 sind die Steuereinnahmen der juristischen Personen eingebrochen. Daraufhin hat der Gemeinderat ein lineares Kürzungspaket vorgeschlagen, mit dem wir uns in der letztjährigen Budgetdebatte beschäftigt haben. Die diesjährige Jahresrechnung schloss mit einem Minus von 11,5 Mio. Franken ab. Der städtische Haushalt hatte im Jahr 2020 einen Aufwand von 1,318 Mrd. Franken und einen Ertrag von 1,306 Mrd. Franken. Der Bilanzüberschuss sinkt damit auf 75,6 Mio. Franken. In der Finanzplanung des Gemeinderats für die nächsten Jahre wird das Massnahmenpaket mit den ungefähr 380 Massnahmen eine zentrale Rolle spielen, um die städtischen Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Ohne Finanz- und Investitionsprogramm (FIT II) würden wir 2025 bei einem Minus von 66 Mio. Franken angelangt sein. Im Rahmen von FIT II schlägt der Gemeinderat für das Jahr 2022 Sparmassnahmen in der Höhe von 32 Mio. Franken vor. Bis im Jahr 2024 sollen 50 Mio. Franken eingespart werden. Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen weist das Jahr 2019 einen Knick bei den Einnahmen der juristischen Personen auf. Für das Jahr 2022 werden deshalb 36,2°Mio. Franken weniger budgetiert. Man geht ab 2022 von einer schrittweisen Erholung des Steuerertrages aus. Die Steueranlage der Stadt Bern bleibt unverändert bei 1,54.

Die Konsequenzen der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) sind noch nicht absehbar. Erwartet wird eine höhere Belastung der Stadtkasse. Welche Auswirkungen die Pandemie auf die Steuereinnahmen haben wird, wissen wir im Moment noch nicht. Eine weitere Unsicherheit ist, dass die Steuererklärungen der juristischen Personen erst später im Jahr eintreffen und sich diese Entwicklung zeitverzögert abbildet. Beim Finanz- und Lastenausgleich nehmen die Transferaufwände zwischen 2021 und 2025 um 20,5 Mio. Franken zu. Die Transfererträge bleiben nahezu gleich. Das bedeutet, dass es eine Nettozunahme von 20,3 Mio. Franken gibt, die zum grössten Teil durch den Finanz- und Lastenausgleich erklärt werden kann. Im Allgemeinen Haushalt sind für die Jahre 2022 bis 2029 rund 1,4 Mrd. Franken an Investitionen enthalten. Im Durchschnitt macht das 175 Mio. Franken pro Jahr aus. Man geht von einem Realisierungsgrad von 75% aus. In Zahlen heisst das, dass 175 Mio. Franken pro Jahr investiert werden sollen. Teilweise können Planungen aufgrund von Verzögerungen durch Einsprachen nicht zeitgerecht umgesetzt werden. Knapp 1 Mrd. Franken davon betrifft den Hochbau, was 68% des Gesamtvolumens ausmacht. Davon entfallen 124 Mio. Franken auf Schulgebäude und 230°Mio. Franken auf Sport- und Freizeitanlagen. Grund dafür sind die steigenden Schüler*innenzahlen und ein Sanierungsstau bei der Schulinfrastruktur. Ausserdem schlägt auch die neue Schwimmhalle, die in der Länggasse gebaut wird, zu Buche. Gewisse Investitionen – wie beispielsweise die Schulraumplanung – können nicht hinausgezögert werden.

Zu den Investitionsausgaben und zur Neuverschuldung: Investitionsausgaben erfolgen historisch gesehen in längeren Zyklen. Bern steht aktuell am Anfang eines solchen Zyklus. Diese Finanzierungen sind nur mit Fremdkapital möglich. Der Vorteil ist, dass aktuell die Zinsen niedrig sind. Der städtische Haushalt wird vorübergehend eine jährliche Verschuldung von 30°Mio. Franken tragen müssen. Die Verschuldung von 30°Mio. Franken und die Investitionsausgaben von 125°Mio. Franken pro Jahr ergeben eine Selbstfinanzierung von 80°Mio. Franken pro Jahr. Zwischen 2014 und 2020 betrug der Cashflow im Schnitt 76,5°Mio. Franken. Das heisst, dass aus der Erfolgsrechnung jährlich 15°Mio. Franken zur Erhöhung des Cashflows erwirtschaftet werden müssen, um den Bruttoverschuldungsanteil mittelfristig auf 140% zu halten. Die Zielsetzung von einer maximalen Neuverschuldung von 30°Mio. Franken kann unter den jetzigen Vorzeichen nicht erfüllt werden. Die Verschuldung erhöht sich und das müssen wir vorübergehend in Kauf nehmen. Aber der Gemeinderat will den Haushalt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und mit hohem Investitionsbedarf im Gleichgewicht behalten. Das ist das erklärte Ziel. Dafür wurden die zirka 380 Entlastungsmassnahmen durch den Gemeinderat erarbeitet. Das Massnahmenpaket FIT II basiert auf Verzicht, neuen Einnahmen und Redimensionierungen von Vorhaben. Es bedeutet, dass gewisse Planungen zurückgeschraubt oder Vorhaben in die Zukunft verschoben werden. In den Jahren 2022 bis 2029 sollten sich die Investitionsausgaben gegenüber der Vorjahresplanung um 7% reduzieren.

Für den hier vorliegenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) wurde im Planjahr 2024 eine Teuerung von 0,5% eingerechnet. Bei der Umsetzung des neuen Lohnsystems, beziehungsweise weiterer Reallohnerhöhungen, sind für 2024 vorgesehene Mittel im Umfang von einem Lohnprozent eingestellt worden. Allerdings hat der Gemeinderat hierzu noch keine Beschlüsse gefasst. Bei den Prognoseannahmen für die kommenden vier Jahre bleiben die Mittel für Stufenanstiege und Beförderungen für das städtische Personal unverändert. Gegenüber 2021 gibt es keine Erhöhung der Planzahlen, da man diese mittels Fluktuationsgewinnen auffangen möchte. Gemäss Vorgaben des Gemeinderats dürfen die Stellen im ersten Jahr nur zu 50% budgetiert werden, da der Rekrutierungsprozess erst nach der Genehmigung des Produktgruppenbudgets (PGB) durch die Stimmberechtigten gestartet werden kann.

Es gibt ein paar neue Stellen, die Mehrkosten verursachen und in den Planwerten berücksichtigt wurden. Manche dieser Stellen gehen auf übergeordnete Vorgaben zurück, manche Stellen sind notwendig für die Planung der nächsten Jahre. Im Jahr 2022 werden im Allgemeinen Haushalt insgesamt 15,65°neue Stellen geschaffen, wovon 5,4°Stellen drittfinanziert, lastenausgleichsberechtigt oder über eine Spezialfinanzierung gedeckt sind. Die hier vorliegenden Prognosen im Finanzplan gehen eher von einer pessimistischen Annahme aus, aber Vorsicht ist besser als Nachsicht. Zur Grundsatzdebatte liegen keine Planungserklärungen der Finanzdelegation vor. Die Finanzdelegation nimmt den IAFP 2022 bis 2025 mit 5°Ja-Stimmen zu 1°Nein-Stimme und 2°Enthaltungen wohlwollend zur Kenntnis.

FD-Sprecherin *Laura Binz* (SP) zu Traktandum 5: Ich zeige eine Gesamtsicht auf das Budget, auf die einzelnen Direktionen werden die Kommissionssprecherinnen und -sprecher eingehen. Die Budgetierung 2022 musste erneut in einer finanzpolitisch unsicheren Situation gemacht werden. Insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Steuererträge und die Auswirkungen des Bundesgesetzes über die STAF, in Verbindung mit der kantonalen Steuergesetzreform von 2021, sind schwer einzuschätzen. Im Vergleich zu letztem Jahr, als kurzfristig linear gespart werden musste, konnte oder musste jede Direktion die Aufgaben und Leistungen prüfen, eine Priorisierung vornehmen und Sparvorschläge machen. Dieser Prozess wurde richtigerweise letztes Jahr vom Stadtrat gefordert und von den Direktionen im Hinblick auf das Budget 2022 sehr seriös umgesetzt. Das PGB 2022 weist bei unveränderter Steueranlage von 1,54 im Allgemeinen Haushalt einen Aufwand von 1,336 Mrd. Franken und einen

Ertrag von 1,286 Mrd. Franken aus. Im Allgemeinen Haushalt resultiert auf der betrieblichen Ebene somit ein Defizit von 99,3 Mio. Franken. Mit dem Ergebnis aus der Finanzierung und dem ausserordentlichen Ergebnis resultiert ein Defizit von 50,6 Mio. Franken. Per Ende 2022 sieht die Finanzplanung einen Bilanzfehlbetrag von 15,9°Mio. Franken vor. Ich komme später darauf zurück.

Im Rahmen von FIT II werden im PGB 2022 Entlastungsmassnahmen von 32°Mio. Franken umgesetzt. Gegenüber dem Budget 2021 steigt der betriebliche Aufwand auf sämtlichen Aufwandpositionen mit Ausnahme der durchlaufenden Beiträge, insgesamt um fast 29,8°Mio. Franken. Am grössten ist der Zuwachs aufwandseitig beim Transferaufwand und bei den Abschreibungen im Verwaltungsvermögen. Diesen Mehrkosten stehen Mehrerlöse von 18,2°Mio. Franken gegenüber. Mehrerlöse von 10,3°Mio. Franken werden bei den Steuern erwartet. Man rechnet für 2022 vorsichtig optimistisch mit leicht höheren Steuereinnahmen sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen.

In der Stadtverwaltung werden netto 25,9 neue Stellen geschaffen. 22 der neuen Stellen basieren auf Beschlüssen des Stadtrats oder der Stimmberechtigten oder sind durch übergeordnetes Recht oder durch unbeeinflussbare Sachzwänge begründet. Sie werden über den Allgemeinen Haushalt finanziert. 4,7 Stellen werden über den Kanton, Dritte oder Spezialfinanzierungen finanziert. Gleichzeitig werden im Rahmen der FIT II Massnahmen Stellen reduziert. Im Budgetjahr 2022 werden 25% der in FIT II vorgesehenen Stellenreduktionen umgesetzt werden, bisher ist die Stadt auf Kurs.

Das Investitionsbudget sieht für den Allgemeinen Haushalt für 2022 ein sehr hohes Investitionsvolumen von 191 Mio. Franken vor. Bei einer angenommenen Realisierung von 140°Mio. Franken können aus dem erwarteten Cashflow lediglich 19,8% selbst finanziert werden. Es muss deshalb bis Ende 2022 mit einer Neuverschuldung von rund 110°Mio. Franken gerechnet werden. Schwerpunkte der Investitionen sind auch 2022 Schulgebäude sowie Sport- und Freizeitanlagen im Eis- und Wasserbereich. Es handelt sich dabei um dringend nötige Investitionen, die nicht zurückgestellt werden können.

Zu den Sonderrechnungen: Die Sonderrechnung Tierpark neutralisiert das Jahresergebnis 2022 erstmals mit einer Entnahme von 39'000 Franken aus der Spezialfinanzierung. Der Planbestand der Spezialfinanzierung per Ende 2022 beträgt rund 3,5 Mio. Franken.

Die Sonderrechnung Stadtentwässerung weist bei einem Gesamtaufwand von 38,8°Mio. Franken einen Aufwandüberschuss von 445'537 Franken aus.

Bei der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling Stadt Bern (ERB) resultiert bei einem Aufwand von 29 Mio. Franken ein Aufwandüberschuss von 1,18 Mio. Franken. Die Aufwandüberschüsse werden über den jeweiligen Spezialfinanzierungs-Rechnungsausgleich der Sonderrechnungen ausgeglichen. Darin sind genügend Mittel enthalten.

Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik erzielt einen Ertragsüberschuss von 41°Mio. Franken.

Die FD hat im Rahmen der Sitzung am 20. August 2021 über 80 Anträge diskutiert. Es gibt keine Anträge der FD zur Grundsatzdebatte des PGB 2022.

Wie erwähnt, ist für Ende 2022 ein Bilanzfehlbetrag von 15 Mio. Franken budgetiert. Es besteht weitgehend Einigkeit, dass der Finanzhaushalt langfristig ins Lot gebracht werden muss, damit die finanzpolitische Autonomie der Stadt Bern bewahrt werden kann. Uns allen ist bewusst, dass der Kanton den Gemeinden strikte Vorgaben macht, wie mit einem Bilanzfehlbetrag umzugehen ist. Das vorliegende Budget enthält deswegen einschneidende Massnahmen zur Verbesserung des Haushalts. In allen Richtungen stand das Konzept der Priorisierung der Aufgaben im Zentrum. Gleichzeitig werden richtigerweise wichtige und nötige Investitionen, insbesondere im Bereich Schulbauten sowie Eis- und Wasseranlagen, getätigt. Die grosse Mehrheit der FD ist der Ansicht, dass der Balanceakt zwischen Aufgabenkürzungen und In-

vestitionen insgesamt sinnvoll und das für 2022 budgetierte Defizit und der Schuldenzuwachs gerechtfertigt sind.

Die FD beantragt dem Stadtrat mit 6°Ja-Stimmen zu 1°Nein-Stimme und 1°Enthaltung, das PGB inklusive Sonderrechnungen zuhanden der Stimmberechtigten anzunehmen. Weiter beantragt die FD dem Stadtrat mit 7°Ja- zu 0°Nein-Stimmen und 2°Enthaltungen, die vorliegende Abstimmungsbotschaft zu genehmigen.

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen 38, 39, 40, 41, 42, 43 und 44: Wir haben die gleichen Anträge bereits letztes Jahr gestellt und wir stellen sie wieder, weil leider keiner umgesetzt worden ist. Jetzt haben wir die Misere und ich spiele gerne wieder die Cassandra. Die Folgen und Konsequenzen davon, dass unsere Anträge seit Jahren nicht erhört und umgesetzt werden, zeigen sich nun in diesem Budget, beispielsweise mit den geplanten Schliessungen des Lorrainebads und des Friedhofs Bümpliz.

Zu Antrag 38: (*liest Antrag 38 vor*) Das Wasser steht uns bereits höher als nur bis zum Hals. Der Moment ist gekommen, um Konsequenzen zu ziehen. Ich erwähne wiederum – der Stadtpräsident wird nicht erfreut darüber sein – das Kirchenfeldschulhaus: Auf meine kleine Anfrage in der letzten Sitzung wurde mir geantwortet, dass Reserven geschaffen werden müssten. Aber die Reserven müssen an günstigen Orten geschaffen werden, nicht an den teuersten Plätzen der Stadt. Hier müsste angesetzt werden. Der Gemeinderat soll diese Sache im Detail aufzeigen.

Zu Antrag 39: Dieser Antrag zum IAFP- wurde als PGB-Antrag eingereicht, dies ist aus unserer Sicht möglich, da er auch für das PGB Anwendung findet. Nach strenger rechtlicher Auslegung soll der IAFP vorläufig zur Kenntnisnahme sein, deshalb verwehre ich mich – noch nicht – dagegen, dass unser Antrag als PGB-Antrag aufgeführt ist. (*Liest Antrag 39 vor*). Die Stadt lernt nur dann sparen, wenn weniger Gelder zur Verfügung stehen. Als zu viel Geld in den Kassen war, wurden beispielsweise die Subventionen für das Theaterfestival Auawirleben verdoppelt. Das Geld wurde leichtfertig ausgegeben. Deshalb lautet mein Credo weiterhin: Leider haben wir keine Steuersenkung durchgebracht, nur so wären die neuen gebundenen Ausgaben abgelehnt worden. Ein Sündenfall! Der Steuerzahler hat Anspruch auf eine Steuersenkung. Ich bin mir der geringen Chancen durchaus bewusst, die Kritik an unserem Antrag ist mir bekannt. Sehr viel Geld hätte gespart werden können, wenn unser Vorschlag angenommen worden wäre. Wir verurteilen das dumme Geldverschwenden, indem ein Platz an einem Theaterfestival mit 2000°Franken subventioniert wird. Das ist Verhältnisblödsinn und eine Verschleuderung von Steuergeldern.

Zu Antrag 40: (*liest Antrag 40 vor*). Es gibt mannigfaltig Sachen, deren Einsparung von der SVP bedauert werden, wie beispielsweise die Unterstützung des Zirkus Wunderplunder. Solche Einsparungen sollen kompensiert werden. Mit unserem Hauptantrag verlangen wir die Kompensation der Streichung von Angeboten wie dem Zirkus Wunderplunder oder der Stadtgalerie. Wenn solche Angebote erhalten bleiben, dann kann dies an anderer Stelle sehr gut kompensiert werden. Sie werden es im Anschluss hören, wie aus unserer Sicht bei der Präsidialdirektion (PRD) massiv gespart werden kann. Ich empfinde es als unverhältnismässig, wenn für die Prüfung der Verlegung einer Drogenabgabestelle 45'000°Franken ausgegeben werden. Diesen Auftrag hätte ich bei einem Bier und für 200 Franken Honorar erledigt, mit demselben Ergebnis: Ein Schulhaus ist ungeeignet für eine Drogenabgabestelle, dafür müssen nicht 45'000 Franken ausgegeben werden. Aber die Kinder beim Zirkus Wunderplunder stehen dann auf der Strasse. Soviel zur rot-grünen Finanzpolitik.

Zu Antrag 41: (*liest Antrag 41 vor*) Wir müssen sparen. Aber was wird gemacht? Eine Feuerwehersatzabgabe wird eingeführt. Die Leute, die zur Feuerwehr möchten, haben keinen Anspruch darauf – was ich im Rahmen einer kleinen Anfrage abgeklärt habe. Diese Abgabe wird zu einer Inkassomassnahme verkommen. Wer ein grosses Vermögen hat, wird zur Kasse

gebeten und sicherlich keinen Zugang zur Feuerwehr erhalten. Jemand soll ja zahlen müssen. Dasselbe gilt bei den Friedhofgebühren sowie den Parkkarten-, Familiengarten- und Hundebesitzern: Sie alle sollen zur Verantwortung gezogen werden. Dazu sagen wir aber klar: Stopp, das ist nicht gespart! Gerne zeige ich Ihnen auf, wo gespart werden kann. Deshalb dieser Rückweisungsantrag.

Zu Antrag 42 und 43: *(liest die beiden Anträge vor)* Es wurde unserer Meinung nach zu viel Personal eingestellt, für Aufgaben, die keine städtischen darstellen. In vielen Bereichen war die Stadt zu grosszügig. Wo im Detail gespart werden kann, sollen uns die Verwaltung und der Gemeinderat aufzeigen. Wir haben einen Haupt- und einen Eventualantrag, die maximal eine Reduktion von 5% oder 2,5% fordern. Hier kann durchaus gespart werden. Ich möchte nicht das Personal angreifen, da es gute Arbeit leistet. Ich greife den Gemeinderat an, der das Geld in guten Jahren verschwendet und leichtfertig ausgegeben hat.

Zu Antrag 44: Die Stadt Bern darf keine Leistungsverträge mit Organisationen abschliessen, die aus rassistischen Gründen oder sexueller oder politischer Orientierung Menschen diskriminieren. Es wird ihnen bekannt sein, dass Mitglieder und Wähler der SVP in der Reithalle ein Hausverbot haben. Trotzdem schliesst die Stadt einen Leistungsvertrag mit dieser Organisation ab. Im Rahmen der Sparmassnahmen geht es nicht an, dass einem Teil der Bevölkerung – rund 10% - der Zutritt zu einer subventionierten, mit Leistungsverträgen hochgelobten Institution verwehrt wird. Jetzt ist der richtige Moment, um an solchen Orten zu sparen. Ich hoffe, dass Sie – wenn es Ihnen ernst ist – diesem Antrag konsequenterweise zustimmen. Ein Restaurant, das eine Gruppe von Personen ausschliesst – Stichwort Racial Profiling, das immer und überall moniert wird – soll kein Geld von der Stadt bekommen.

Rahel Ruch (GB) zu den Anträgen 23 , 24 und 25: Der Antragsliste ist anzusehen, dass – nebst der einmaligen Länge – alle Fraktionen versuchen, über das Budget oder den Finanzplan alle möglichen Anliegen einzubringen, mit denen sie in der Vergangenheit gescheitert sind oder für die sie eigentlich einen Vorstoss einreichen müssten. Bei manchen Anträgen ist sogar offensichtlich, dass dies der falsche Ort ist. Unsere Fraktion stellt keineswegs eine Ausnahme dar. Das ist kein Wunder, denn Finanzplanung ist keine in sich geschlossene Einheit, kein abgeschlossener Prozess, nichts Genuines, sondern widerspiegelt die Prioritätensetzung der Politik. Es wird aufgezeigt, wofür wir die nächsten vier Jahr Geld investieren wollen, wo unsere Prioritäten liegen und wo wir – je nach ideologischem Hintergrund – die grössten Herausforderungen sehen. Für die GB/JA!-Fraktion ist sehr klar, wo die grössten Herausforderungen liegen und darum auch, wo unsere Finanzpolitik ansetzen muss.

Die Klimakrise ist real. Der eine oder die andere in unseren Breitengraden hat es vielleicht mit den Hochwassern und Unwettern in diesem Sommer erstmals ernsthaft gemerkt. In Ländern wie Bangladesch ist die Klimakrise schon länger keine Frage der Zukunftsplanung mehr, nein, die Menschen erleben ihre Folgen jeden Tag: Durch wiederholte Umsiedlungen bleiben Familien ohne Einkommen, weil Landwirtschaft nicht mehr möglich und der Zugang zu Trinkwasser erschwert sind. In der Stadt Bern haben fast 78% der Stimmberechtigten das CO₂-Gesetz angenommen.

Wer, wenn nicht wir in der Stadt Bern, sollten vorangehen und die Warnungen der Wissenschaft ernst nehmen? Bern müsste seine Klimaziele, die vor zwei Jahren angepasst wurden, umgehend wieder anpassen. Es ist jetzt an der Zeit, massiv zu investieren, –statt immer neue Papiere wie das Klimareglement zu schreiben. –. Fernwärme, Gebäudesanierungen, Vermögensbewirtschaftung, Stadtlogistik, Solaroffensive – die Rezepte wären vorhanden und es wird sehr gut daran gearbeitet, aber die Massnahmen werden nicht mit der nötigen Vehemenz umgesetzt, weil sie Geld kosten.

Unsere zweite grosse Herausforderung ist die wachsende Ungleichheit. Corona hat dazu geführt, dass viele Menschen in der Stadt Bern fast nichts mehr im Portemonnaie haben. Men-

schen, die schon am Existenzminimum lebten, solche mit kleinen Unternehmen, die schliessen mussten, oder Menschen, die im informellen Rahmen kleine Jobs innehatten, die verschwunden sind. Es gibt aber nicht nur diese neuen, akuten Nöte. Die Krise zeigt auch bestehende, strukturelle Ungleichheiten auf, die schlimmer geworden sind und nicht mehr ignoriert werden können. Wenn sich Menschen keine Lebensmittel mehr leisten können, ist dies zwar der Corona-Pandemie geschuldet, es bleibt aber die Frage: Wie konnte es soweit kommen? Bern ist daher nicht nur in der Nothilfe, sondern mittel- und langfristig gefordert. Wir brauchen massive Investitionen in die Frühförderung, gute Betreuung in den Tagesschulen und Kitas, eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsintegration fördert und die Unternehmen so reguliert und unterstützt, dass diese statt Profit oder Bürokratie den Menschen ins Zentrum stellen.

Wenn wir heute nicht in Massnahmen gegen die soziale Ungleichheit, in einen ökosozialen Wandel der Wirtschaft und in die Bekämpfung der Klimakrise investieren, wird uns das teuer zu stehen kommen. Und nicht nur uns, sondern vor allem auch die Generationen nach uns.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für uns weniger die Frage, wo man umgehend sparen muss, sondern wie wir wirklich dastehen und wie wir im finanzpolitischen Korsett, das uns der Kanton vorgibt, am besten agieren und gegen die Herausforderungen unserer Zeit am effektivsten ankämpfen können. Die GB/JA!-Fraktion kommt dazu auf vier Erkenntnisse: Erstens hat eine höhere Verschuldung, im Gegensatz zum Verzicht auf Investitionen und Ausgaben, kaum Folgen. Öffentliche Haushalte sind dasselbe wie Privathaushalte. Dieser unzulängliche Vergleich wird sicherlich in der heutigen Debatte noch bemüht werden. Öffentliche Haushalte kollabieren nicht, wenn sie zu hoch verschuldet sind. Im Gegenteil: Verschuldet sich der Staat stärker, weil er mit dem ausgeliehenen Geld die Wirtschaft am Leben erhält, die Konsumkraft der Menschen stärkt, sind Schulden das Mittel gegen den Bankrott. Es wäre ja nur dann ein Problem, wenn die Stadt Bern aufgrund zu hoher Schulden keine Kredite mehr aufnehmen könnte. Davon sind wir weit entfernt: Über zehn Jahre lang wurde die Stadt Bern von Moody's Investor Service mit der dritthöchsten Kreditwürdigkeit bewertet, seit 2018 sogar mit der zweithöchsten – wie Finanzdirektor Michael Aebersold stets stolz betont. Es stellte somit kein Problem dar, wenn die Stadt Bern entsprechend zurückgestuft würde – zehn Jahre lang hat es offenbar nicht geschadet. Hinzu kommt das aktuelle, tiefe Zinsumfeld, das bereits mehrfach erwähnt wurde. Wir müssen also aus der ideologischen Falle, dass Schulden schlecht sind, ausbrechen. Ausserdem bestehen keine gesetzlichen Vorgaben des Kantons. Aus unserer Sicht gibt es daher keinen sachlichen Grund, sich nicht stärker zu verschulden. In der Krise nimmt nicht nur die Stadt Bern eine stärkere Verschuldung in Kauf, sondern auch andere Gemeinwesen und zahlreiche andere Länder.. Aus diesem Grund haben wir die Planungserklärung 23 eingereicht. Wir wollen, dass der Gemeinderat im nächsten IAFP den Grundsatz zur Bruttoverschuldungsquote anpasst, denn dieser ist willkürlich. Zumindest aber soll aufgezeigt werden, welche finanziellen Spielräume und damit welche wichtigen Investitionen eine Erhöhung der Verschuldung erlauben. Nur so ist eine Abwägung möglich. Und aus diesem Grund sind die Planungserklärungen 16 und 17 FDP/JF abzulehnen. Die dahinterstehende Ideologie mutet rückständig an, da weltweit Politiker*innen und Ökonom*innen, die alles andere als links stehen, die Verteufelung von Staatsschulden in Frage stellen.

Zweitens sind die Steuerprognosen zu pessimistisch. In den letzten zwei Jahren wurden vom Gemeinderat und von allen Seiten dieses Rats stets wiederholt, dass mit Steuerrückgängen zu rechnen ist. So steht es jetzt auch im IAFP: 2025 sind 558°Mio. Franken budgetiert, während letztes Jahr der Steuerertrag bei 573 Mio. Franken lag. Das heisst, dass der Gemeinderat davon ausgeht, dass erst 2023 wieder mehr Steuern als 2017 eingenommen werden. Zur Begründung dieser Annahme finden sich im IAFP leider nur Floskeln über die allgemeine Erwartung, dass sich die Corona-Pandemie «gemäss allgemeinem Verständnis» negativ auf die Steuererträge auswirke. Es handelt sich bei der Prognose folglich um ein Bauchgefühl, ver-

mischt mit der gerne wiederholten Mär, dass 2019 punkto Steuerertrag ein «Umbruchjahr» gewesen sei.

Zur Erinnerung: 2019 sanken die Steuern der juristischen Personen um 30°Mio. Franken. Dabei handelt es sich weder um eine Trendwende noch um den Anfang eines strukturellen, einnahmeseitigen Problems. Dies stellt keinen Grund dar und somit bleibt nur noch die Corona-Krise als Erklärung. Leider gibt es immer noch keine ökonomische Analyse der Stadt Bern, die aufzeigen würde, wie die Struktur der Steuern aussieht und ob diejenigen, die viel Steuern bezahlen, dieselben sind, die unter den Auswirkungen der Corona-Krise leiden. Ich wage es zu bezweifeln. Das zeigen auch neue Erkenntnisse von letzter Woche: Der Kanton präsentierte seinen Voranschlag 2022 und teilte mit, dass die Steuerprognosen massiv nach oben korrigiert werden mussten, da die wirtschaftlichen Aussichten besser ausfielen und die Halbjahreszahlen offenbar zeigten, dass die Steuereinnahmen besser als erwartet seien. Es gibt Unternehmen, die durchaus von der Krise profitieren konnten. Somit ist davon auszugehen, dass auch in der Stadt Bern in diesem Jahr mehr Steuern als prognostiziert eingenommen werden. Dasselbe gilt für die Folgejahre. Ich hoffe, dass uns Michael Aebersold heute über den aktuellen Stand der Einnahmen informieren wird. Mit der Planungserklärung 24 erwartet die GB/JA!-Fraktion vom Gemeinderat, dass er die Sparmassnahmen anpasst, sofern die Steuereinnahmen höher ausfallen als geplant und uns aufzeigt, auf welche Sparmassnahmen verzichtet wird.

Drittens sind Investitionen dringend nötig und brauchen auch Personal. Investitionen können nicht aufgeschoben werden, da die Kosten sonst im Endeffekt höher ausfallen werden. Aus der Erfahrung ist dies bekannt. Einzig, weil die bürgerlich dominierten Regierungen über lange Zeit Investitionen aufgeschoben haben, gab es in den 1990er Jahren überhaupt ein Finanzproblem in Bern. Darüber hinaus ist es auch die richtige Wirtschaftspolitik, in der Krise zu investieren, da Unternehmen und Arbeitnehmer*innen davon profitieren.

Für uns ist zentral, dass die Projekte umgesetzt werden, die tatsächlich der breiten Bevölkerung zu Gute kommen. Prestigeträchtige Leuchtturmprojekte oder versteckte Subventionierungen, wie der Bau einer neuen Festhalle, können gestrichelt werden.

Soweit sind wir mit der vorgesehenen Investitionspolitik einverstanden. Die Strategie des Gemeinderats, hohe Investitionen mit Personalabbau zu koppeln, ist unserer Meinung nach aber gefährlich. In der Vergangenheit konnten viele Investitionen wegen Personal mangels nicht wie geplant umgesetzt werden. Wir befürchten, dass dieser Fall wieder eintritt oder aber, dass beispielsweise Bauprojekte teurer werden, weil ein Grossteil der Arbeiten mangels eigenen Personals an teure, externe Unternehmen ausgelagert werden.

Deshalb fordern wir mit unserer Planungserklärung 25 eine realistische Investitionsplanung und verlangen vom Gemeinderat, dass er im nächsten IAFP aufzeigt, wie der Stand der Umsetzung der einzelnen, geplanten Projekte aussieht. Deshalb stellen wir uns in einigen Bereichen gegen den massiven Personalabbau, den der Gemeinderat geplant hat. Keine Entlassungen heisst nämlich nicht, dass der Druck auf die verbleibenden Angestellten nicht grösser wird.

Viertens braucht es eine sorgfältige Abwägung statt überspannten Alarmismus. Die Stadt Bern steht nicht am finanziellen Abgrund. 2020 hatten wir nicht nur ein Rekord-Steuerjahr, sondern auch diverse Einzeleffekte: 16 Mio. Franken Mehrausgaben wegen der Abschreibung betreffend das Alters- und Pflegeheim Kühlewil, weniger Einnahmen wegen Verzögerungen bei der Liegenschaftssteuer, Mindereinnahmen wegen Corona und weitere kleinere Sondereffekte. Der Gemeinderat seinerseits stellte fest, dass ein grösseres Defizit nur dank seinem Sparpaket von über 15°Mio. Franken verhindert werden konnte. Aber wenn man es ausrechnet, wäre auch ohne die Sondereffekte eine ausgeglichene Rechnung möglich gewesen.

Mit den 75 Mio. Franken Eigenkapital, den 174 Mio. Franken in den Spezialfinanzierungen und dem Ausblick, dass die Steuereinnahmen wohl deutlich höher liegen werden als budge-

tiert, steht Bern solid da. Auch wenn wir bedenken, dass dank der aktiven Wohnbaupolitik zusätzliche Leute in die Stadt ziehen werden. Alarmismus ist nicht angebracht. Das gilt auch für die drohende Übernahme der Finanzplanung durch den Kanton, die als Damoklesschwert über uns schwebt. Es muss genau hingeschaut und beachtet werden, was im Gemeindegesetz steht: Ein Bilanzfehlbetrag muss innert acht Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung abgetragen werden. Selbst wenn wir das Eigenkapital aufbrauchen und einen Bilanzfehlbetrag schreiben, dauert es noch acht Jahre, bis der Kanton die Finanzplanung übernimmt. Nach drei Jahren Bilanzfehlbetrag muss dem Kanton ein Sanierungsplan vorgelegt werden. Erst wenn der Bilanzfehlbetrag einen Drittel über dem Steuerertrag liegt, – dies wären für die Stadt Bern 2020 über 190 Mio. Franken –, kein Finanzplan mit Sanierungsmassnahmen vorhanden ist oder dieser nicht umgesetzt wird, kann der Regierungsrat unser Budget machen. Ich stelle fest: Das passiert nicht von heute auf morgen. Diese Vorgaben – und auch weitere, zum Beispiel diejenigen über Abschreibungsdauern oder die Verwendung von Eigenkapital, die im Prinzip dazu führen, dass die Gemeinden eigentlich ständig sparen müssen – sind restriktiv, beschneiden die Gemeindeautonomie und sind hochpolitisch. Hier will ein bürgerlich dominierter Kanton dafür sorgen, dass die Gemeinden nicht zu viele soziale und ökologische Projekte umsetzen können. Dagegen sollten sich die Städte endlich wehren. Hier wäre Alarmismus angebracht – aber weit gefehlt. Ich bin entsetzt, wenn ich im Schuldenbericht 2018 der Stadt Bern, in dem die verschiedenen gesetzlichen Grundlagen des Kantons aufgeführt werden, lese: «Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die ab 1999 geltenden gesetzlichen Vorschriften zur Führung der Gemeindehaushalte dazu geführt haben, dass der Gesamtheit der Berner Gemeinden eine gute finanzielle Verfassung attestiert werden kann. Die gesetzlichen Vorgaben sind wirksam. Handlungsbedarf hinsichtlich restriktiverer übergeordneter Mechanismen besteht nicht». Diese Aussage findet sich nicht in einem Bericht des Kantons, sondern wie erwähnt im Schuldenbericht der Stadt Bern von 2018. In der Version von 2020 wurde der letzte Satz, betreffend den nicht bestehenden Handlungsbedarf zugunsten von noch restriktiveren Mechanismen, gestrichen. Es scheint, als habe man festgestellt, dass diese Aussage von Seiten einer rot-grünen Stadt etwas befremdlich klingt. Es zeigt, dass der Gemeinderat nicht willens ist, eine rot-grüne, linke Finanzpolitik zu betreiben. Denn würde der Gemeinderat lesen, was linke Ökonom*innen oder wenigstens die Vertreter*innen der Modern Monetary Theory schreiben oder den finanzpolitischen Forderungen von Vorbildern aus der US-Politik wie Alexandria Ocasio-Cortez oder Bernie Sanders zuhören, dann müsste der Gemeinderat sofort seine finanzpolitischen Grundsätze anpassen und die Finanzstrategie umschreiben.

Weil das leider nicht passiert, ist es zentral, dass wir als Parlament den Auftrag unserer Wähler*innen wahrnehmen und heute den Vorschlag des Gemeinderats korrigieren. Für uns linke Politiker*innen bedeutet dies, den Spar-Wahn in Frage zu stellen, die Lohnabhängigen zu schützen, anstatt den Druck mit Stellenstreichungen zu erhöhen, Kulturschaffende nicht weiter zu prekarisieren und schlussendlich für Investitionen bei der sozialen Infrastruktur und der Klimapolitik zu kämpfen.

Remo Sägesser (GLP) zu Anträgen 1 und 2: Es freut uns sehr, dass die in der Planungserklärung 1 geforderte Transparenz auch bei der GB/JA!-Fraktion ein Thema ist. Wir wollen mehr Transparenz und die Grundlagen, Annahmen und Modelle besser verstehen, aufgrund der Offenlegung der Details. Nur so kann im Stadtrat eine ehrliche, transparente Diskussion geführt werden. Ein faktenbasierter Diskurs ist hierfür notwendig und dafür braucht es diese Informationen.

Zur Planungserklärung 2: Auch dabei handelt es sich um eine technische Angelegenheit und wir fordern ebenfalls mehr Transparenz: Gebundene Aufgaben, die aufgrund eines Stadtratsentscheids bestehen, sollen separat ausgewiesen werden. Bis anhin werden diese unter den

allgemeinen gebundenen Ausgaben ausgewiesen. Eine Differenzierung ist gewünscht, damit nachvollziehbar wird, welcher Stellenausbau und welche Mehrausgaben auf Stadtratsbeschlüssen basieren. So könnte gegebenenfalls ein früherer Entscheid wiederaufgenommen werden. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung unserer beiden Planungserklärungen.

Lionel Gaudy (Mitte) zu den Anträgen 26, 27 und 28: Zur Planungserklärung 28. Es geht um die Anpassung der Stadtverwaltung an normale marktwirtschaftliche Gegebenheiten, namentlich die Einführung der 42-Stunden-Woche. Es geht nicht darum, dass wir den städtischen Mitarbeitern die 40-Stunden-Woche missgönnen würden, sondern um den simplen Grund, dass dies zu einer Kostenreduktion führt. Es werden weniger Stellen und Personen gebraucht, und die sehr guten, hochqualifizierten Angestellten stehen pro Woche zwei Stunden mehr zur Verfügung. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Zur Planungserklärung 27: Neue Aufgaben sollen transparent ausgewiesen werden und wenn möglich intern kompensiert werden.

Zu Antrag 26: Wir weisen das Budget zurück. Es geht nicht an, dass ein Budget mit einem solch hohen Defizit verabschiedet wird. Ich lade Sie dazu ein, Seite 23 der Antragsliste aufzuschlagen. Sie finden dort eine wunderbare Tabelle, aus welcher ersichtlich ist, wie sich die Ausgaben der Stadt Bern seit 2015 verändert haben. Innerhalb von lediglich sechs Jahren sind die Ausgaben um 17% gestiegen. Mehrausgaben von fast 20% stehen in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum in derselben Zeitspanne. Wir sind der Überzeugung, dass es möglich sein muss, ein Budget zu erarbeiten, das ein Defizit von maximal 20 Mio. Franken aufweist. Weiter sollten die Sparmassnahmen auch auf der Aufwandseite vorgenommen werden und nicht über die Erhöhung von Steuern und Gebühren oder andere versteckte Umschichtungen. Wir bitten Sie, den Anträgen zu folgen und das Budget zurückzuweisen.

Bernadette Häfliger (SP) zu Anträgen 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36 und 37: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst sehr, dass der Gemeinderat in dieser nicht ganz einfachen Zeit mit der Definition einer Finanzstrategie eine langfristige Perspektive bei den Stadtfinanzen anstrebt. Das lässt hoffen, dass für weitere Planungsperioden ein antizyklisches Agieren ins Auge gefasst werden kann. Dies würde – in Krisenzeiten wie jetzt – auch ein aktiveres Agieren ermöglichen. Weil das in früheren Jahren nicht gemacht worden ist, steht uns diese Möglichkeit zurzeit leider nur beschränkt zur Verfügung. Mit der digitalen Transformation, der demografischen Alterung und dem durch den Klimawandel bedingten sozioökonomischen Umbau werden in den kommenden Jahren riesige Herausforderungen auf unsere Gesellschaft und die Stadt Bern zukommen. Es werden grosse Investitionen notwendig werden. Wir fordern den Gemeinderat in unserem Antrag 34 deshalb auf, dies bei seiner Planung stärker zu berücksichtigen.

Wie bereits in den vorangegangenen Sparrunden ist das Personal bei FIT II erneut von grossen Abbaumassnahmen betroffen. Mit dem Stellenabbau und der Kürzung der Treueprämien sollen jährlich 17°Mio. Franken eingespart werden. Die Stadt Bern – und damit vor allem auch dieses Stadtparlament - benimmt sich als Arbeitgeberin oft wie ein verwöhntes Kind: Sie schafft sich den Ferrari an und entlässt gleichzeitig – wenn es finanziell eng wird – Personal. Der Gemeinderat hat zwar in Aussicht gestellt, dass der Stellenabbau auch einen entsprechenden Aufgabenverzicht nach sich ziehen wird. Es wird in den nächsten Jahren genau zu beobachten sein, ob dies tatsächlich passiert, oder ob einmal mehr der Druck auf die Mitarbeiter*innen zunehmen wird. Wir fordern mit Antrag 31, dass der Stellenabbau im Niedriglohnbereich laufend zusammen mit den Sozialpartnern überprüft wird. In der aktuellen Krise und mit der digitalen Transformation gehen hauptsächlich in diesem Bereich Stellen verloren. Gleiches gilt in Nach-Corona-Zeiten auch für die Anschlusslösungen nach der Ausbildung. Die Jugendarbeitslosigkeit nahm in den letzten Monaten wieder zu. Wir bedauern, dass sich die

Stadt Bern diesbezüglich ebenfalls zyklisch verhält, und stellen deshalb Antrag 32. Der geplante Stellenabbau wird zu einem Leistungsabbau führen, der für Bürgerinnen und Bürger schnell sichtbar wird. Überfüllte Kehrichtkübel führen zu unzähligen, verärgerten Kommentaren und Leserbriefen. Auch schlimme Unfälle aufgrund von Löchern in Trottoirs kann sich eine nach wie vor reiche Stadt nicht leisten. Berichte von Kindergärtnerinnen, die in den Sommerferien die Räumlichkeiten selber putzen, damit ein schöner Schulstart möglich ist, irritieren – zumindest mich. Dass von bürgerlicher Seite einmal mehr das Bild der faulen, überbezahlten und privilegierten städtischen Angestellten gezeichnet wird, ist zu verurteilen und befremdet. Teilweise sind die Anträge schlicht der gänzlichen Unkenntnis der arbeitsrechtlichen Voraussetzungen, teilweise billiger Propaganda geschuldet. Allesamt sind sie aber ein Affront gegenüber den städtischen Angestellten, welche Tag für Tag mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass unsere Stadt zu den lebenswertesten der Welt gehört. Im Rahmen der Jahresberichterstattung wird auch von bürgerlicher Seite jeweils der Verwaltung euphorisch gedankt, applaudiert, um der gleichen Verwaltung dann ein paar Monate später im Rahmen der Budgetdebatte zu erklären, dass ihre Arbeit offensichtlich ihren Lohn nicht wert ist und dass die Anstellungsbedingungen wieder verschlechtert werden sollen.

Das städtische Personal muss nach zahlreichen früheren Sparrunden erneut einen wesentlichen Beitrag an die Entlastungsmassnahmen mit FIT II leisten. Das bedauert die SP/JUSO-Fraktion. Eine dieser früheren Sparrunden und eine damit verbundene Lohnkürzung hat dem städtischen Personal zum Beispiel die 40-Stunden Woche gebracht. Das von bürgerlicher Seite immer wieder angeführte, angebliche Privileg, wird von den Angestellten schon lange mit einer Reallohnkürzung von 3% bezahlt. Die Stadt spart damit seit Jahrzehnten Jahr für Jahr 8°Mio. Franken. Es ist schlicht unredlich, sich die gleiche Leistung zweimal bezahlen lassen zu wollen.

Die Arbeitgeberattraktivität der Stadt Bern leidet einerseits durch eine polemisch geführte Debatte und andererseits dadurch, dass sich die Arbeitsbedingungen seit Jahren nur noch in eine Richtung bewegen, nämlich abwärts. Bei jeder Sparrunde kommt es zu Verschlechterungen. Der Fachkräftemangel – von den bürgerlichen Parteien bestritten – wird sich in den nächsten zehn Jahren weiter verschärfen und kann uns rasch in die Bredouille bringen. Das städtische Lohnniveau ist – gerade in den sogenannten Frauenberufen – vergleichsweise tief. Die letzte Realloohnerhöhung für das städtische Personal liegt – man glaubt es kaum – über 30°Jahre zurück. In dieser Zeit erfuhr die durchschnittliche Lohnentwicklung in der Schweiz eine Steigerung von durchschnittlich 14%. Das städtische Personal konnte auch von den vergangenen, guten Jahren nicht profitieren. Als verantwortungsvolle Arbeitgeberin ist die SP/JUSO-Fraktion der Meinung, dass sich das ändern muss. Mit Antrag 30 verlangen wir deshalb, dass bei verbesserter Finanzlage vor allem bei den tieferen Lohnklassen endlich eine Realloohnerhöhung erfolgen muss.

Man weiss heute, dass ein tieferer sozioökonomischer Status zu einer erheblich tieferen Lebenserwartung führt. Während in privilegierten, hochbezahlten Blasen über die Erhöhung des Rentenalters diskutiert wird, weil man sich eine Frühpensionierung problemlos leisten kann und zusätzlich einige Jahre gut bezahlten Nebenbeschäftigungen nachgehen kann, geht es bei weniger privilegierten Menschen nur darum, dass sie bei ihrer ordentlichen Pensionierung überhaupt noch ein paar Jahr gesund in Rente verbringen können. Mit Antrag 29 verlangt die SP/JUSO, dass der Gemeinderat bei belastenden Arbeiten zur Stärkung des Gesundheitsschutzes Frühpensionierungslösungen sucht.

Der Nachholbedarf an Investitionen ist in der Stadt Bern in den nächsten Jahren gigantisch. Die Lebensqualität einer Stadt hängt jedoch nicht nur von guter Infrastruktur ab. Durch den Klimawandel sind weitere – auch teure Massnahmen – zwingend notwendig. Wachsende Schü-ler*innenzahlen bedingen nicht nur mehr Schulraum, sondern auch mehr Schulsozialarbeit, mehr Lernunterstützung und mehr soziokulturelle Angebote. Mit der demografischen Al-

terung verändern sich die Bedürfnisse eines grösser werdenden Bevölkerungsanteils grundlegend. Die Corona-Pandemie führt zu einer grösseren sozialen Belastung und deshalb zu mehr Problemen. Dies muss bei der Finanzplanung berücksichtigt werden, wir stellen hierzu den Antrag 37. Mit der digitalen Transformation und einer Stadt, die sich dieser Entwicklung hoffentlich aktiv stellt, werden riesige Investitionskosten in diesem Bereich anfallen. Mit anderen Worten, die beschränkten finanziellen Mittel der Stadt Bern müssen effizient und möglichst kostenschonend eingesetzt werden. Dabei handelt es sich nicht um einen Spar-Wahn, sondern um eine klare Prioritätensetzung in der Zukunftsplanung.

Mit Antrag 33 fordern wir den Gemeinderat auf, mit der konsequenten Anwendung des Prinzips «design to cost» bei sämtlichen Infrastruktur- und Informatikprojekten die Investitionskosten um 20% zu senken. Dass dies nicht zu schlechten Resultaten führt, zeigen beispielsweise die Bauprojekte «Huebergass» oder am Centralweg. Es gilt konsequent zwischen zwingend Notwendigem – die ökologische Seite ist hier selbstverständlich miteinzubeziehen – und Wünschbarem zu unterscheiden.

Die natürlichen Personen tragen nach wie vor fast 70% an die Einnahmen der Stadt Bern bei. Sie finanzieren die staatlichen Leistungen und bezahlen die städtischen Investitionen. Es ist deshalb sehr zu begrüssen, dass viele dieser Leistungen für Einwohner*innen der Stadt Bern günstig sind oder Infrastrukturen gratis in Anspruch genommen werden können. Wenn die Stadt Bern Leistungen für Dritte erbringt, verlangen wir mit Antrag 35, dass sie kostendeckend verrechnet werden. Bei der Berechnung des Preises kann selbstverständlich eine allfällige Mitbenutzung durch die Berner Bevölkerung mitberücksichtigt werden.

Mit Antrag 36 wird der Gemeinderat aufgefordert, abgestufte Gebühren für Auswärtige zu prüfen. Damit könnten weitere Mehreinnahmen geniert und ein Teil der Zentrumslasten der Stadt Bern abgegolten werden. Andere Gemeinden sehen Unterscheidungen von Gebühren zwischen Einheimischen und Auswärtigen seit geraumer Zeit als eine Selbstverständlichkeit an.

Florence Schmid (JF) zu Anträgen 4, 10, 11, 12, 21 und 22 FDP/JF: Ich begründe die direktionsübergreifenden Anträge der Fraktion FDP/JF und binde das Fraktionsvotum in die Antragsbegründungen ein.

Alle Juristinnen und Juristen in diesem Saal werden es kennen, das rote Buch «Schweizerisches Bundesstaatsrecht» von Ulrich Häfelin, Walter Haller, Helen Keller und Daniela Thurnheer. In diesem Buch steht folgender Abschnitt zum Stichwort «Gemeinden»: «Die Gemeinden sind kraft des kantonalen Rechts öffentlich-rechtliche Körperschaften, die zur Besorgung von lokalen öffentlichen Aufgaben mit weitgehender Autonomie ausgestattet sind». Ich wiederhole: Gemeinden nehmen lokale öffentliche Aufgaben wahr. Aufgaben, die weder durch den Bund, den Kanton oder Private wahrgenommen werden.

Bei der Bearbeitung des PGB der Stadt Bern mit seinen rund 600 Seiten und dem IAFP mit nochmals 300 Seiten hat man nicht den Eindruck, als läge ein Budget einer Gemeinde vor. Vielmehr macht das Budget der Stadt Bern den Eindruck, als läge einem das Budget der Eidgenossenschaft oder zumindest des Kantons vor. So finden sich hohe Aufwände für Kontrollen und/oder Aufklärung im Bereich Gleichstellung, Umweltschutz oder in Sachen Migrations- und Rassismusfragen. Solche Aufwände sind unbestritten elementar für unsere Demokratie. Sie sind sogar so elementar, dass sie keine Aufgabe einer lokalen Gemeinde darstellen, sondern eine kantonale oder schweizweite Aufgabe sind. Solch elementare Aufgaben werden durch den Bund und den Kanton wahrgenommen. In der Stadt Bern herrscht aber das Gefühl vor – teilweise auch der Argwohn –, dass die Aufgaben von der Stadt besser ausgeführt werden als von Kanton und Bund. Deshalb führt die Stadt Bern zahlreiche Aufgaben aus, die bereits anderweitig wahrgenommen und gut ausgeführt werden. Im Budget finden sich zudem Aufgaben, die privaten Unternehmen zugeschrieben würden, sicherlich nicht einer Gemeinde. Ein Weingut – notabene seit Jahren defizitär! – ist das beste Beispiel hierfür.

Mit anderen Worten versteht die Gemeinde Stadt Bern ihre Aufgabe falsch. Sie sieht sich – wie Katharina Fontana letzte Woche in der NZZ passend geschrieben hat – als linkes Sozialexperiment. Die Stadt Bern werde gezielt dazu genutzt, die Gesellschaft umzubauen und neue Lebensformen zu verwirklichen. Nur: Bern ist eine Gemeinde, kein Staat. Dass eine kleine Stadt wie Bern – mit gerade mal 144'000 Einwohnenden, Tendenz abnehmend – die Schweizer Gesellschaft umzugestalten vermöchte, ist eine überhebliche Haltung.

Diese Überheblichkeit und die Tatsache, dass die Hausaufgaben nicht gemacht wurden, rächen sich nun. Das soziale Experiment war bisher so teuer, dass die Kernaufgaben einer Gemeinde nicht mehr wahrgenommen wurden. Dazu gehören die Planung von genügend Schulraum, die rechtzeitige Durchführung von Sanierungen und: Wertschöpfung zu begrüssen, beziehungsweise zu ermöglichen. Ich muss Sie enttäuschen, dieser Umstand ist nicht den Bürgerlichen geschuldet. Die Bürgerlichen waren letztmalig vor meiner Geburt an der Macht, das ist mittlerweile über 31 Jahre her. Das Ergebnis ist spätestens seit der Bekanntgabe des Budgets 2022 schwarz, beziehungsweise rot auf weiss sichtbar. Die Stadt Bern rutscht aufgrund ihrer hohen Ausgaben für das soziale Experiment ins Minus, dies bei gleichbleibenden und sogar höheren Einnahmen. Zudem muss sich die Stadt Bern aufgrund verschleppter Sanierungen und ausstehenden Bauvorhaben für Schulraum sowie anderweitig dringend benötigter Infrastrukturen in einem Ausmass verschulden, dass wir diese Schulden unseren Kindern und Kindeskindern auferlegen müssen. Damit gefährden wir ihren finanziellen und somit auch ihren politischen Handlungsspielraum beträchtlich. Das sieht übrigens Moody's Investor Service – von Michael Aebersold stets stolz in Sachen Kreditwürdigkeit angeführt – ebenso: Dort heisst es, dass Bern hohe Schulden habe und dass die Flexibilität bei den Ausgaben aufgrund hoher öffentlicher Standards eingeschränkt sei. Ich gebe das Zitat in Englisch wieder: « Berne's credit profile also reflects a moderate likelihood that the Canton of Berne would provide support if the city would face acute liquidity stress ». Das A-Rating verdankt die Stadt Bern also einzig der Tatsache, dass der Kanton Bern bei drohender Illiquidität eingreifen würde.

Jedenfalls hat der Gemeinderat anerkannt, dass ein Ausgabenproblem besteht. Aber statt den dringend nötigen Kurswechsel zu vollziehen und wirklich zu sparen, legt der Gemeinderat ein langes Entlastungsprogramm vor. Mit diesem Programm wird aber tatsächlich nicht gespart, sondern es werden zusätzliche Einnahmen vorgesehen, die insbesondere junge Stadtbernerinnen und Stadtberner finanziell zu spüren bekommen werden, sie werden in ihrer Kaufkraft noch mehr eingeschränkt, als sie es ohnehin schon sind. Und die Fraktion SP/JUSO stützt den Gemeinderat, Entlastung vor allem mit zusätzlichen Einnahmen zu erreichen. Die Anträge 35 und 36 SP/JUSO zielen in diese Richtung. Auf den ersten Blick ist man versucht, diese anzunehmen und Dritte sowie Aussenstehende stärker zur Kasse zu bitten. Erst auf den zweiten Blick wird ersichtlich, dass diese Anträge brandgefährlich sind, weil keine Differenzierung stattfindet. Wird beispielsweise Antrag 35 angenommen, besteht das Risiko, dass keine Gebührenerlasse für Veranstaltungen mehr gesprochen werden dürfen. Und welche Gebühren sind bei Antrag 36 genau gemeint? Ein solcher Antrag gehört für die Fraktion FDP/JF konkretisiert und pro Gebühr in Form eines Vorstosses in den Stadtrat, nicht als allgemein formulierte Planungserklärung zum IAFP.

Zurück zum Entlastungsprogramm: In diesem wird nicht nur auf mehr Einnahmen gesetzt, sondern mehrheitlich auch auf Konsumausgaben verzichtet, die heute noch gar nicht existieren. Unter dem Strich sind 2022 mehr Ausgaben geplant als im Jahr 2021, dies bei sinkender Einwohnerzahl. Wo genau wird gespart? Zum Beispiel beim Polizeiinspektorat, das vom Kanton eine klare, vorgegebene Vollzugsaufgabe innehat. Stellen, die unter anderem der Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung dienen, sollen nicht besetzt werden. Spätestens in diesem Punkt wird aus dem sozialen ein asoziales Experiment.

Dass der Gemeinderat den dringend notwendigen Kurswechsel nicht vollzieht, wird durch die Nichteinhaltung der Hälfte seiner finanzpolitischen Grundsätze ersichtlich. Einen IAFP vorzulegen, der – ich wiederhole – die *Hälfte* der finanzpolitischen Grundsätze nicht einhält, ist eine Farce. Die FDP/JF-Fraktion beantragt deshalb, und aufgrund des fehlenden Kurswechsels zum echten Sparen, eine Rückweisung des IAFP 2022-2025 und des PGB 2022. Wir unterstützen die entsprechenden Rückweisungsanträge der anderen Fraktionen.

Einer der nichteingehaltenen finanzpolitischen Grundsätze ist jener, dass der Bruttoverschuldungsanteil in allen Planjahren des IAFP 140% nicht übersteigen darf. Bereits 140% Bruttoverschuldungsanteil – will heissen, dass wir 40% unserer Schulden nicht mit dem laufenden Ertrag decken können und deshalb hochgefährdet sind, dass die Verschuldung weiter ansteigt – ist sehr hoch. Im Durchschnitt liegt der Bruttoverschuldungsanteil in allen Gemeinden des Kantons Bern bei 100%. Dies aus gutem Grund. Bekanntlich sind Schulden unter anderem deshalb problematisch, weil zu hohe Schulden irgendwann zur Zahlungsunfähigkeit führen können. Es ist hinlänglich bekannt, was in diesem Fall passiert: Der Kanton greift ein und nimmt uns den gesamten Handlungsspielraum weg. Die GB/JA!-Fraktion nimmt bewusst – wir befürchten aus Mangel an Interesse – in Kauf, dass die Verschuldung weiter in die Höhe getrieben wird. Die Fraktion FDP/JF beantragt, dass ein IAFP vorgelegt wird, der eine nachhaltige Verschuldungssituation der Stadt Bern vorsieht. Ich nehme Michael Aebersolds Votum hier vorneweg: Ja, die Stadt Bern muss investieren. Aber dieser Umstand alleine hat die Verschuldung nicht in diese Höhen gebracht, sondern die Tatsache, dass neben den Investitionen die Konsumausgaben zu hoch waren und sind.

Im Vergleich mit anderen Verwaltungen und selbst mit Privaten wird ersichtlich, dass hohe Konsumausgaben vor allem personalseitig ins Gewicht fallen. Ich war selbst erstaunt, wie viele Anträge wir zur Reduktion von Personalaufwänden gestellt haben – das ist ein Zeichen, dass in Sachen finanzieller Personalpolitik im letzten Jahr viel falsch gelaufen ist. Ich bin dahingehend persönlich angegangen worden, dass unsere Anträge zum Personal von einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Stadtberner Personal sprechen. Kein einziger unserer Anträge geht inhaltlich auf die Arbeit des Personals der Stadt Bern ein. Unserer Fraktion ein Misstrauen gegenüber dem Stadtberner Personal vorzuwerfen, ist fehl am Platz und tatsächlich nicht der Fall. Der Vorwurf lenkt zusätzlich von den Tatsachen ab: Sieben Wochen Ferien bei einer 42-Stunden-Woche, Pensionsalter 63, beziehungsweise 64, Lebensarbeitszeit und dies auch für Kaderstellen. Es handelt sich dabei um Arbeitsbedingungen, die «nice to have» sind. Sie sind aber bei weitem nicht marktüblich. Wir sind der Meinung, dass solche Arbeitsbedingungen in unserer klammen Finanzlage nicht mehr tragbar sind. Es darf nicht vergessen gehen, dass die Steuerzahler, die in den seltensten Fällen solch grossartige Arbeitsbedingungen geniessen dürfen, diese grossartigen Arbeitsbedingungen finanzieren. Das ist diesen Steuerzahlenden gegenüber unanständig. Wir fordern deshalb, dass die Anstellungsbedingungen des Stadtberner Personals an den Markt angepasst werden und somit auch an die Bedingungen der meisten Steuerzahlenden in der Stadt Bern. Antrag 30 der SP/JUSO-Fraktion verletzt diese Forderung: Eine Realloohnerhöhung der Stadtangestellten ist angebracht, wenn die Löhne der Angestellten nicht mehr marktüblich sind. Alles andere würde die Privatwirtschaft direkt konkurrenzieren. Des Weiteren – in Bezug auf das Votum von Bernadette Häfliger – besteht in der Stadt Bern kein Fachkräftemangel. Und selbst wenn, wäre es mir lieber, wenn ein Unternehmen, das Wertschöpfung generiert – und damit Steuereinnahmen – der Gemeinde eine hochqualifizierte Person wegschnappt, als umgekehrt.

Abschliessend fordern wir eine Personalreduktion. Diese sollte sich automatisch ergeben, wenn die Stadt Bern, wie von uns verlangt, endlich beginnen würde, sich auf ihre Kernkompetenzen zu beschränken und auf «nice to have»-Projekte zu verzichten.

Im Entlastungsprogramm werden keine Stellen abgebaut, sondern weniger Stellen besetzt. Es kann also keine Rede von einem Personalabbau sein.

Der Gemeinderat sieht von seinen acht finanzpolitischen Grundsätzen *lediglich* vier als verletzt an. Wir sehen einen weiteren Grundsatz als nicht eingehalten an, namentlich Grundsatz Nr. 2: «Es soll zusätzliches Steuersubstrat gewonnen werden, indem die Lebensqualität in der Stadt insbesondere durch attraktiven Wohnungsbau [und] wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen [etc.] für alle auf höchstem Niveau gehalten wird». Attraktiver Wohnungsbau bedeutet – zumindest gemäss kantonaler Verfassung – dass Wohneigentum ermöglicht wird. Ich zitiere Artikel 24 Absatz 3 der kantonalen Verfassung zur Eigentumsgarantie: «[...] Gemeinden schaffen günstige Voraussetzungen zur breiten Streuung des privaten Grundeigentums.» Weil in der Stadt Bern viele Personen – allen voran Familien und der steuerzahlende Mittelstand – Wohneigentum suchen, aber unter anderem aufgrund der Wohnbaupolitik nicht fündig werden, werden sie aus der Stadt in die Agglomeration verdrängt. Zur Miete wohnen meist junge Leute, die noch nicht viel Steuern bezahlen, oder – in der Stadt Bern betrifft dies über 7% aller Wohnungen – Wochenaufenthalter*innen, die in anderen Gemeinden oder Kantonen ihre Steuern bezahlen. Weil durch die Wohnbaupolitik des Gemeinderats nicht – wie im finanzpolitischen Grundsatz Nr. 2 aufgeführt – zusätzliches Steuersubstrat gewonnen, sondern viel mehr gefährdet wird, beantragt die Fraktion FDP/JF, dass das Risiko von Steuerausfällen im IAFP anerkannt und erwähnt wird.

Apropos Steuern: Die nächsten Jahre werden aufgrund der Corona-Pandemie, STAF und weiterer drohender Steuerreformen wie der Abschaffung des Eigenmietwertes und der Immobilienblase – gerade was die Steuereinnahmen anbelangt – sehr unsicher werden. Weil auch die Stadt Bern nicht mehr ausgeben sollte als sie einnimmt, beantragt die Fraktion FDP/JF, die Steuereinnahmen maximal im Wert der Steuereinnahmen von 2019 zu prognostizieren. 2019 gab es einen kleinen Knick im Aufwärtstrend der Steuereinnahmen, wir sehen diese Einnahmen an Steuern als geeigneten Maximalwert, um eine vorsichtige Steuerprognose zu erstellen.

Die Stadt Bern müsste mehr einnehmen, als ausgeben, damit die Schulden abgebaut werden können. Deshalb zeugt auch Antrag 24 GB/JA! von Ignoranz gegenüber der Stadtberner Finanzsituation. Es wäre äusserst begrüssenswert, dass die Stadt Bern tatsächlich mehr Einnahmen generieren würde, als prognostiziert wurde. Diese Mittel sollen aber nicht direkt wieder für uns ausgegeben, sondern zum Abbau der Schulden verwendet werden, damit auch unsere Kinder und Kindeskiner einen politischen Handlungsspielraum haben werden, und nicht unsere heutigen Ausgaben abzahlen müssen.

Ich fasse zusammen: Das unter dem Strich rote Budget 2022 stellt keine Überraschung dar. Die Stadt Bern hat jahrelang stark über ihren Verhältnissen gelebt. Dieser Umstand wird nun sicht- und spürbar. Es fehlen die Mittel für dringende Investitionen sowie für die Kernaufgaben einer Gemeinde – wie beispielsweise Schulraum – und wir stehen vor einem ein viel zu hohen, unseren finanziellen Handlungsspielraum gefährdenden Schuldenberg.

Ich wiederhole, was ich bereits im Fraktionsvotum zum Jahresbericht gesagt habe: Die Fraktion FDP/JF fordert einen sofortigen Kurswechsel: Schulden müssen abgebaut werden und die Stadt Bern soll sich auf ihre Kernaufgaben als Gemeinde konzentrieren und ihre Konsumausgaben drastisch kürzen. Konsumausgaben sollen lediglich noch jenem Teil der Bevölkerung zukommen, der zwingend darauf angewiesen ist. Ausserdem muss die Stadt Bern eine sinnvolle Wohnbaupolitik und eine attraktive Standortpolitik betreiben, die gute Steuerzahler nicht abschreckt und das Unternehmertum wertschätzt.

Fraktionserklärungen

Rahel Ruch (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir lehnen die Rückweisungsanträge ab. Die Planungserklärung 37 SP/JUSO nehmen wir an. Die Stadt Bern hat in der Begleitung von arbeitsgefährdeten Personen während der Corona-Krise sehr gute Arbeit geleistet. Nichtsdes-

totrotz braucht es mittelfristige Anpassungen, um Ungleichheit zu bekämpfen. Einiges können wir bereits im vorliegenden Budget direkt beheben. Wir hoffen, dass alle, welche diese Planungserklärung unterstützen, auch die Sparmassnahmen in den aufgeführten Bereichen bekämpfen.

Zu den Planungserklärungen 1 und 2 GLP/JGLP: Antrag 1 nehmen wir an, da wir ebenfalls die Steuerprognosen des Gemeinderats als sehr intransparent erachten und mehr Transparenz fordern. Antrag 2 hingegen erachten wir als unnötig, da wir den Begriff der freiwilligen Ausgaben in der Politik nicht verstehen und der Meinung sind, dass die geforderten Informationen bereits heute zugänglich sind.

Die Anträge Nr. 5 und 6 FDP/JF, Mitte betreffend den Personalabbau erachten wir als unspezifisch und lehnen sie ab. Die Planungserklärung 7 FDP/JF, Mitte mit der Idee eines zentralen Personaldienstes, finden wir nicht a priori schlecht, aber es dünkt uns nicht der Ort zu sein, dies zu fordern. Ein Vorstoss wäre geeigneter.

Zu den Planungserklärungen 8 und 9 FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP sowie 10 bis 14 FDP/JF, Mitte: Diese stellen allesamt einen Angriff auf das städtische Personal und seine Arbeitsbedingungen dar. Dagegen wehren wir uns mit aller Kraft. Die Mitarbeiter*innen der Stadt machen einen guten und wichtigen Job, sie sind sehr engagiert, putzen unsere Strassen, leeren unsere Abfalleimer und betreuen unsere Kinder. Wir müssen speziell in der Krise gut zu unseren Leuten schauen. Ausserdem ist es absurd, im Rahmen eines IAFP die Arbeitsbedingungen abzubauen zu wollen. Es bedeutet zudem einen Angriff auf die Sozialpartnerschaft und ist deplatziert.

Antrag 15 FDP/JF, Mitte ist uns unverständlich und wir lehnen diesen daher ab. Zu den Anträgen 16 und 17 habe ich mich bereits geäussert: Wir halten diese Anträge für ideologisch und aus der Zeit gefallen. Auch Antrag 18 FDP/JF, Mitte lehnen wir ab. Antrag 19 FDP/JF, Mitte finden wir gut und stimmen diesem zu. Auch wir sind der Meinung, dass bei Infrastruktursanierungen gewisse Kriterien beachtet werden müssen. Wenn aber aufgrund vieler Kinder eine neue Schule benötigt wird, muss eine Priorisierung vorgenommen werden. Antrag 20 FDP/JF, Mitte finden wir eigentlich richtig – wie ausgeführt bezweifeln wir, dass trotz Personalabbau alle Investitionen gemacht werden können. Aber angesichts des Personalabbaus sind wir nicht der Meinung, dass es eine starre Quote braucht.

Antrag 21 FDP/JF erachten wir als interessant. Gerne möchten wir wissen, woher diese Erkenntnis stammt: Sinken die Mieten in der Stadt Bern? Wenn ja, wo ist dies nachzulesen, liebe Mitglieder der FDP/JF-Fraktion?

Unsere eigenen Planungserklärungen habe ich begründet und ich bitte darum, diese anzunehmen. Die restlichen Anträge der Mitte lehnen wir ab.

Zu den SP/JUSO-Anträgen: Die Anträge 29, 30, 31 und 32 nehmen wir an. Wir sind auch der Meinung, dass wir zum Personal schauen müssen und fordern den Gemeinderat auf, eine Revision des Personalreglements bald vorzulegen, damit wir entsprechende Verbesserungen vornehmen können. Eine Randbemerkung zu Antrag 31: Spätestens seit dem Frauenstreik könnte der SP-Gewerkschaftsflügel bemerkt haben, dass Niedriglöhne nicht nur Männer bei der Müllabfuhr betreffen, sondern auch Frauen im Betreuungsbereich.

Stadtratspräsident *Kurt Rüeggsegger unterbricht das Votum*. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Rahel Ruch setzt ihr Votum fort: Über den Antrag 33 SP/JUSO haben wir lange diskutiert, da es unterschiedliche Einschätzungen dazu gibt, was «design to cost» bedeutet und beinhaltet – zum Beispiel ökologische Kosten oder Lebensdauerkosten. Wir sind unsicher, ob dies zu einer Verbesserung führen kann und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Die Anträge

34 und 35 SP/JUSO nehmen wir an. Bei Antrag 36 SP/JUSO haben wir unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob es richtig ist, diese Gebühren ausschliesslich vom Wohnort abhängig zu machen. Ausserdem bezweifeln wir, dass es viele Beispiele gibt, wo das noch nicht gemacht wird und dass der administrative Aufwand vertretbar wäre. Deshalb schlagen wir vor, dass die SP hierzu ein Postulat einreichen soll, damit dies ausführlich geprüft und diskutiert werden kann.

Die Planungserklärungen der SVP lehnen wir ab, was sich aus den vorangegangenen Begründungen ergibt.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Ich beginne mit einer positiven Sache: Im Namen der gesamten Mitte-Fraktion möchte ich dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des vorliegenden Budgets sowie des IAFP herzlich danken. Wenn es lediglich um die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben geht, wird eine einwandfreie Arbeit geleistet. Als Vorbereitung für die heutige Debatte habe ich mich durch zig-Seiten Protokoll der letzten Jahre gekämpft und geschaut, wie die Budget- und IAFP-Debatten in den letzten Jahren verliefen. Die tragische Erkenntnis ist, dass sich nichts geändert hat. Das Geld wird weiterhin mit beiden Händen aus dem Fenster geworfen und der einzige rote Faden, der sich durchzieht, ist die Ignoranz. Die Ignoranz gegenüber den finanziellen Verhältnissen, die in der Stadt Bern vorherrschen, sowie gegenüber den Prioritäten, wie diese Verhältnisse festgelegt werden könnten. Die Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass die Stadt Bern nicht mehr so viele Mittel zur Verfügung hat wie zur Zeit des Einmarsches von Napoleon. Die Ignoranz dem Umstand gegenüber, dass die Stadt Bern keine Ölreserven aufweist wie Norwegen oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Das einzige Ziel der Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte scheint die Einrichtung einer sozialen Wohlfühlweise zu sein, aber ohne die Einsicht, dass man sich ebenso um die finanziellen Reserven kümmern müsste.

Es macht nach wie vor den Eindruck, als wäre die Stadt Bern ein unbeaufsichtigtes Kind im Haribo-Laden, das sich nimmt, was es gerne möchte, ohne Rücksicht auf die Realität. Ich wiederhole mich – wie jedes Jahr: Wir werden sowohl das Budget wie auch den IAFP zurückweisen und haben entsprechende Rückweisungsanträge eingereicht – teilweise gemeinsam mit den Fraktionen FDP/JF oder GLP/JGLP.

Bei der Lektüre der heutigen Antragsliste ist erschreckend, dass weiterhin kein Umdenken stattgefunden hat. Sehr viele Sparmassnahmen des Gemeinderates sollen rückgängig gemacht werden und die Stadt Bern überkompensiert viele der Sparmassnahmen des Kantons. Die Ausgaben steigen ins Unermessliche.

Bereits bei der Antragsbegründung erwähnte ich, dass der Aufwand der Stadt Bern in den letzten sechs Jahren mehr als 17% zugenommen hat. Wie auch von Florence Schmid vorgängig erwähnt, sind ein grosser Teil davon Konsumausgaben. Das sind Dinge, die eine Stadt sich leisten kann, wenn genügend Mittel vorhanden sind, bei klammer Finanzlage aber nicht leisten darf oder kann. Die Stadt Bern hat bereits heute eine sehr hohe Lebensqualität, die nicht weiter ausgebaut werden muss. Vermutlich sind sich die meisten einig darin, dass wir gerne in der Stadt Bern leben, gleichzeitig sollten wir es ermöglichen, dass in Zukunft unsere Kinder ebenfalls gerne in dieser Stadt leben werden. Dafür müssen wir zu ihren Gunsten einen gewissen Handlungsspielraum erhalten, so dass sie in der Lage sind, die Stadt ihrerseits weiterzuentwickeln. Wir warnen eindringlich davor, dass bei Verabschiedung der Defizite und der Weigerung, den Gürtel endlich enger zu schnallen, dieser Handlungsspielraum nicht mehr vorhanden ist und der Kanton das Ruder übernimmt.

Die Klimakrise ist real, wie Rahel Ruch vorhin gesagt hat, doch die Finanzkrise der Stadt Bern ist ebenso real. Diese Krise kann in diesem Rat hier und jetzt angegangen werden und es kann eine Lösung dafür gefunden werden. Bitte schauen Sie bei all diesen Anträgen und der Debatte, dass wir am Ende weniger Geld ausgeben, als momentan vorgesehen ist, und dass

wir die Stadt auf Kurs bringen können. Wir werden uns bei den Grundsatzanträgen folgendermassen verhalten: Das Budget und den IAFP weisen wir zurück, da wir der Meinung sind, dass eine bessere Vorlage erarbeitet werden kann. Diejenigen Anträge, die ein Sparvorhaben beinhalten, unterstützen wir und diejenigen mit Mehrausgabenforderungen, lehnen wir ab.

Es gibt ein paar Ausnahmen im IAFP, bei welchen ersichtlich ist, dass der Gemeinderat dort eigentlich nicht sparen wollte und darauf spekuliert hat, dass diese Sparmassnahmen rückgängig gemacht würden. Bitte machen Sie nicht alle dieser Massnahmen rückgängig, ansonsten stehen wir am Ende schlechter da.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP dankt dem Gemeinderat für die frühzeitige Aufgleisung des Sparprogramms FIT, das nach dem Grundsatz verfasst wurde, dass weder auf Kosten der Sozialbedürftigen noch auf Kosten der Ökologie gespart werden soll. Einzig die Einsparungen bei der Kultur gehen aus unserer Sicht zu weit. Die finanziellen Aussichten der Stadt Bern sind alles andere als rosig. Der Gemeinderat budgetiert trotz des Sparprogramms ein Defizit von über 50 Mio. Franken. Umso wichtiger ist es, dass das vom Gemeinderat vorgeschlagene Sparprogramm von rund 32 Mio. Franken angenommen wird. Nur so kann die Stadt ihren Handlungsspielraum aufrechterhalten.

Dass über die Sparmassnahmen betreffend den Friedhof Bümpliz oder das Lorrainebad unzureichend kommuniziert wurde, ist unglücklich. Trotzdem ist dies nicht der Moment, das Budget zurückzuweisen. Alle bürgerlichen Anträge, die darauf abzielen, lehnen wir ab. Es ist falsch, in diesem Moment personalpolitische Anträge zu stellen, da die Budgetdebatte hierfür ungeeignet ist. Wir werden alle übergeordneten Anträge ablehnen, ausser die Planungserklärung 2 GLP/JGLP, die den Gemeinderat auffordert, die vom Stadtrat beschlossenen, gebundenen Ausgaben transparent auszuweisen.

Wir hegen gewisse Sympathien für die wohlklingenden Planungserklärungen der SP/JUSO-Fraktion. Trotzdem sind wir erstaunt, dass ausgerechnet die grösste Fraktion dem eigenen Gemeinderat Vorgaben vorgeben will, wie beispielsweise «design to cost». Als ob dies der Gemeinderat nicht bereits durchführen würde.

Wir debattieren heute über mehr als 200 Anträge. Die hohe Anzahl Anträge zeigt auf, dass sich das Parlament selber behindert und im Weg steht. Wir haben einen enormen Pendenzenberg an eigenen Geschäften und Motionen. Dies führt dazu, dass die Fraktionen ihre Motionen über Planungserklärungen eingeben, was nicht zielführend ist. Für unsere Fraktion stellt dies keine adäquate Lösung dar. Die einzige Lösung hierfür ist die Verbesserung der Ratseffizienz durch Selbstdisziplin.

Die GFL/EVP-Fraktion ist die einzige Fraktion, die diesem Grundsatz folgt. Wir sind die einzige Fraktion, die nur zwei Anträge eingereicht hat – weniger als 1% der Gesamtzahl.

Simone Machado (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Die fetten Jahre sind vorbei. Die Freie Fraktion stellte sich seit längerem die Frage, woher das Geld kommt, das die Stadt Bern in den letzten Jahren so grosszügig ausgegeben hat. Ab diesem Jahr steht ein Defizit in Aussicht und der Gemeinderat ist auf die Ausgabenbremse gestanden und legt uns gleichzeitig Entlastungsmassnahmen vor. Nicht wenige der Sparvorhaben sind für uns inakzeptabel. Sie treffen die Schwächsten der Gesellschaft, die Kulturbranche und den Service public. Wir kommen in der Detailberatung darauf zu sprechen.

Allgemein greift die Stadt Bern im öffentlichen Raum zu stark ein und gibt dabei zu viel Geld aus. Ein gutes Beispiel hierfür ist der geplante Parkour- und Bewegungspark im Wankdorf, der 1 Mio. Franken kosten soll. Besonders die Sportart Parkour lebt davon, dass keine spezielle Infrastruktur vorhanden sein muss, der Bewegungssport kann überall in der Stadt mit der bereits vorhandenen Infrastruktur ausgeübt werden.

Für die Infrastruktur wird zu viel Geld ausgegeben, für die Menschen wiederum zu wenig. Wenn die Stadt Bern baut oder saniert, musste es in den letzten Jahren jeweils die Luxusvariante sein: Geheizte, aufwärtskompatible WC-Anlagen, Bodenbewässerung von Parkrasen und Bäume in bewässerten Baumtrögen. Wir plädieren dafür, den Natur- und Kulturraum als solchen zu belassen und den Menschen zur Verfügung zu stellen, nicht den Bauunternehmen. Das ist unser Sparkredo an die Stadt Bern. Wir lassen offen, ob wir das Budget und den IAFP annehmen. Unser Entscheid ist von der heutigen Debatte abhängig und davon, auf welche Sparmassnahmen verzichtet werden soll.

Zu den Anträgen: Antrag 3 FDP/JF, Mitte lehnen wir ab. Die Rückweisung löst die finanzielle Schieflage der Stadt Bern nicht auf. Antrag 4 FDP/JF lehnen wir ebenfalls ab, weil wir nicht a priori gegen eine Steuererhöhung oder die Einführung neuer Abgaben sind. Antrag 28 Mitte lehnen wir ab, aufgrund des vorgesehenen Verzichts auf Steuererhöhungen. Für den Antrag 38 SVP hegen wir aufgrund des Aufschubes der nicht-dringenden Projekte, insbesondere teuren Sanierungen, Sympathie. Eine pauschale Einsparung von 50 Mio. Franken lehnen wir aber ab. Antrag 39 SVP lehnen wir ab, da wir speziell zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Steuersenkung sind. Antrag 37 SP/JUSO stimmen wir zu, da dieses Anliegen den Ärmsten zu Gute kommt. Den Anträgen 1 und 2 GLP/JGLP stimmen wir teilweise zu, da sie die Transparenz fördern. Einige Mitglieder werden sich enthalten. Die Anträge 5 und 6 FDP/JF, Mitte lehnen wir ab, da sie zu pauschal formuliert sind. Bei Antrag 7 FDP/JF, Mitte sind wir geteilter Meinung, die Massnahme führt zwar zu Einsparungen, die zugrundeliegende Top-Down-Personalführung unterstützen wir aber nicht. Antrag 8 FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP stimmen wir zu, da solch hohe Löhne verdient werden müssen. Anträge 9 bis 13 FDP, Mitte, GLP/JGLP lehnen wir ab, da marktübliche Konditionen für uns keinen adäquaten Massstab darstellen. Insbesondere lehnen wir Antrag 14 FDP/JF, Mitte ab, da es förderlich ist, Mitarbeitende lange in einer Anstellung zu behalten, und weil sie für einen treuen Einsatz belohnt werden sollen. Zu Antrag 15 FDP/JF, Mitte sind wir geteilter Meinung. Das Anliegen ist theoretisch berechtigt, nichtsdestotrotz ist Zurückhaltung beim Abbau von Leistungen für Bürgerinnen und Bürger geboten. Die Anträge 16 und 17 FDP/JF, Mitte lehnen wir ab, sie sind zu starr und die aktuelle Situation muss miteinbezogen werden. Antrag 18 lehnen wir ab, da ein guter Service public für uns im Vordergrund steht. Antrag 19 nehmen wir an, der Unterhalt dient dem Erhalt der Infrastruktur und der Ökologie. Bei Antrag 20 enthalten wir uns teilweise oder lehnen ihn ab, da es sich wiederum um einen starren Mechanismus handelt, der eingeführt werden soll. Situationen verändern sich und ein Projekt muss aufgegeben werden können, falls dies nötig wird. Antrag 21 lehnen wir ab, da dieser einer Schuldzuweisung zur finanziellen Schieflage der Stadt Bern an die Adresse von Wenigverdienenden gleichkommt. Antrag 22 lehnen wir ab oder enthalten uns, da die Erstellung von Prognosen aktuell schwierig ist. Antrag 23 GB/JA! stimmen wir zu, da es sich um eine Prüfung handelt. Antrag 24 GB/JA! stimmen wir ebenfalls zu, da bei Mehreinnahmen die Sparziele entsprechend angepasst werden müssen. Antrag 25 stimmen wir zu, da dieser einer vorsichtigen Investitionsplanung sowie einer grösseren Transparenz dient. Antrag 27 Mitte lehnen wir aufgrund seiner Starrheit ab und ebenfalls Antrag 28 Mitte betreffend die 40-Stunden-Woche, die für uns eine Ausprägung fortschrittlicher Arbeitsbedingungen darstellt, die wir nicht aufgeben wollen. Antrag 29 SP/JUSO stimmen wir zu, ebenso den Anträgen 30 bis 32 SP/JUSO, da sie sozialpolitische und arbeitnehmerfreundliche Anliegen beinhalten. Dem Antrag 33 SP/JUSO stimmen wir zu, die Stadt Bern muss nicht stets Luxusvarianten ausführen. Trotzdem haben wir Vorbehalte, da uns die Bedeutung von «design to cost» nicht abschliessend klar ist. Antrag 34 SP/JUSO nehmen wir ebenfalls an, da dieser einen Beitrag zu mehr Transparenz leistet. Auch der transparenteren Rechnungslegung in Antrag 35 stimmen wir zu. Antrag 36 nehmen wir auch an, es handelt sich um eine Prüfung. Antrag 40 SVP lehnen wir aufgrund des starren Mechanismus' zu Lasten des sozialen Ausgleichs und der Kultur ab. Für Antrag 41 SVP hegen wir Sympathie, sind in der

abschliessenden Frage aber geteilter Meinung. Die Anträge 42 und 43 lehnen wir ab, da sie für starre Regelungen stehen. Antrag 44 SVP stimmen wir mit einem Augenzwinkern zu, uns ist klar, dass dieser Antrag gegen die Reitschule gerichtet ist.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO begrüsst, dass der Gemeinderat dem Parlament ein Budget und einen IAFP vorlegt, mit denen die Stadtfinanzen rasch saniert und somit die finanzpolitische Autonomie der Stadt Bern erhalten werden sollen. Ebenso begrüssen wir, dass der Gemeinderat in den nächsten Jahren nicht einfach einen dramatischen finanzpolitischen Vollstopp vollzieht und auf Teufel komm raus versucht, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Gerade in diesen unsicheren Zeiten ist ein funktionierendes Gemeinwesen zentral.

Die SP JUSO/Fraktion ist aber nicht einfach rundum zufrieden mit den Vorschlägen des Gemeinderats, auch wenn unsere Fraktion mit zwei Gemeinderatsmitgliedern vertreten ist. Wir haben als Parlamentarier*innen durchaus das Recht wie die Pflicht, selber zu denken. Dieses Spiel nennt sich Parlamentarismus.

Unsere Stadt soll weiterhin die Chancengleichheit, soziale Sicherheit und Grundrechte aller hier lebenden Menschen schützen. Die wachsende Bevölkerungszahl und die damit einhergehenden, stark wachsenden Schüler*innenzahlen bedingen, dass in gewissen Bereichen – gerade in Krisenzeiten – ein Ausbau nötig ist, damit es nicht zu einem Leistungsabbau kommt. In den nächsten Jahren ist zudem eine klare Priorisierung angezeigt. Mit Corona nehmen die sozialen Probleme zu. Nicht nur Jugendliche haben mehr Mühe, im Berufsleben oder in der Gesellschaft ganz allgemein den Tritt zu finden. Insofern erscheinen uns vor allem einige Sparvorschläge aus der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) schlicht unverständlich. Wir haben in den Kommissionen entsprechende Anträge gestellt und werden weitere unterstützen.

Für die SP/JUSO kommt auch bei FIT II kein Abbau beim Service public in Frage. Somit lehnen wir es unter anderem ab, das Lorrainebad zu privatisieren beziehungsweise zu verpachten oder die Bestattungen beim Bümplizer Friedhof aufzugeben. Service public ist für uns Sozialdemokrat*innen deshalb so zentral, weil damit konsequenterweise die Menschen ins Zentrum des Gemeinwesens gestellt werden. Und auch wenn es bei dieser Finanzdebatte vordergründig um Zahlen geht, bleibt nicht zu vergessen, dass hinter den vielen Zahlen immer auch Menschen stehen. Menschen, die auf ein verantwortungsvolles, verlässliches Handeln des Staates angewiesen sind.

Tatsächlich gehören Widersprüchlichkeiten zum Leben. Trotz allem wäre ein bisschen mehr Ehrlichkeit in dieser Finanzdebatte wünschenswert. Insofern begrüssen wir sehr, dass der Gemeinderat auf Unsicherheiten in der Planung ausdrücklich aufmerksam macht. Selbstverständlich gestehen wir jeder Partei zu, andere Schwerpunkte zu setzen, als wir das tun. Wenn es jedoch nur noch darum geht zu spalten, zu dramatisieren oder aber darum, die Realität gänzlich zu verleugnen, sich gegenseitig mit Maximalforderungen zu übertrumpfen, damit man um jeden Preis auffällt, fehlt mir der echte Wille zu konstruktiven Lösungen. Der politische Diskurs wird sehr schwierig und die Findung von Kompromissen fast unmöglich.

Am Schluss dieser Mammutdebatte werden wir über 236 Anträge abgestimmt haben. Ich wage zu behaupten, dass niemand mehr den Überblick hat. Damit nimmt sich das Parlament selber die Möglichkeit weg, diese Stadt finanzstrategisch zu steuern und beraubt sich der Chance, in der Finanzpolitik ernsthaft und echt mitzureden. Übrigbleiben wird ein Minimum an Korrekturen am gemeinderätlichen Kurs. Insofern bin ich froh, dass dieser Kurs gar nicht so falsch ist.

Das Parlament – und das ist nun tatsächlich nicht auf eine Seite beschränkt – bestellt Jahr für Jahr neue Leistungen, und sei es nur in Form immer neuer Berichte. Das gehört zum politischen Gestaltungsspielraum und ist unser gutes Recht. Wenn sich aber dann ein Teil des

Parlaments bei der Budgetdebatte verhält, als ob sich diese Leistungen von unsichtbarer Hand erledigen liessen, wirkt das unehrlich. Fakt ist, dass solche Bestellungen in der Regel auch zusätzlichen Personalaufwand bedeuten. Obwohl die Verwaltung stets mit neuen Aufgaben betraut wird, sind die grossen Sparbemühungen auch bei FIT II hauptsächlich erneut beim Personal auszumachen. Bis 2024 werden insgesamt 238 Stellen abgebaut, was mit der Einsparung der Treueprämie zu einer jährlich wiederkehrenden Sparbemühung von 17 Mio. Franken führt. Die SP/JUSO-Fraktion bedauert diesen Abbau, vor allem, wenn dieser im Niedriglohnbereich stattfindet. Mir begrüssen aber, dass sich die Stadt Bern zusammen mit den Sozialpartnern darauf geeinigt hat, diesen Stellenabbau über natürliche Abgänge, Pensenreduktionen, Pensionierungen und Nichtbesetzung neuer Stellen abzuwickeln. Es kann mit diesem Vorgehen verhindert werden, dass Leuten gekündigt werden muss. Wir vertrauen darauf, dass die sozialpartnerschaftlichen Lösungen sachgerecht und verhältnismässig sind und massen uns nicht an, dies in Unkenntnis vieler Details besser steuern zu können. Deshalb lehnen wir Anträge zu einzelnen Stellen ab.

Im Rahmen von FIT II sind vom Gemeinderat auch die städtischen Investitionen überprüft worden. Im Zeithorizont von 2022 bis 2029 sollen die Investitionen gegenüber der Vorjahresplanung um 100 Mio. Franken reduziert werden. Das ist nicht dramatisch, bedeutet es doch immer noch, dass in den nächsten Jahren deutlich mehr investiert werden soll, als in den vorangegangenen Jahren. Es bedeutet aber natürlich auch, dass die Planung ein bisschen verlangsamt wird, und Projekte ein bisschen weniger luxuriös ausfallen. Dies tut aber – davon bin ich überzeugt – der Lebensqualität in der Stadt Bern keinen Abbruch.

Die Frage um Investitionskosten ist durchaus auch bei der Behandlung des Budgets relevant, haben doch die hohen Investitionsvolumina grosse Auswirkungen auf die Abschreibungsbeiträge und belasten dadurch das jährliche Budget massgeblich. Beispielsweise ergeben die zusätzlichen Investitionen alleine bei den Schulbauten zusätzliche Abschreibungskosten von jährlich rund 25 Mio. Franken. Diese Millionen müssen bei beschränkten finanziellen Verhältnissen an anderen Orten eingespart werden. Mit der Spezialfinanzierung Schulbauten kann das Budget um lediglich 4 Mio. Franken pro Jahr entlastet werden. Hinzu kommen zusätzliche Zins-, Betriebs- und jährliche Unterhaltskosten.

Mit Sparmassnahmen alleine lassen sich diese zukünftigen Herausforderungen nicht bewältigen. Insofern unterstützt die SP/JUSO die Vorschläge des Gemeinderats zur Einführung einer einkommensabhängigen Feuerwehersatzabgabe und die Erhöhung der Parkkartengebühren. Hierzu warten wir auf die Vorlage des Gemeinderats und werden aufgrund dessen die entsprechenden Anträge zum PGB und IAFP ablehnen.

Aufgrund der aktuellen Finanzlage, aber auch aufgrund der anstehenden riesigen Herausforderungen, braucht es ein Umdenken hin zu mehr finanzpolitischem Realitätssinn. Das gegenseitige Abklatschen von ideologisch gefärbten Finanzdogmen bringt uns nicht weiter. Die SP/JUSO will den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt unbedingt erhalten. Nur so wird auch zukünftig eine eigenständige, eine sozial und ökologisch nachhaltige Politik möglich bleiben.

Wir haben den Anspruch, eine Stadtpolitik mitzugestalten, die allen Menschen ein chancengleiches und würdiges Leben garantiert. Wir haben den Anspruch, eine Stadtpolitik mitzugestalten, die auch die Mehrheit der Menschen berücksichtigt, die über keine starke Lobby verfügen und deshalb oft vergessen gehen. Das bedeutet für uns unter anderem, eine Stadtpolitik mitzugestalten, die den Klimawandel bremst und die bereits eingetroffenen negativen Folgen dämpft; eine Stadtpolitik mitzugestalten, die ein kulturelles Angebot für alle zugänglich macht, eine Stadtpolitik mitzugestalten, bei der Bern als verantwortungsvolle und fortschrittliche Arbeitgeberin auftritt. Also eine Stadtpolitik mitzugestalten, die sich eben nicht auf ein Thema beschränken lässt, sondern die diversen Interessen von Einwohnenden und Arbeitnehmenden mitberücksichtigt. Das ist nicht simpel, das ist nicht reisserisch. Vielleicht ist das

sogar ein bisschen langweilig, weil es dabei keine Maximalforderungen, kein ultimatives Empören gibt. Ganz sicher ist dies jedoch mit viel Arbeit und Kompromissbereitschaft verbunden. Wir unterstützen selbstverständlich unsere eigenen Anträge und Antrag 7 FDP. Es freut uns, dass die FDP/JF-Fraktion unseren letztjährigen Antrag abgeschrieben hat. Alle anderen Anträge lehnen wir ab.

Die Fraktion SP/JUSO wird dem Budget 2022 zustimmen und den IAFP 2022-2025 positiv zur Kenntnis nehmen.

Remo Sägesser (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich beginne mit einem Sprichwort: «Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not». Leider hat der Gemeinderat dies in den letzten Jahren nur bedingt, beziehungsweise zu wenig getan. Deshalb befinden wir uns heute in dieser Lage, über welche wir alle – davon bin ich überzeugt – nicht erfreut sind. In Zeiten, die aus Sicht der GLP/JGLP-Fraktion das Gegenteil verlangen würden, müssen Ausgaben reduziert werden. Gerne möchten wir kommunizieren können, dass die Ausgaben nicht reduziert werden müssen, weil es für die kommenden Jahre wichtig wäre, dass die Ausgaben konstant gehalten oder sogar ausgebaut werden können – Stichwort antizyklische Finanzpolitik. Diese Herangehensweise propagieren wir bereits seit Jahren. Leider ist diese aktuell nicht umsetzbar. Mit der Finanzstrategie, die bald dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden wird, hat der Gemeinderat aus unserer Sicht endlich erkannt, dass hierfür ein Puffer von Nöten ist, eine sogenannte Manövriermasse, die leider zurzeit nicht vorhanden ist oder respektive mit 75 Mio. Franken per Ende 2020 viel zu klein ist. Man muss kein grosser Mathematiker sein, um zu verstehen, dass, wenn man den geplanten, diesjährigen Aufwandüberschuss, der bei 41 Mio. Franken liegt, und das geplante Minus für nächstes Jahr von ungefähr 50 Mio. Franken zusammengezählt, nicht mehr viel übrigbleibt, im Gegenteil. Wir befinden uns entsprechend im Minusbereich.

Ich möchte nicht polemisch werden, aber wir müssen ehrlich zu uns selber sein: Die Regierung hat in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Wir haben ein grosses Ausgabenwachstum vorgenommen bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen und mittlerweile liegt ein strukturelles Defizit vor. Wir haben zu viele neue Aufgaben eingeführt, bestehende Aufgaben nicht hinterfragt und unseren Finanzhaushalt entsprechend überlastet und in eine nachhaltige Schiefelage gebracht. Hinzu kommt eine coronabedingte, konjunkturelle Baisse, die die Gesamtsituation zusätzlich erschwert. Deshalb: «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not». Leider bleibt uns aktuell kein Spielraum, um unsere wünschenswerte antizyklische Finanzpolitik zu betreiben und wir müssen unsere Ausgaben entsprechend korrigieren. Wir sagen korrigieren und haben bisher das Wort Sparen nicht benutzt. Es wird aus unserer Sicht nicht im eigentlichen Sinne gespart. Sparen würde heissen, dass die Ausgaben in grossem Umfang reduziert werden und somit der gesamte Aufwand um einige Prozentpunkte zurückgehen würde. Dieser Rückgang ist trotz FIT-Massnahmen nur bedingt ersichtlich. Deshalb kann aus unserer Sicht nicht von Sparen gesprochen werden, sondern von einer Wachstumsbremse, beziehungsweise einer Korrektur von zu hoch geplanten Ausgaben in der Vergangenheit. Uns kann Wortklauberei vorgeworfen werden, aber wer bereits einmal richtig sparen musste, der weiss, dass das uns vorgelegte Budget keines ist, das zusammengespart oder zusammengestrichen wurde. Das ist aus Sicht der GLP/JGLP nicht falsch, aber wir erwarten mehr Flexibilität.

Des Weiteren verursacht uns die Erwartungshaltung der geplanten Fiskalerträge der nächsten Jahre Bauchschmerzen: Munter wird mit starkem Wachstum gerechnet, was wir deutlich als zu optimistisch einstufen. Zudem ist nicht erkennbar, auf welcher Basis die Annahmen gründen und wir haben eine entsprechende Planungserklärung eingereicht. Im Jahr 2024 sollen die Steuereinnahmen bei wiederum 550 Mio. Franken liegen und somit höher ausfallen als in den bisher besten Jahren. Trotzdem schreiben wir noch zweistellige Millionendefizite. Seien

wir ehrlich: Wenn dies langfristig so abläuft, werden wir im Stadtrat auch in Zukunft sehr intensive Diskussionen über unseren Finanzhaushalt führen müssen.

Deshalb fordern wir mehr Transparenz bei der Berechnung der Steuereinnahmen. Wenn sich die Prognosen nicht bewahrheiten, wird es ein Ding der Unmöglichkeit, den Haushalt einigermaßen ins Lot zu bekommen. Wir fordern – wie bereits in den vergangenen Jahren – eine generationengerechte Finanzpolitik. In den letzten Jahren wurden wir hierfür belächelt. Mittlerweile haben es alle im Rat verstanden, dass eine dauerhafte Verschuldung für die späteren Generationen risikobehaftet ist und dass zwingend ein Umdenken stattfinden muss.

Im Budget 2022 will der Gemeinderat einige in der Vergangenheit angekündigte Ausbauvorhaben nicht umsetzen. Das Bild verdeutlicht sich bei genauer Betrachtung der FIT-Massnahmen. Wie bereits dargelegt, handelt es sich bei den Massnahmen aus unserer Sicht eher um eine Rücknahme der Ausbauperspektiven und nicht um Sparmassnahmen im eigentlichen Sinn.

Die GLP/JGLP-Fraktion hat sich entschieden, dem Budget voraussichtlich zuzustimmen. Wir verfolgen die heutige Debatte aber aktiv und erlauben uns – sollten die Ausgaben deutlich zunehmen – auf diesen Entscheid zurückzukommen.

Den IAFP nehmen wir ablehnend zur Kenntnis, da sich der Spagat immer mehr öffnet: Die Einnahmезunahme wird zu optimistisch eingeschätzt und die Ausgaben werden nicht im nötigen Umfang reduziert.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich schliesse mich meinem Vorredner an und gebe ihm in zahlreichen Punkten recht. Einzig mit der Konsequenz sind wir nicht einverstanden, das Budget sollte abgelehnt werden. Ich kann mich an die letzte Debatte zum Jahresbericht erinnern, in der ebenfalls gesagt wurde, dass die Zahlen stimmen würden. Das glaube ich aufs Wort, die Verwaltung hat sicherlich gute Arbeit geleistet. Entscheidend ist aber, ob man zu den Fehlern stehen kann, die passiert sind. Wenn sinnlose oder sogar kontraproduktive Ausgaben gemacht werden, muss konsequenterweise ein Projekt abgebrochen werden. Das vorgängig erwähnte Sprichwort «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not» wurde vom Gemeinderat sträflich vernachlässigt. Lesen Sie es in den Protokollen der vergangenen Jahre nach: Wir haben stets vor zu hohen Ausgaben gewarnt und aufgezeigt, wo Sparpotenzial – an Orten, wo es nicht schmerzt – vorhanden ist. Das Theaterfestival Auawirleben ist sehr grosszügig, mit einem annähernd doppelt so hohen Betrag, unterstützt worden und deshalb muss nun der Zirkus Wunderplunder über die Klinge springen. Für die Stadtgalerie ist kein Geld mehr übrig, weil Grossveranstaltungen unterstützt wurden. Wir haben davor gewarnt, da der Kanton gewisse Museen übernehmen würde. Es wurde nicht auf uns gehört und im Kulturbereich regelrecht ausgebaut. Das Geld wurde direkt wieder eingesetzt und damit das wurde Gegenteil davon getan, was wir als vernünftig bezeichnen .. Das sind die entscheidenden Fehler, die passiert sind.

Im Rat wurde stets eindringlich gesagt, dass das Parlament verantwortungsbewusst agieren müsse, wenn neue Aufgaben übernommen würden, dass auch mehr Personal notwendig sei. Diese Tatsache wurde von uns niemals in Frage gestellt und wir haben immer mit offenen Karten gespielt. Lesen Sie unsere Anträge, wir sprechen von einer Verzichtsplanung. Das heisst, dass gewisse Dinge nicht weiterverfolgt werden können. Das ist uns sehr bewusst: Wir müssen Prioritäten setzen und wir haben aufgezeigt, wo das möglich und nötig ist. Das ist die Aufgabe des Parlaments. Sicherlich, jede Partei weibelt für ihre eigenen Interessen. Ich befürchte, dass der Gemeinderat bei gewissen Sparvorhaben wie beispielsweise der Entfernung der Sitzbänke – dazu hat die SVP sogar mit der Alternativen Linken gemeinsam einen Vorstoss verfasst – über das Ziel hinausgeschossen ist. Ich hege den Verdacht, dass der Gemeinderat einige abwegige Sparvorhaben aufgenommen hat, die sogar ich als nicht zielführend erachte, wie zum Beispiel die Schliessung des Lorrainebads. Will der Gemeinderat

der Bevölkerung durch die Blume mitteilen, dass eine Steuererhöhung unumgänglich ist? Das ist meine Befürchtung. Es ist ein Trick. Es werden Sparmassnahmen vorgeschlagen, die unmöglich umzusetzen sind. Schlussendlich werden die Steuern erhöht oder es wird riskiert, dass der Kanton einem solche auferlegt. Aber das heisst, wir haben unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Hier muss angesetzt werden, damit wir die Kurve noch kriegen. Ansonsten besteht die Gefahr der Bevormundung durch den Kanton. Ich wiederhole: Wenn für die Prüfung einer Verlegung der Drogenabgabestelle von der Hodlerstrasse in ein Schulhaus 45'000 Franken ausgegeben wird, ist die Frage nach dem geistigen Zustand der Zuständigen berechtigt. Es ist abwegig, eine Drogenabgabestelle in ein Schulhaus zu verlegen und die 45'000 Franken sind verschwendetes Geld. Anderes Thema, wiederum die PRD betreffend: Der Neufeldzubringer soll während der Öffnungszeiten der Museen geschlossen werden. Wofür hat die Stadt zig Millionen für den Bau des Neufeldzubringers ausgegeben? Wir fragen uns, ob dieser Entscheid intelligent ist.

Ich werde nicht zu jedem einzelnen Antrag sagen, ob die SVP zustimmt oder nicht, sondern eher grundsätzlich unsere Meinung kundtun. Den Rückweisungsantrag 3 FDP zum IAFP unterstützen wir selbstverständlich. Vor Jahren musste ich mich belehren lassen, dass wir den IAFP lediglich zur Kenntnis nehmen können und nicht zurückweisen können. Deshalb haben wir keinen eigenen Rückweisungsantrag gestellt, unterstützen aber den vorliegenden. Es ist wichtig festzustellen, dass so nicht vorgegangen werden kann. Dem Antrag 2 GLP/JGLP stimmen wir zu, es müssen aber folgende Punkte beachtet werden: Es wird davon ausgegangen, dass die gesamte Stadtbevölkerung begeistert einer Feuerwehrrückgabe zustimmt. Dabei handelt es sich eindeutig um einen Leistungsabbau, da die Freiwilligen im Fall der Fälle gar nicht alle ausgerüstet werden können. Ehrlicherweise müsste gesagt werden, dass wir eine neue Kopfsteuer einführen, die wir Feuerwehrrückgabe nennen. Bei den Reichen wird dann dafür gesorgt, dass diese sicherlich nicht der freiwilligen Feuerwehr beitreten, damit sie ordentlich bezahlen müssen. Das ist unlauter. Wir haben diese versteckten Steuern und Gebührenerhöhungen im Parlament bereits mehrfach abgelehnt. Deshalb stellen wir unseren generellen Antrag. Es geht nicht an, dass für Hundebesitzer, Familiengartenbesitzer und Parkplatzbenutzer die Gebühren stets erhöht werden. Das ist nicht gespart. Es wird neues Geld eingetrieben, das dann wiederum für das Theaterfestival Auawirleben ausgegeben werden kann.

Wenn so politisiert wird, muss man auch einmal hinstehen können und die ganze Sache abblasen. Deshalb werden wir alle Anträge, die in die, nach unserer Ansicht, richtige Richtung gehen, annehmen. Auch das Personal muss seinen Beitrag leisten. Eine gewisse Zeit lang waren wir zu grosszügig. Wir haben aber immer davor gewarnt und wir sind der Meinung, dass eine Gesamtbeurteilung gemacht werden muss.

Betreffend die städtische Pensionsvorsorgekasse (PVK) habe ich seinerzeit mit Jacqueline Gafner einen Vorstoss eingereicht und gesagt, dass wir uns dieses Geschenk mit der Rente ab 63 nicht leisten können. Trotzdem wurde dies nochmals so beschlossen.

Wir wollen nicht Massnahme für Massnahme durchgehen und diese vergleichen. Deshalb haben wir unsere Anträge entsprechend formuliert und sind der Meinung, dass diese vertretbar sind. Es liegt in der Hand des Gemeinderats, diese nochmals genauer anzuschauen. Es ist mir klar, dass mit den bestehenden Reglementen nicht von heute auf morgen das Vorgehen angepasst werden kann. Tatsache ist, dass alle ihren Beitrag leisten müssen. Es geht nicht an, dass der Steuerzahler immer mehr geben muss und gleichzeitig ein Leistungsabbau stattfindet. Das sind die Folgen der rot-grünen Politik. Es gibt Steuererhöhungen und es werden neue Einnahmen generiert, trotzdem kommt es zu einem Leistungsabbau bei zentralen Dienstleistungen der Stadt, wie etwa dem Friedhof Bümpliz und dem Lorrainebad, die uns beide sehr am Herzen liegen. Es wurden falsche Prioritäten gesetzt. Wenn trotz der schwierigen finanziellen Lage eine Drogenabgabestelle und eine Umgestaltung der Hodlerstrasse im

gleichen Perimeter geplant werden, zeigt sich deutlich, dass die Stadt aus ihren Fehlern nichts gelernt hat. Deshalb lehnen wir das Budget ab und ich fordere die GLP/JGLP-Fraktion auf, es uns gleich zu tun.

Michael Aebersold Direktor FPI: Einige Vorbemerkung zu Beginn: Ich bitte um Verständnis, dass ich innerhalb der mir zur Verfügung stehenden 15 Minuten nicht auf jedes Argument eingehen kann. Für die Stadträtinnen und Stadträte zu meiner Linken möchte ich anfügen, dass die linksgrüne Stadtpolitik seit über 20 Jahren durch Wahlen und Volksabstimmungen legitimiert ist. Der Gemeinderat hat Ende der letzten Legislaturperiode vom Stadtrat einen Kompass geschenkt erhalten. Barbara Nyffeler hat uns allen einen solchen Kompass in die Finger gedrückt und seither liegt dieser bei mir zuhause auf dem Pult. Ich betrachte ihn regelmässig, um, wenn nötig, den Kurs anzupassen. Dies haben wir als Gemeinderat ebenfalls gemacht.

Wie mir nach der ersten Debatte heute Nachmittag scheint, ist uns dies gelungen. Wir haben Ihnen ein Paket vorgelegt und auf einzelne wichtige Aspekte komme ich im Verlauf meines Votums zu sprechen. Klar ist, dass die Verantwortung nun beim Parlament liegt, den eingeschlagenen Kurs mitzutragen, zu halten und mitzuhelfen, dass wir die stürmischen Zeiten gemeinsam meistern.

Als Finanzdirektor komme ich mir manchmal vor wie in der TV-Sendung 1 gegen 100. Bei den FIT-Massnahmen war dies anders: Wir haben dieses Paket als Gesamtgemeinderat ausgearbeitet und stehen heute gemeinsam zu fünft hinter FIT, dem Budget und dem IAFP. FIT ist ein Muss! Der Hauptgrund wurde bereits genannt: Die finanzielle Autonomie müssen und wollen wir behalten. Ich bin der Überzeugung, dass uns dies gelingen wird, wenn wir nun agieren.

Die Verwaltung und der Gemeinderat haben sehr intensiv gearbeitet. Wir haben es uns nicht einfach gemacht und sind der Überzeugung, dass wir ein ausgewogenes Paket vorlegen, das wir politisch verantworten können und wollen. Hierzu möchte ich dem Einwand widersprechen, dass alles nur mit Mehreinnahmen gelöst werden soll. Rund ein Viertel sind Einnahmen, der ganze Rest soll ausgabenseitig eingespart werden.

Ebenfalls erwähnt wurde das Personal, das selbstverständlich auch einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Trotzdem – das hoffe ich auch für die Zukunft – ist die Zufriedenheit weiterhin gross. Die Stadt schaut gut zu den Mitarbeitenden und wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass es ihnen bei uns gut geht und dass wir sie möglichst bei der Stange halten können. Die Aussage, dass man lieber einen guten Mitarbeiter in der Privatwirtschaft als in der Stadtverwaltung möchte, befremdet mich. Die Privaten brauchen früher oder später eine Baubewilligung oder sonstige Unterstützung der Stadt und werden froh sein, wenn auch dort ein paar fähige Leute sitzen, die ihre Arbeit effizient und schnell erledigen.

Es ist klar, dass ein solches Sparpaket nicht ohne spürbare Auswirkungen verabschiedet werden kann. Ich versichere Ihnen eines: Die Lebensqualität in der Stadt Bern wird weiterhin sehr hoch bleiben. Ganz viele Leistungen in der Stadt Bern werden im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau bleiben. Auch in der Klimapolitik wird die Stadt Bern weiterhin eine Vorreiterrolle spielen. Wir haben das beste Label und die höchste Auszeichnung in diesem Zusammenhang. Den Vorwurf, dass wir nichts für das Klima machen, weise ich von mir. Dazu wird der Sicherheits- und Umweltdirektor noch etwas sagen.

Ich habe Verständnis für Korrekturen in einem bescheidenen Ausmass. Das ist das Recht des Parlaments. Ich war selber lange genug Teil des Parlaments, um zu wissen, dass ein solches Sparpaket nicht einfach durchgewinkt wird. Ich wiederhole es: Sie haben eine finanzpolitische Verantwortung und die Korrekturen müssen sich in einem kleinen Rahmen bewegen.

Ich fordere Sie auf, in den folgenden Debatten zu den einzelnen Direktionen auf solide und fundierte Argumente einzugehen. Ich bin mir bewusst, dass es gewisse Anträge zu Massnah-

men gibt, bei denen sich die Einreichenden bereits bewusst sind, dass wir diese durchziehen können, da diese wohlüberlegt und verantwortbar sind. Entsprechend bitte ich darum, in der anschliessenden Debatte zu den einzelnen Direktionen meinen Kolleginnen und Kollegen mindestens zuzuhören und ihre Argumente zu würdigen. Anschliessend können Sie dann überlegen, wie Sie abstimmen wollen.

Mir ist wichtig, dass Sie bei allfälligen Korrekturen nicht einfach dort korrigieren, wo am lautesten gerufen wird oder die meisten Mails und Leserbriefe eintreffen. Es ist eine Tatsache, dass für den Gebäudeunterhalt und den Tiefbau keine Lobby existiert. Im Augenblick schmerzt es nicht, wenn in diesem Bereich 4 oder 5 Mio. Franken eingespart werden. Wenn aber in diesem Bereich zu viel eingespart wird, werden viel grössere Probleme auf uns zu kommen. Deshalb braucht es entsprechend in anderen Bereichen – auch in der Kultur – Entlastungsmassnahmen.

Zur Kultur möchte ich einen nachprüfbaren Fakt festhalten: Seit 2016 haben die Ausgaben im Kulturbereich um 10% zugenommen, trotz Entlastungsmassnahmen. Entscheiden Sie selbst, ob die Kultur ihren Beitrag an die Sanierung unserer Finanzen leisten soll und kann.

Ich bitte Sie, auf Diskussionen zu verzichten, die zu einer fiktiven Änderung unseres Budgets führen. Zu den Parkplatzgebühren hat der Gemeinderat eine Annahme gemacht, die unter Umständen um 500'000 Franken höher oder tiefer ausfallen wird. Diese Diskussion ist hinfällig. Es geht darum, die Massnahme zur Erhöhung der Parkplatzgebühren zu akzeptieren. Führen Sie die Debatte dann, wenn eine Vorlage aufliegt, und machen Sie Ihre 100 Vorstösse und Anträge zu diesem Zeitpunkt. Ich werde dann nicht dabei sein.

Zum Budget 2022: Wir sprechen von einem Defizit von 50,6 Mio. Franken. Das ist sehr hoch. Wir haben FIT-Massnahmen von 32 Mio. Franken. Das Defizit von 50,6 Mio. Franken kommt nur aufgrund der Einsparungen von 32 Mio. Franken zustande. Wir haben für nächstes Jahr eine Verschuldung von 110 Mio. Franken geplant – hören Sie gut zu, liebe Parlamentarier*innen auf der linken Seite. Es soll niemand auf die Idee kommen und sagen, dass wir nichts investieren. Woher kommen die Mehrausgaben? Alle verlangen, dass wir investieren, was wir auch tun. Aber damit erhöhen sich die Abschreibungen, allein 2021 um 11,2 Mio. Franken. Neue Investitionen verursachen höhere Abschreibungen. Der Lastenausgleich mit dem Kanton betrug 11,4 Mio. Franken mehr als im letzten Jahr. Die Stadt zahlt jedes Jahr mehr Geld in den Lastenausgleich ein und die Gemeinden im Oberland meinen, dass sie die Stadt Bern finanzieren müssen. Um die Relationen aufzuzeigen: Der Personalaufwand liegt bei 1,5 Mio. Franken – relativ bescheiden – und der Sachaufwand Betrieb liegt bei 3,2 Mio. Franken.

Es wurde erwähnt, dass 624 Mio. Franken für die Erbauung und Sanierung von Schulen in der Pipeline sind. Diese Ausgaben könnten noch um drei oder mehr Jahre verschoben werden, aber gestrichen werden können sie nicht. Auch die Sanierung des Kirchenfeldschulhauses nicht. 230 Mio. Franken sind für Sport- und Freizeitanlagen budgetiert. Wer will die Ka-We-De schliessen? Oder im Weyermannshaus keine Eisfläche mehr machen? Ich gehe davon aus, dass alle dagegen sind. Die Anträge werden hoffentlich unterstützt, da diese Investitionen getätigt werden müssen. Wir haben das grosse Pech, dass die umfassenden Investitionen just vor 40 oder 50 Jahren getätigt wurden. Ob dafür nun die links-grünen Parteien oder die Bürgerlichen verantwortlich sind, ist eine müssige Diskussion. Fakt ist, dass wir in den letzten und in den nächsten 10 bis 15 Jahren diese hohen Investitionen tätigen müssen, die die nächsten 50 Jahre überdauern werden. Wir planen Investitionen von 140 Mio. Franken für das nächste Jahr. Lange waren es zwischen 90 bis 95 Mio. Franken pro Jahr. Es ist eine Tatsache, dass wir 2019 124 Mio. Franken und 2020 122 Mio. Franken investiert haben. Ich kam mehrmals an dieses Rednerpult und sagte, dass wir bei 120 Mio. Franken mindestens einen Überschuss von 20 Mio. Franken aufweisen müssen, damit die Verschuldung lediglich um 30 Mio. Franken zunimmt. Ich sage nicht, dass wir keine neue Verschuldung haben. Wichtig

ist, dass wir die Verschuldung weiterhin im Griff behalten können. Aktuell sind wir bei 140°Mio. Franken Schulden und wir benötigen einen Überschuss von 40°Mio. Franken, damit wir bei 30°Mio. Franken Neuverschuldung liegen. Wir sind aktuell bei minus 50°Mio. Franken, rechnen Sie selber aus, was fehlt.

Ich bin der Meinung, dass die Verschuldung an sich nichts Schlechtes darstellt, aber es ist eine Frage des Ausmasses. Wichtig ist zudem, ob es sich um einen unendlichen Anstieg handelt oder ob es eine Wellenbewegung darstellt, wie im Jahr 2000, als wir Schulden von 1,9°Mrd. Franken übernommen haben. Wahrscheinlich werden wir wiederum solch hohe Schulden haben, wobei ich dies verhindern möchte.

Der Kanton Bern hat in schlechten Zeiten täglich 1°Mio. Franken Schuldzinsen bezahlt – eine unglaubliche Zahl. Liebes Grünes Bündnis, ich kann Ihnen nicht sagen, wie hoch die Schuldzinsen in zehn Jahren sein werden. Vielleicht betragen diese in Zukunft wieder 3% oder 4% und wir schulden das Geld zu diesen Bedingungen, müssen uns refinanzieren und es wird uns teuer zu stehen kommen.

Zu unseren Prognosen für das Jahr 2020 und zur Frage, ob wir zu gut oder zu schlecht budgetieren: Was sind die Fakten? 2020 hatten wir ein Rekordjahr mit 546°Mio. Franken Steuereinnahmen. Wir haben diesen Wert nach unten korrigiert. Die Korrekturen haben wir ähnlich wie der Kanton vollzogen. Wir wissen nicht mehr als die anderen, müssen aber unsere Prognosen im Vergleich relativ früh erstellen. Diese Annahmen sind realistisch. Die Anträge, dass Prognosen frisiert werden sollen, finde ich unsäglich. Wir versuchen, seriöse Zahlen zu bieten – gerne biete ich Ihnen ein Seminar in Steuerprognosen zusammen mit meinem Steuerverwalter an– und benötigen keine Planungserklärung, damit dies auf 20 Seiten erklärt werden muss, die schlussendlich niemand lesen wird.

Zu den Prognosen: Der Kanton Bern hat letzte Woche kommuniziert und meine Leute und ich haben uns unsere Gedanken dazu gemacht. Beatrice Simon hat mehrmals betont, wie hoch die Planungsunsicherheiten sind. Wenn betrachtet wird, welche Verbesserungen vorhanden sind, ist es im Wesentlichen die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die 320°Mio. Franken beträgt. Die Neueinschätzung der Steuern beträgt 242°Mio. Franken und der Kanton erhält aus dem nationalen Finanzausgleich 43°Mio. Franken mehr. Ich fordere seit langem, dass wir vom Nationalbankgold etwas abbekommen. Wenn ich das hochrechne, gäbe dies für die Stadt zusätzliche Einnahmen von 30°Mio. Franken. Leider erhalten wir nichts davon.

Zum Finanzausgleich ist zu sagen, dass wir nicht analog zum Kanton Bern 43°Mio. Franken mehr erhalten, sondern 11,5°Mio. Franken mehr einzahlen müssen. Dies auch im Wissen darum, dass wir – ausgewiesen und anerkannt – Zentrumslasten zu tragen haben. Davon 29°Mio. Franken werden uns nicht ausgeglichen. Es handelt sich um Fakten und eine Diskussion ist hinfällig.

Die höheren Steuereinnahmen stellen den interessantesten Punkt dar: Was bedeutet es für die Stadt, wenn der Kanton Bern sagt, dass 242°Mio. Franken Steuern eingenommen werden? Wenn man es umrechnet, sind dies 4,2% der 5,7 Mrd. Franken und auf unsere Steuern ausgerechnet, ergibt dies einen Mehrertrag von 21,5°Mio. Franken. Momentan liegen wir bei 51°Mio. Franken und Sie können die Differenz selber ausrechnen. Wir befinden uns noch weit im roten Bereich. Auch wenn sich bei der Stadt abzeichnet, dass die Einnahmen ein wenig besser sind als prognostiziert, könnte sich dies in etwa in diesem Rahmen bewegen. Es fehlen uns aber nach wie vor 30°Mio. Franken bis zu einer schwarzen Null und 50 Mio. Franken bis zu einem Plus von 20°Mio. Franken, 70°Mio. Franken bis zu einem Plus von 40°Mio. Franken, wenn wir die 140°Mio. Franken ausgeben wollen. Das sind die Fakten, liebe Stadträtinnen und Stadträte.

Ich wünsche Ihnen nun eine spannende Debatte und werde sehr aufmerksam zuhören.

Ich bitte Sie, Ihren Part wahrzunehmen und unser Budget mit den Vorschlägen und unseren Finanzplan zu unterstützen. Wir bleiben dran, es wird sich weiterentwickeln, die Welt dreht sich weiter und die Krise ist irgendwann einmal vorbei. Niemand weiss, wo wir in einem Jahr stehen werden und wie der Jahresabschluss 2021 aussehen wird. Unsere Leute in der Verwaltung geben ihr Bestes, um uns eine seriöse Finanzpolitik zu ermöglichen, damit eine Sozialpolitik, eine Klimapolitik und eine Verkehrspolitik gemacht werden kann, die den Wünschen der Stadt entspricht.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 3 FDP/JF, Mitte ab.
(15 Ja, 56 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 006*
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 4 FDP/JF, Mitte ab. (15 Ja, 58 Nein)
Abst.Nr. 007
3. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 26 Mitte ab. (15 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 008*
4. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 38 SVP ab. (15 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 009*
5. Der Stadtrat lehnt den Eventual-Rückweisungsantrag 39 zu Antrag 38 SVP ab.
(5 Ja, 68 Nein) *Abst.Nr. 010*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 37 SP/JUSO zu. (40 Ja, 33 Nein) *Abst.Nr. 011*
7. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 GLP/JGLP zu. (45 Ja, 27 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 012*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 GLP/JGLP ab. (35 Ja, 36 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 013*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 46 Nein) *Abst.Nr. 014*
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 FDP/JF, Mitte ab. (15 Ja, 57 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 015*
11. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 7 FDP/JF, Mitte zu. (37 Ja, 35 Nein) *Abst.Nr. 016*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP ab.
(26 Ja, 43 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 017*
13. 9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP ab. (26 Ja, 47 Nein)
Abst.Nr. 018
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 019*
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 46 Nein, 1 Enthalten)
Abst.Nr. 020
16. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 44 Nein, 2 Enthalten)
Abst.Nr. 021
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13 FDP/JF, Mitte ab. (26°Ja,°44°,°2°Enthalten) *Abst.Nr. 022*
18. Der Stadtrat lehnt den Antrag 14 FDP/JF, Mitte ab. (15 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 023*
19. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 024*
20. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 025*
21. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 FDP/JF, Mitte ab. (15 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 026*
22. Der Stadtrat lehnt den Antrag 18 FDP/JF, Mitte ab. (26 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 027*
23. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 19 FDP/JF, Mitte zu. (43 Ja,°27 Nein, 3 Enthalten)
Abst.Nr. 028
24. Der Stadtrat lehnt den Antrag 20 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja,°58 Nein, 1 Enthalten)
Abst.Nr. 029
25. Der Stadtrat lehnt den Antrag 21 FDP/JF ab. (25 Ja,°47 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 030*
26. Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 FDP/JF ab. (7 Ja,°65 Nein) *Abst.Nr. 031*
27. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23 GB/JA! ab. (18 Ja,°55 Nein) *Abst.Nr. 032*
28. Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 GB/JA! ab. (18 Ja,°53 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 033*
29. Der Stadtrat lehnt den Antrag 25 GB/JA! ab. (24 Ja,°48 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 034*
30. Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 Mitte ab. (15 Ja,°58 Nein) *Abst.Nr. 035*
31. Der Stadtrat lehnt den Antrag 28 Mitte ab. (15 Ja,°57 Nein) *Abst.Nr. 036*
32. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 29 SP/JUSO zu. (40 Ja,°33 Nein) *Abst.Nr. 037*

- 33. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 30 SP/JUSO zu. (40 Ja,°33 Nein) *Abst.Nr. 038*
- 34. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 31 SP/JUSO zu. (40 Ja,°33 Nein) *Abst.Nr. 039*
- 35. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 32 SP/JUSO zu. (46 Ja,°26 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 040*
- 36. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 33 SP/JUSO zu. (43 Ja,°18 Nein, 12 Enthalten) *Abst.Nr. 041*
- 37. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 34 SP/JUSO zu. (43 Ja,°26 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 042*
- 38. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 35 SP/JUSO zu. (55 Ja,°14 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 043*
- 39. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 36 SP/JUSO zu. (38 Ja,°31 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 044*
- 40. Der Stadtrat lehnt den Antrag 40 SVP ab. (7 Ja,°66 Nein) *Abst.Nr. 045*
- 41. Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 SVP ab. (14 Ja,°58 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 046*
- 42. Der Stadtrat lehnt den Antrag 42 SVP ab. (15 Ja,°58 Nein) *Abst.Nr. 047*
- 43. Der Stadtrat lehnt den Antrag 43 SVP ab. (15 Ja,°58 Nein) *Abst.Nr. 048*
- 44. Der Stadtrat lehnt den Antrag 44 SVP ab. (22 Ja,°51 Nein) *Abst.Nr. 049*

Die Sitzung wird um 17:00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

15.11.2021

X 

Signiert von: Kurt Rügsegger (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

14.11.2021

X 

Signiert von: Christine Otis (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.40 Uhr

Vorsitzend

Präsident Kurt Rügsegger

Anwesend

76 Mitglieder

Entschuldigt

Francesca Chukwunyere

Nicole Cornu

Brigitte Hilty Haller

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD

Reto Nause SUE

Michael Aebersold FPI

Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin Barbara Waelti, Protokoll

Sabrina Hayoz, Ratsweibelin

Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin und Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie in [Anhang 1](#) und [Anhang 2](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

- Die Traktanden 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

2020.FPI.000130

4 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025

Diskussion und Beschlüsse siehe Traktandum 5.

2020.FPI.000131

5 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)

Detailberatung IAFP 2022-2025 und PGB 2022

Präsidialdirektion (PRD) und Gemeinde und Behörden (GuB)

Anträge PRD/GUB

12	Büro des Stadtrats	IAFP 89	Stadtrat	10000	Im IAFP 2023-2026 sind für Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten etc. CHF 50'000.00 einzustellen.
19	GB/JA	IAFP 101	Kultur Stadt Bern	11000	Auf die Reduktion der Gesamtsumme für die Unterstützung von Institutionen mit rein städtischen Leistungsverträgen um Fr. 269'000 ab 2024 sei zu verzichten.
20	GB/JA	IAFP 101	Kultur Stadt Bern	11000	Auf die Reduktion der Gesamtsumme für die Unterstützung von Institutionen mit tripartiten Leistungsverträgen um Fr. 500'000 ab 2024 sei zu verzichten.
14	GLP / JGLP	IAFP 2	Stadtkanzlei	40200	Der städtische Beitrag an die Fachzeitschrift "Berner Zeitschrift für Geschichte" sei aufrechtzuerhalten.
15	GLP / JGLP	IAFP	Stadtkanzlei	40200	Das Ortsarchiv Bümpliz mit zugehörigem Ausstellungsraum sowie die Personalkosten zur Betreuung der Sammlung seien aufzuheben.
2	SBK, FD	IAFP 99	Gleichstellung	100300	Die Reduktion der Mittel für die Unternehmensplattform "Werkplatz Égalité" ab 2023 von Fr. 10'000 sei rückgängig zu machen.
3	SBK, FD	IAFP 99	Gleichstellung	100300	Die Sparmassnahme bei den Lohngleichheitskontrollen von Fr. 20'000 ab 2023 sei rückgängig zu machen.
8	SBK, FD	IAFP 107	Kultur Stadt Bern	110000	Die Stadtgalerie soll weiter betrieben werden und die dafür notwendigen Fr. 156'000 im PGB 2022 sowie Fr. 218'000 für 2023 und 2024 im IAFP sollen wieder eingestellt werden. Die Stadtgalerie als wichtiger und geschichtsträchtiger Berner Kultur- und

33	Mitte, GLP/JGLP , FDP/JF	IAFP		Kultur Stadt Bern	110000	Kunsttreffpunkt soll erhalten bleiben. Die 0.5 FTE der Stadtgalerie sind bis 2025 über eine private Trägerschaft, Verein zu finanzieren.
34	Mitte, GLP/JGLP , FDP/JF	IAFP		Kultur Stadt Bern	110000	Die Kommission "Hauptstadtkultur" ist formell aufzuheben und der städtische Förderbeitrag von CHF 250'000.- einzusparen.
9	SBK, FD	IAFP	114	Denkmal- pflege	120000	Die zur Erarbeitung des UNESCO Managementplans notwendigen Mittel sind in den Planjahren 2023 und 2024 zu halbieren, im Planjahr 2025 zu streichen.
50	SVP	IAFP		Hochbau Stadt Bern	130000	Verzicht auf die vorgesehene Sanierung Kirchenfeldschulhaus dies soweit die unterirdischen Bauten betreffend.
51	SVP	IAFP	220	Hochbau Stadt Bern	130000	Definitiver Verzicht auf den Neubau der Volksschule Wyssloch. Es sind alternative Standorte zu prüfen.
24	GB/JA	IAFP	130	Wirtschafts- amt	160140	Der Auftrag für Bern Welcome ist auf die nächste Leistungsvertragsperiode 2023-26 auf das Wesentliche zu reduzieren und der städtische Beitrag dementsprechend zu redimensionieren/kürzen.
35	SP/JUSO	IAFP		Kultur Stadt Bern	110000	<i>Tripartite Verträge Kulturinstitutionen:</i> Auf die Hälfte der Reduktion der Gesamtsumme für die Unterstützung von Institutionen mit tripartiten LV um CHF 250'000 ab 2024 ist zu verzichten.
36	SP/JUSO	IAFP		Kultur Stadt Bern	110000	<i>Städtische Leistungsverträge Kultur:</i> Auf die Hälfte der Reduktion der Gesamtsumme für die Unterstützung von Institutionen mit rein städtischem LV um CHF 135'000 ab 2024 ist zu verzichten.
37	SP/JUSO	IAFP		Kultur Stadt Bern	110000	<i>Direkte Förderung erhöhen:</i> Bis 2025 beträgt der Anteil der Direkten Förderung am Globalbudget von KSB 15%.
40	SVP	PGB	89	PRD	1100	Das Budget bei der Präsidialdirektion sei linear um 12 Mio. zu kürzen.
41	SVP	PGB	89	PRD	1100	<i>Eventualantrag zu Antrag Nr. 40:</i> Das Budget bei der PRD sei linear um 3 Mio. zu kürzen.
1	SBK	PGB	61	Stadtrat	10000	Die Beiträge an die Fraktionen sind auf jährlich CHF 6'400.00 pro Fraktion zu limitieren. Das Budget soll dementsprechend um Fr. 8'640.00 reduziert werden.
11	Büro des Stadtrats	PGB	61	Stadtrat	10000	Das PGB 2022 ist für Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten etc. um CHF 50'000.00 zu erhöhen.
13	Büro des Stadtrats	PGB	61	Stadtrat	10000	Das PGB 2022 ist für die Durchführung von Zusatzsitzungen im 2022 um CHF

16	FDP/JF	PGB 61	Stadtrat	10000	55'000.00 zu erhöhen. Die Sitzungsgelder der Mitglieder des Stadtrats sollen auf den im November 2019 gültigen Stand reduziert werden. Das Budget soll dementsprechend um Fr. 350'000 (inkl. neue Finanzkommission) gekürzt werden.
17	GB/JA	PGB 106	Kultur Stadt Bern	11000	Auf die Kürzung des Kredits Infrastrukturen der Altstadt im Umfang von 10'000 sei zu verzichten.
18	GB/JA	PGB 106	Kultur Stadt Bern	11000	Das Stipendium für den Kulturaustausch in New York soll weitergeführt werden und die Fr. 60'000 dafür wieder eingestellt.
21	GB/JA	PGB 106	Kultur Stadt Bern	11000	Der Kredit Promotion und Distribution soll nicht gestrichen werden und entsprechend Fr. 150'000.- wieder eingestellt werden.
22	GB/JA	PGB 106	Kultur Stadt Bern	11000	Auf die Reduktion der Stelle Fachexpertin Kunst und KiöR um 40 % soll verzichtet werden und im PGB 2022 entsprechend 15'250.- eingestellt werden.
38	SVP	PGB 74	Stadtkanzlei	40000	Die Erhöhung von Fr. 780'000 ist rückgängig zu machen.
39	SVP	PGB 74	Stadtkanzlei	40000	<i>Eventualantrag zum Antrag Nr. 38 SVP:</i> Das Budget bei der Stadtkanzlei sei linear um Fr. 45 Mio. zu kürzen.
4	SBK, FD	PGB 101	Gleichstellung	100300	Auf die Reduktion Projektleitung um 10% sei zu verzichten und im PGB 2022 entsprechend wieder Fr. 3'500.- einzustellen.
5	SBK, FD	PGB 101	Gleichstellung	100300	Auf das Streichen der Massnahme 2.1 Jugendprojekt sexuelle Integrität im öffentlichen Raum ist zu verzichten und die dafür vorgesehenen Fr. 15'000.- sind wieder einzustellen.
44	SVP	PGB 93	Gleichstellung	100300	Die Dienststelle sei aufzuheben. Das Budget ist folglich um Fr. 732'954.80 zu kürzen.
45	SVP	PGB 93	Gleichstellung	100300	<i>Eventualantrag zu Antrag Nr. 44 SVP:</i> Kürzung der Nettokosten um Fr. 400'000.00.
6	SBK, FD	PGB 106	Kultur Stadt Bern	110000	Die Reduktion der Unterstützung von Laienchören und -orchestern (Kredit Breitenkultur) von Fr. 40'000 sei rückgängig zu machen
7	Minderheitsantrag SBK	PGB 107	Kultur Stadt Bern	110000	Auf die Schliessung der Stadtgalerie ist zu verzichten. Das Geld soll aber innerhalb des Globalbudgets kompensiert werden, bspw. durch eine Kürzung des Fonds für Hauptstadtkultur.
10	SBK, FD	PGB 107	Kultur Stadt Bern	110000	Die Stadtgalerie soll weiter betrieben werden und die dafür notwendigen Fr. 156'000 im PGB 2022 sowie Fr. 218'000 für 2023

						und 2024 im IAFP sollen wieder eingestellt werden. Die Stadtgalerie als wichtiger und geschichtsträchtiger Berner Kultur- und Kunsttreffpunkt soll erhalten bleiben.
46	SVP	PGB	110	Kultur Stadt Bern	110000	Die Nettokosten für PG110000 seien um Fr. 8 Mio. zu kürzen.
47	SVP	PGB	110	Kultur Stadt Bern	110000	Eventualantrag zu Antrag Nr. 46 SVP: Die Nettokosten für PG110000 seien um Fr. 4 Mio. zu kürzen.
29	Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF	PGB	110	Kultur Stadt Bern	110020	Die Nettokosten der direkten Förderung sollen im Bereich "Ausserordentliche Beiträge" um CHF 156'000 gekürzt werden.
30	Mitte	PGB	110	Kultur Stadt Bern	110020	Die Nettokosten der direkten Förderung sollen im Bereich "Ausserordentliche Beiträge" um CHF 60'000 gekürzt werden.
31	Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF	PGB	110	Kultur Stadt Bern	110020	Die Nettokosten der direkten Förderung sollen im Bereich "Stadtgalerie" um CHF 156'000 erhöht werden.
32	Mitte	PGB	110	Kultur Stadt Bern	110020	Die Nettokosten der direkten Förderung sollen im Bereich "Kulturaustausch mit New York" um CHF 60'000 erhöht werden.
23	GB/JA	PGB	114	Denkmalpflege	120000	Auf die Weiterarbeit am UNESCO-Managementplan 2022 sei zu verzichten und der Globalkredit damit um die eingestellten 40'000.- zu kürzen.
43	SVP	PGB	75	AUSTA	130100	<i>Eventualantrag zu Antrag Nr. 42:</i> Es sei eine Kürzung bei den Aussenbeziehungen um Fr. 250'000.00 vorzunehmen.
48	SVP	PGB	134	Stadtplanungsamt	170500	Die Nettokosten des Stadtplanungsamts sollen auf CHF 5'500'000 gekürzt werden.
49	SVP	PGB		Stadtplanungsamt	170500	Eventualantrag zu Antrag Nr. 49 SVP: Die Nettokosten für PG110000 seien um Fr. 700'000.00 zu kürzen.
26	GB/JA	PGB	136	Stadtplanungsamt	170500	Auf die Stellenreduktion von 30% in der Fachstelle Wohnbauförderung sei zu verzichten. Das Budget ist um 6'250 CHF aufzustocken. FIT II: 170500-10
25	GB/JA	PGB	136	Stadtplanungsamt	170500	Auf die Stellenreduktion von 30% im Bereich Umsetzung der Energie- und Klimastrategie sei zu verzichten. Das Budget ist um 9'125 CHF aufzustocken. FIT II: 170500-8
27	GB/JA	PGB	136	Stadtplanungsamt	170500	Auf die Stellenreduktion von 50% in der Freiraumplanung sei zu verzichten. Das Budget ist um 14'875 CHF aufzustocken. FIT II: 170500-9

SBK-Referentin *Zora Schneider* (PdA): Ich begründe die Anträge der SBK. Zuerst die Anträge, die auch die Finanzdelegation (FD) angenommen hat, danach die von der SBK angenomme-

nen Anträge zu den Dienststellen von Gemeinde und Behörden (GuB) und der Präsidialdirektion (PRD).

Seit den letzten Wahlen sind wir zur allgemeinen Freude ein sehr weibliches Parlament geworden. Es ist also kein Wunder, dass sowohl die SBK als auch die FD bei der Gleichstellung nicht sparen wollen. Zur Gleichstellung stellen SBK und FD vier Anträge. Zum Antrag 2: Die Unternehmensplattform Werkplatz Egalité bringt Betriebe zusammen, die die Gleichstellung gezielt fördern wollen. Gute Beispiele werden in einem praxisnahen Erfahrungsaustausch und durch Fachexpertisen hervorgehoben. SBK und FD sind der Meinung, dass darauf nicht verzichtet werden soll. Der Antrag 3 betrifft die Sparmassnahmen bei den Lohngleichheitskontrollen, die rückgängig gemacht werden sollen. Dies mit der Begründung, dass die Lohngleichheit bei Aufträgen, die die Stadt an Dritte vergibt, noch nicht erreicht ist. Antrag 4 betrifft den Verzicht auf die Reduktion der Projektleitung in einem Projekt, bei dem es um die Gleichstellung der Geschlechter und um die Gleichstellung von LGBTQ-Menschen geht. Im Antrag 5 geht es um eine Sparmassnahme betreffend ein Jugendprojekt zur sexuellen Integrität im öffentlichen Raum, das Teil der Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Stadt Bern bildet. Antrag 6 betrifft die Kürzungen bei den Laienorchestern und -chören. Dort soll nicht gespart werden. Sehr wichtig sind die Anträge betreffend die Stadtgalerie, denen die SBK und die FD mit jeweils grossen Mehrheiten zustimmten. Die Stadtgalerie als traditionsreicher, beliebter und fixer Bestandteil der städtischen Kultur soll nicht geschlossen werden. Dies betrifft Antrag 8 zum IAFP und Antrag 10 zum PGB. Weiter sind sich SBK und FD einig, dass der UNESCO-Managementplan der Stadt zu gross geraten ist, und schlagen deswegen mit dem Antrag 9 eine Halbierung der Budgets für dessen Erarbeitung vor, wobei es bei den Abstimmungen zu diesem Antrag relativ viele Enthaltungen gab.

Nun zu den Anträgen der SBK: Die SBK ist der Meinung, dass im Zuge der jetzigen Sparmassnahmen an allen Ecken und Enden und auch beim Stadtrat selbst gespart werden soll. Mit Antrag 1 schlägt die SBK eine Limitierung der Fraktionsbeiträge auf jährlich 6400 Franken vor. Bei der Abstimmung in der Kommission enthielten sich relativ viele SBK-Mitglieder der Stimme. Mit Antrag 7 liegt ein SBK-Minderheitsantrag vor, der den Verzicht auf die Schliessung der Stadtgalerie verlangt. Im Unterschied zu den Anträgen 8 und 10 soll dieser Verzicht innerhalb des Globalbudgets kompensiert werden. Der Antrag sieht vor, die Kompensation im Fonds für Hauptstadtkultur vorzunehmen.

Die Gesamtbewertung von IAFP und PGB betreffend GuB und PRD fiel in der SBK zurückhaltend aus, bei den Abstimmungen gab es viele Enthaltungen. Sowohl dem IAFP als auch dem PGB wurde in der SBK mit 4 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugestimmt.

PVS-Referentin *Laura Binz* (SP): Die PVS kümmert sich um die Dienststellen Stadtplanungsamt (SPA) und Hochbau Stadt Bern (HSB) der PRD. Dem Eindruck nach kommt es sowohl für HSB als auch für das SPA 2022, ja während der gesamten IAFP-Periode 2022 bis 2025, zu einer Verlangsamung. Die Stadt baut weniger selbst und plant auch weniger. PGB und IAFP beider Dienststellen weisen für die nächsten Jahre kein Projekt aus, das heraussticht, und auch keine massive Sparmassnahme. Die Sparmassnahmen sind eher grundsätzlicher Art und beziehen sich auf verschiedene Posten und Projekte. Die Umsetzung der Entlastungsmassnahmen im Rahmen des «Finanzierungs- und Investitionsprogramms (FIT II)» betrifft vor allem auch den Bereich Personal. Es findet ein Zusammenrücken statt, besonders bei Fragen betreffend die Infrastruktur. Das grosse Geschäft zur Revision der Bauordnung, die momentan beim SPA in Arbeit ist, wird von den Sparmassnahmen nicht tangiert. Bei HSB werden über den gesamten IAFP-Zeitraum zwei Projektleitungsstellen eingespart. Wenn die Entwicklung bei der Planung verlangsamt wird, wirkt sich dies auf die Ausführung, also auf den Bereich Hochbau aus. In dieser Budget- und IAFP-Periode liegen die Prioritäten weiterhin bei den Schulbauten und bei den Sportanlagen Wasser und Eis. Der Zustandswert der städti-

schen Immobilien soll von 0,8 auf 0,75 gesenkt werden. Die PVS wollte wissen, wie sich dies auf zukünftige Investitionen auswirken wird. Laut der Antwort der Verwaltung ist diese Reduktion vorübergehend vertretbar. Das SPA erarbeitet derzeit einige Arealplanungen, diese Arbeiten werden weitergeführt, aber die Chantier-Planungen im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept (STEK) werden verlangsamt. Aus der Beratung zieht die PVS folgendes Fazit: Dass bei den Dienststellen HSB und SPA überall gespart wird, ist suboptimal, allerdings vermitteln die Auskünfte der Verwaltung den Eindruck, dass die Sparvorschläge ausgewogen und gut durchdacht sind. Aus diesem Grund verzichtet die PVS auf Anträge zum IAFP und zum Budget der Dienststellen SPA und HSB. Die PVS beantragt dem Stadtrat mit 6 Ja- gegen 0 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, den IAFP zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Mit 9 Ja-, 0 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, wird dem Stadtrat die Zustimmung zum PGB 2022 von HSP und SPA beantragt.

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen 38, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 46,47, 48, 49, 50 und 51: Wir stellen etliche Anträge zur PRD, denn dort wurde viel gesündigt, insbesondere in der Planung. An die anwesende Anhängerschaft der Stadtgalerie: Die Stadt hätte längst genügend Gelder für die Stadtgalerie und für andere Kulturprojekte. Beim Sparen muss man dort ansetzen, wo es einschenkt. Ich habe das Beispiel Sanierungs- und Bauprojekt Kirchenfeldschulhaus schon mehrmals erwähnt. An sich kostet die Sanierung ca. 25 Mio. Franken, aber weil ein Projekt ausgewählt worden ist, das zwei Schulzimmer mehr vorsieht, muss die unlängst für rund 1 Mio. Franken renovierte, oberirdische Turnhalle abgerissen werden. An deren Stelle sollen eine Lärmschutzwand errichtet sowie zwei unterirdische Turnhallen erstellt werden; mit dem Resultat, dass dieses Schulhausprojekt die Stadt statt 25 Mio. Franken 46 Mio. Franken kostet. Wenn bei solchen Projekten Verzicht geleistet würde, wie wir beantragen, müsste der Stadtrat nicht mehr über Sparmassnahmen zulasten des Zirkus Wunderplunder diskutieren. Man muss am richtigen Ort ansetzen. Ähnlich verhält es sich mit dem Schulhausprojekt Wyssloch, im geschützten Gebiet beim Egelsee. Da dieses Vorhaben durch Einsprachen und Beschwerden blockiert ist, wurde es zurückgestellt, weil man eingesehen hat, dass es problematisch ist, in einem Naturschutzgebiet und überhaupt überall dort, wo es grün ist, zu bauen. Auch da sind Einsparungen vorzunehmen. Ich spreche nicht von einem definitiven Verzicht, denn ich bin kein Gegner von Schulhausbauten. Ich war der, der verlangt hat, beim Umbau des Schulhauses Manuel das Fundament zu erweitern, damit mehr Schulraum gebaut werden kann. Wichtig ist, dass die finanziellen Mittel richtig und zielführend eingesetzt werden.

Mit der Antragsliste im Excel-Format habe ich Mühe. Die nicht chronologische Nummerierung und die doppelt bedruckten Seiten der Tischaufgabe erschweren einem die Orientierung sehr. Mit Antrag 40 fordern wir eine lineare Kürzung des Budgets der PRD um 12 Mio. Franken. Das ist ein grosser Betrag, mit Antrag 41 legen wir einen Eventualantrag für eine lineare Kürzung von 3 Mio. Franken vor. Die PRD ist die Direktion, die trotz der Spardebatte neue Stellen schafft und die Stadtkanzlei ausbaut. Auch einigen Planungen der PRD begegne ich mit Unverständnis, beispielsweise, wenn eine Drogenabgabe-Fachstelle in ein Schulhaus verlegt werden soll und die Studie zu diesem Projekt 45 000 Franken kostet. Schlechte Beispiele dieser Art bringen uns dazu, eine Kürzung von 12 Mio. Franken zu beantragen. Ich bin mir bewusst, dass das wahrscheinlich zu weit geschossen ist, aber als Artilleriehauptmann macht man das manchmal so und schießt den nächsten Schuss dann kürzer, daher der Eventualantrag auf Kürzung um 3 Mio. Franken. Sie sehen, dass da noch Raum genug wäre für die Unterstützung der Stadtgalerie, des Zirkus Wunderplunder usw. Solche Projekte lägen dann durchaus drin. Mit den Anträgen 44 und 45 zielen wir auf die Aufhebung der Dienststelle Gleichstellung, die Kosten von 732 954.80 Franken verursacht. Es gibt Fachgruppen und -stellen für Gleichstellung bei Bund und Kanton, dazu kommen private Organisationen. Die

Aufhebung der städtischen Fachstelle ist zumutbar. Die Betroffenen der einzelnen Problemfälle, die es gibt, können sich an eine private Anwaltspraxis oder an die Alliance F wenden. Die Kosten von rund 732 955 Franken sind jenseitig. Ich habe das Gefühl, diese Fachstelle ist eine Art geschützte Werkstatt für Parteigängerinnen und Parteigänger. Man muss den Mut haben, einzugestehen, dass es seit 1971 in der Schweiz das Frauenstimmrecht gibt, und dass wir Gleichstellung haben. Falls der Hauptantrag nicht durchkommt, verlangen wir mit dem Eventualantrag 45 eine Kürzung um 400 000 Franken. Mit Antrag 38 fordern wir, die im PGB vorgesehene Erhöhung des Budgets der Stadtkanzlei rückgängig zu machen. Es ist nicht einsichtig, wieso die Stadtkanzlei ausgebaut wird. Jürg Wichtermann und seine Stellvertreterin haben hervorragende Arbeit geleistet. Ich war über lange Zeit gleicher Meinung wie sie. Aber nun, mit der neuen personellen Konstellation, wird ein gewaltiger Ausbau vorgenommen. Es zeugt von einem schlechten «Sensibilisorium», wenn man, weil gespart werden muss, beim Zirkus Wunderplunder spart, während man die eigene Kanzlei ausbaut. Diese Erhöhung muss rückgängig gemacht werden, daher unser Antrag 38. Mit dem Eventualantrag 39 beantragen wir eine lineare Kürzung des Budgets der Stadtkanzlei. Mit den Anträgen 46 und 47 fordern wir relativ hohe Kürzungen des Budgets von Kultur Stadt Bern. Es müsste untersucht werden, welche Angebote es wirklich braucht. Ich habe seinerzeit einen Vorstoss unter dem Titel «Spiel vor leeren Bänken» eingereicht. Kultur ist wichtig, Kultur ist etwas Schönes. Aber gewisse Institutionen erhalten seit vielen Jahren sehr viele Subventionen. Oder es werden neue Verträge gemacht, mit denen die Subventionsbeiträge verdoppelt werden. Das bereitet mir Mühe. Ich hatte mich damals für das Puppentheater eingesetzt, dem die Stadt zunächst gar keine Subventionen mehr zukommen lassen wollte. Ich habe auch mitgeholfen, dass das Narrenpack Theater Gelder bekommt, denn auch solche Angebote müssen in Bern Platz haben. Auch das Theater Matte, das wahrlich nicht auf meiner politischen Linie liegt, muss seinen Platz haben. Das ganze System der Unterstützungen muss neu überdacht werden, darum haben wir unsere Kürzungsanträge eingereicht.

Wichtig ist auch Antrag 48, der die Kürzung des Budgets des SPAs um 5,5 Mio. Franken verlangt. Die Planung geht in die falsche Richtung. In Bezug auf die Bebauung des Viererfelds habe ich schon immer gesagt, dass man die letzten Grünräume frei lassen und nicht immer mehr Menschen nach Bern holen sollte. Das ist auch im Sinne der städtischen Klimapolitik. Dann braucht es auch nicht immer höhere CO₂-Ausgaben, bald sind wir soweit, dass man ein Gesuch stellen muss, wenn man mit dem Auto jemanden besuchen oder in die Stadt fahren will. In der Planung laufen etliche Dinge in die falsche Richtung. Ein Beispiel für eine schlechte Planung ist die Planung Hodlerstrasse, die dafür sorgen wird, dass der Verkehr nicht mehr zum Autobahnzubringer gelangt, wodurch lange Umwege produziert werden. Ich kann Ihnen sagen: Wenn man vom Metro-Parking herkommend nach Bümpliz oder sogar in den Ostring fahren muss, um die Autobahn zu erreichen, ist fürs Klima überhaupt nichts Gutes getan. Auf schlechte Planungen antworte ich: Nicht kleckern, sondern klotzen. Dementsprechend verlangen wir eine beträchtliche Kürzung. Das Beispiel mit der Drogenabgabestelle habe ich schon genannt. Wenn man solche Planungen macht, obwohl man weiss, dass es nicht geht, und für diesen Blödsinn auch noch 45 000 Franken ausgibt, kann ich nur sagen: So wird das Geld falsch eingesetzt. Dann kommt mein alter Grundsatz zum Tragen, dass dort, wo zu viel Geld vorhanden ist, wo es dumm und verantwortungslos ausgegeben wird, massive Kürzungen vorgenommen werden müssen. Diesmal trifft es die PRD, in anderen Jahren war es die SUE, als das Budget der armen Stadtgärtnerei für Blumen gekürzt wurde. Wir haben ein Herz für Blumen und für die Kultur. Ich werde im Fraktionsvotum noch ausführen, welche Möglichkeiten es gibt, um der Kultur zu helfen. Man muss das Schaf dort scheren, wo es viel Fell hat, das es nicht braucht. Aus dem Eventualantrag 49 spricht wahrscheinlich schon die beginnende Altersmilde. Dieser Antrag verlangt eine nur geringe Kürzung beim SPA.

Milena Daphinoff (Mitte): Ich begründe die Anträge der Fraktion Mitte und die Anträge, die wir gemeinsam mit den Fraktionen GLP/JGLP und FDP/JF eingereicht haben. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass jede Direktion ihren Beitrag ans Sparpaket leisten muss. Das gilt auch für die PRD und auch für den Kulturbereich. So schmerzhaft das auch ist. Insofern sind wir einig mit Finanzminister Michael Aebersold, der erklärt hat, dass die Kultur vor zwei Jahren etwa um 10% profitiert hat. Wir gehen nicht unter dieses Niveau zurück, aber ein bisschen muss beim Kulturbudget doch eingespart werden. Was die Verortung des Sparpotenzials anbelangt, unterscheidet sich unsere Meinung jedoch von der des Gemeinderats, und zwar nicht nur in kurzfristiger, sondern auch in mittelfristiger Hinsicht.

Zu den Anträgen: Aus unserer Sicht ist es nicht in Ordnung, dass Kultur Stadt Bern die Beiträge an die Stadtgalerie kürzen will. Wir sind gegen deren Schliessung und haben Antrag 31 formuliert, laut dem diese Kürzung rückgängig gemacht werden soll. Diese Mittel sollen an anderer Stelle innerhalb des gleichen Budgetpostens kompensiert werden: Der Antrag 29 verlangt eine Kürzung um 156 000 Franken im Bereich «Ausserordentliche Beiträge», zugunsten des Erhalts der Stadtgalerie. Diese ausserordentlichen Beiträge befinden sich in einem Topf, auf den Kultur Stadt Bern für alle anderen Fördergelder zugreifen kann, die nach Gutdünken an Projekte verteilt werden, die in keine bestimmte Kategorie fallen. Dieser Topf wurde 2019 um 155 000 Franken aufgestockt. Es ist vertretbar, in diesem Bereich auf das Niveau von vor 2019 zu kürzen, wenn dafür die Stadtgalerie erhalten bleibt. Antrag 32 der Mitte-Fraktion sieht vor, dass der Kulturaustausch mit New York erhalten bleiben soll. Dass die Stadt Bern das lokale Kulturschaffen fördert, ist wichtig. Ebenso wichtig ist aber der Blick über den Tellerrand hinaus. Das heisst auch, Kulturschaffenden einen Aufenthalt in einem Atelier in einem anderen Land zu ermöglichen. Das ist für die Kulturschaffenden wichtig und es gibt ihnen etwas mit für ihren Rucksack fürs Leben. Wir bitten Sie, diesem Antrag zu folgen. Diese 60 000 Franken sollen andernorts eingespart werden. Mit Antrag 30 zielen wir wiederum auf den Topf «Ausserordentliche Beiträge» ab, der überproportional aufgestockt worden ist und am ehesten eine Kürzung vertragen kann. Wir schlagen also quasi zwei Umlagerungen vor, zugunsten der Stadtgalerie und des Kulturaustauschs.

Zum mittelfristigen Finanzplan haben wir zwei interfraktionelle Anträge eingereicht. Mit Antrag 34 verlangen wir, dass der Kulturförderbeitrag «Hauptstadtkultur» eingefroren wird, zumal diese Mittel aus der Bundesmillion stammen, die es nicht mehr gibt, so dass die Stadt gar keine Gelder mehr zu verteilen hat. Das muss im IAFP der nächsten Jahre abgebildet sein. Mit Antrag 33 verlangen wir den Erhalt der Stadtgalerie, allerdings mit der Auflage, dass bis 2025 ein Trägerverein aufgebaut und ein Weg gefunden werden müssen, wie die 0,5 FTE (Full Time Equivalent), die im Moment über die Stadt finanziert werden, anderweitig finanziert werden können. Dies entspricht dem Auftrag an die Stadtgalerie, eine private Trägerschaft aufzubauen, die sich an der Finanzierung beteiligt, also ein alternatives Finanzierungsmodell aufzubauen.

Ursina Anderegg (GB): Ich begründe die Anträge unserer Fraktion, die den Bereich der SBK betreffen. Katharina Gallizzi wird sich zu den Anträgen im Bereich der PVS äussern.

Zur Kultur: Bevor ich auf die Anträge eingehe, möchte ich ein paar einleitende Worte verlieren. Vor etwas mehr als zwei Jahren fand im Stadtrat eine intensive Diskussion über die jetzt laufende Subventionsperiode der städtischen Kulturförderung statt, zuvor war vermittels der Kulturstrategie einiger Handlungsbedarf ausgewiesen worden. Die Mehrheit im Stadtrat war sich damals einig, dass der Gesamtopf vergrössert werden musste, weil viele Institutionen unterfinanziert waren, und weil für die direkte Förderung proportional und grundsätzlich zu wenige Mittel zur Verfügung standen. Wir hatten das Problem erkannt, dass viele Kulturschaffende arbeitsrechtlich und demzufolge auch finanziell schlecht abgesichert sind, und wollten dem entgegenwirken. Im Mai 2019 nahm die Stimmbevölkerung die grossen Kulturleistungs-

verträge mit einer riesigen Zustimmung zwischen 80% und 90% an. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die Bevölkerung die vom Stadtrat gefällten Entscheide mitträgt. Man war sich in der Stadt also einig, dass in Bern eine solide Basis für eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten bleiben muss, und dass die Arbeit der Kulturschaffenden in den verschiedensten Tätigkeitsberichten entsprechend wertgeschätzt werden muss. Unterdessen sind zwei wichtige Ereignisse geschehen: Zum einen ist eine Sparpolitik losgetreten worden – aus unserer Sicht ohne Augenmass und zu grossen Teilen mit Sparzielen in unbegründetem Ausmass. Zum anderen ist eine Pandemie ausgebrochen, die die Kulturschaffenden und die Kulturlandschaft bedroht wie fast keinen anderen Bereich in unserer Gesellschaft. Es wurden massive Berufs- und Kultureinschränkungen beschlossen. Richtigerweise reagierte der Staat schnell und es wurde auf verschiedenen Ebenen erkannt, dass viel Unterstützung notwendig ist. Es wurden Hilfsmassnahmen aufgegleist, die zum Teil eine gute Unterstützung im Sinne einer Überbrückungshilfe boten. Bekanntlich werden die grossen Herausforderungen für die Kulturlandschaft in Bern, in der Schweiz und überall aber erst noch folgen: Die Unterstützungsmassnahmen laufen Ende 2021 aus. Und es herrscht ein Produktionsstau, denn weil noch viele Produktionen nachgeholt werden, wird es noch lange keinen Platz für neue Produktionen geben. Die Stadt führte anfangs Jahr bei Kulturschaffenden und bei Leuten, die in der Kulturproduktionskette arbeiten, also Leute aus der Technik etc., eine Befragung durch, um zu erfahren, wie ihre Situation aussieht. Sehr viele Kulturschaffende lebten auch schon vor der Pandemie nur knapp über der finanziellen Armutsgrenze. Über alle Sparten hinweg bewegte sich der schweizerische Durchschnitt um ein Einkommen von rund 40 000 Franken pro Jahr. In dieser neusten städtischen Umfrage bezeichneten 80% ihre finanzielle Lage als prekär, vor der Pandemie waren es noch 47%. Diese Resultate sind erschreckend und alarmierend, einerseits aus der Perspektive der Armutsbekämpfung und andererseits, weil diese Prekarität viele Kulturschaffende zum Umsatteln zwingt, wodurch die Vielfalt unserer Kulturlandschaft massiv bedroht ist.

Liebe Kolleg*innen, mit den Argumenten der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Kulturförderung waren die meisten von Ihnen bereit, zuzulassen, dass die Stadt privaten Investoren 15 Mio. Franken für eine neue Festhalle schenkt. Und das im Wissen darum, dass in der neuen Festhalle, im Verhältnis zu anderen Nutzungen, praktisch keine Kultur stattfinden wird. Anscheinend sind Sie jetzt wiederum zu grossen Teilen bereit, bestehende Arbeitsplätze Kulturschaffender und weiterer Berufsgattungen, die mit der Kulturproduktion zusammenhängen, zu gefährden. Wir können absolut nicht nachvollziehen, wie man in der aktuellen Situation bereit sein kann, die Gelder zu kürzen, die an Menschen fliessen, die jetzt und auch in den nächsten Jahren auf diese Mittel angewiesen sind, und es in Kauf nehmen kann, in der Folge die städtische Kulturlandschaft zu gefährden. Es geht heute nicht um einen Entscheid für ein bisschen mehr oder weniger Kultur in der Stadt Bern, sondern darum, der vielfältigen Berner Kulturlandschaft Sorge zu tragen und die Arbeit der Kulturschaffenden wertzuschätzen. Wir finden das vielgehörte Mantra des Gemeinderats – die Kultur müsse halt auch solidarisch sein und einen Beitrag an die städtische beziehungsweise die gemeinderätliche Sparpolitik leisten – mehr als zynisch. Da kann sich der Gemeinderat noch so viel selbst applaudieren, solches spricht einfach nur von einer unsolidarischen Haltung.

Zu den Anträgen 19 und 20 betreffend die städtischen und tripartiten Leistungsverträge. Wir wollen nicht, dass in diesem Bereich gekürzt wird, denn diese Kürzungen sind sehr schmerzhaft. Starke Institutionen und Kulturhäuser sind für die gesamte Kulturszene, also auch für die freie Szene, eminent wichtig. Heute ist noch nicht bekannt, welche Institutionen es genau treffen wird, da die Verhandlungen erst anfangen. Vielleicht trifft es das Kino Rex? Vielleicht die Kunsthalle? Vielleicht das Berner Kammerorchester? Vielleicht das Schlachthaus? Vielleicht ein Museum? – Ich will jetzt nicht alle aufzählen, aber eines ist klar: Es existiert wahrscheinlich keine einzige Institution, die auch in vier Jahren nicht immer noch mit den Nachwir-

kungen der Pandemie zu kämpfen haben wird. Für uns kommt es nicht infrage, einen Schritt zurück in die Unterfinanzierung der Kulturinstitutionen zu machen. Die 2019 beschlossene Erhöhung war ein bewusster Entscheid, dem ein jahrelanger politischer Aushandlungsprozess voranging. Aus diesem Grund haben wir kein Verständnis für das Argument, dass es nach den grossen Erhöhungen nur darum gehe, ein bisschen weniger zu erhöhen. Die damaligen Erhöhungen geschahen aus gutem Grund.

Mit dem Antrag 17 wollen wir die Kürzung des Altstadtcredits abwenden. Die Kürzung dieses Credits betrifft potenziell das Puppentheater, das Theater Matte, das Theater am Käfigturm, das Kunst- und Kulturhaus VISAVIS sowie das Narrenpack Theater. Über diese Institutionen ist im Stadtrat schon intensiv diskutiert worden, sie sind immer wieder auf der politischen Agenda. Wir wollen nicht, dass dieser Kredit gekürzt wird, sondern dass die Gelder ausgeschöpft werden und dort ankommen, wo sie versprochen sind. Der Antrag 18 soll das New York-Stipendium retten. Dieser spartenübergreifende Austausch ist eine städtische Institution. Schon unzählige Kulturschaffende konnten von diesem Austausch profitieren und brachten immer wieder neue Impulse für die Kulturlandschaft nach Bern zurück. Ginge dieser Austausch verloren, wäre dies ein grosser Verlust. Der Antrag 21 bezieht sich auf den neu geschaffenen Kredit für Promotion und Distribution. Dieser hat zum Ziel, die Sichtbarkeit des Kulturschaffens zu fördern, was in der aktuellen Situation und in den kommenden Jahren besonders wichtig ist. Wird dieser Topf wieder gestrichen, bedeutet dies, dass die Mittel aus anderen Krediten der direkten Förderung geschmälert werden. Das heisst, dass mit den über die Kulturkommissionen verteilten Krediten weniger Projekte gefördert werden können. Zusätzlich zu den SBK-Anträgen ist unser Antrag 22, der sich auf die Kürzung der Stelle für Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) bezieht, der letzte unserer Anträge zum Bereich Kultur. Es geht konkret darum, dass die 40 Stellenprozente künftig nicht mehr über den steuerfinanzierten Haushalt, sondern über die Spezialfinanzierung KiöR finanziert werden sollen, wodurch aber der Gesamtbetrag für KiöR-Projekte geschmälert würde.

Der Antrag 23 bezieht sich auf den UNESCO-Managementplan: Für uns hat das Konzept riesigen Umfangs, das da erarbeitet werden soll, in Anbetracht der immensen Sparziele, die der Gemeinderat vorschlägt, sicherlich keine Priorität. Wir sehen grundsätzlich nicht ein, wieso die Stadt einen Managementplan braucht, da mit dem Stadtentwicklungskonzept (STEK) und anderen Instrumenten schon sehr gute Konzepte bestehen, die sich auch mit der Innenstadt und der Altstadt auseinandersetzen. Warum es für den Managementplan noch ein zusätzliches Papier braucht, das 800 000 Franken kostet, sehen wir nicht ein. Die bisherigen Präsentationen zum UNESCO-Managementplan konnten dessen Mehrwert nicht aufzeigen. Wir beantragen, dass momentan auf die Weiterarbeit am UNESCO-Managementplan verzichtet wird. Zum Antrag 24: Für uns ist es nach wie vor nicht ganz begreiflich, welche Ziele und Aufträge Bern Welcome genau verfolgt. In der Tourismusförderung sind durchaus einige gute Ansätze sichtbar, die wir anerkennen. Für uns war jedoch die Abgrenzung zu anderen städtischen Aufgaben nie ganz klar. Schwerpunktsetzungen wie «Weihnachten mehr zum Thema machen in der Stadt» irritieren uns eher. Im Vergleich zum Nutzen, den Bern Welcome erbringen soll, welchen wir aber nicht erkennen können, soll eine Menge Geld in dieses Konstrukt investiert werden. Darum soll sich der Auftrag von Bern Welcome für die nächste Leistungsvertragsperiode auf das Wesentliche konzentrieren und der Beitrag der Stadt soll entsprechend reduziert werden.

Corina Liebi (JGLP) zu den Anträgen 14 und 15: Zuerst komme ich auf den Antrag 14 meiner Fraktion zu sprechen, in dem es um den Erhalt des Beitrags an die Berner Zeitschrift für Geschichte geht, welche mir als Historikerin persönlich sehr am Herzen liegt. An dieser Stelle lege ich meine Interessenbindung offen: Ich bin Mitglied des Historischen Vereins des Kantons Bern, über den ich dieses Heft regelmässig beziehe. Die meisten von Ihnen kennen die-

se Zeitschrift, zumal Sie vor einiger Zeit einen Sonderdruck zum Thema «100 Jahre Frauenzentrale» nach Hause zugeschickt bekamen. Die Berner Zeitschrift für Geschichte ist auf dem Platz Bern das Medium für Geschichte schlechthin. Sie richtet sich sowohl an ein Fachpublikum als auch an Menschen in der Stadt und im Kanton Bern, die sich für Geschichte interessieren. Gleichzeitig ist sie eine Plattform für junge Forschende der Universität Bern, um ihre Bachelor- oder Masterarbeit zu publizieren. Und sie ist eine wichtige Möglichkeit für das Stadtarchiv, um seine historischen Bestände der Bevölkerung zu präsentieren und um weitere Forschungen anzuregen. Die Zeitschrift wird durch Beiträge verschiedener Institutionen finanziert; die Stadt, die Burgergemeinde und der Kanton tragen je 10 000 Franken bei. Ohne den städtischen Beitrag ist der Beitrag der Burgergemeinde gefährdet, dies würde bedeuten, dass sich die Zeitschrift nicht mehr lange über Wasser halten könnte. Es wäre schade, wenn wegen 10 000 Franken ein Medium versenkt würde, das seit den 1930er-Jahren existiert. Darum bitte ich Sie, unseren Antrag 14 zu unterstützen.

Mit dem Antrag 15 unterbreiten wir Ihnen einen Kompensationsvorschlag innerhalb derselben Produktegruppe: Es geht um das Ortsarchiv in Bümpliz. Früher wurde es ehrenamtlich betrieben, jetzt hat die Stadt es übernommen. Heute sind die Archivalien im Stadtarchiv, wo sie weiterhin betreut werden. Vor Ort kann man heute eine kleine Sammlung von Bümplizer Objekten besichtigen. Der Ausstellungsraum wird im Umfang von 20 Stellenprozenten von der Stadt betreut. Vor Ort wird das Gespräch mit den Bümplizerinnen und Bümplizern gesucht, sie können dort Archivalien, Fotos und Objekte hinbringen, die dann entweder ans Stadtarchiv vermittelt oder im Ortsarchiv ausgestellt werden. Angedacht ist auch, dass künftig Schulklassen den Raum besuchen können. Wer schon einmal dort war, weiss, dass die Sammlung des Bümplizer Ortsarchivs mit viel Liebe präsentiert wird und dass dort eine Person anwesend ist, die einem die Ortsgeschichte kompetent erklären kann. Trotz alledem ist es für uns ein Nice-to-have, und dafür hat die Stadt aktuell einfach kein Geld. Auch ist es nicht die Aufgabe der Stadt, nebst dem Stadtarchiv auch noch ein Ortsarchiv in Bümpliz zu betreuen. Zudem: Wieso haben die anderen Stadtteile kein solches Archiv? Die Archivalien können direkt ans Stadtarchiv abgegeben werden. Und: Was bisher ehrenamtlich geführt werden konnte, kann auch weiterhin ehrenamtlich geführt werden. Allenfalls ist auch die Überführung der Sammlung an das Historische Museum Bern zu prüfen. Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Streichung des Beitrags an das Ortsarchiv und für die Einsparung der zugehörigen Personalkosten ein.

Abschliessend eine kurze Stellungnahme zu den Anträgen, die wir gemeinsam mit der Mitte und der Fraktion FDP/JF eingereicht haben: Es ist uns ein Anliegen, dass die Stadtgalerie erhalten bleibt, aber dieser Beitrag soll kompensiert werden. Mittel- bis langfristig muss die Stadtgalerie ihr Betriebsmodell und ihre Finanzierungsquellen überdenken. Diesbezüglich wünschen wir uns Offenheit und kreative Ideen.

Katharina Gallizzi (GB) zu den Anträgen 25, 26 und 27: Ich begründe die Anträge der Fraktion GB/JA! zum SPA. Das Budget, über das wir heute befinden, hat einen Zeithorizont von einem Jahr, der IAFP einen von vier Jahren. Aber was das SPA macht oder eben nicht macht, weil die Ressourcen dafür fehlen, beeinflusst das Leben in dieser Stadt für die nächsten 20, 50 oder sogar 100 Jahre. Aus diesem Grund sind wir überzeugt, dass in gewissen Bereichen nicht gespart werden darf. Deshalb reichen wir folgende drei Anträge ein: Zum Antrag 26: Der Gemeinderat will bei der Fachstelle Wohnbauförderung 20 Stellenprozente einsparen. Wir wollen auf diese Sparmassnahme verzichten. Qualitativ guter und vor allem auch günstiger Wohnraum ist in der Stadt nach wie vor Mangelware und die Leerwohnungsziffer beträgt momentan gerade einmal 0,54%. Um diese Mängel zu beheben, hat der Gemeinderat die Wohnstrategie erarbeitet, die der Stadtrat mit grosser Mehrheit angenommen hat. Eine Strategie nützt aber nichts, wenn sie nicht umgesetzt werden kann. Und wenn man jetzt die Mittel

für vier Jahre reduziert, werden bei vielen Projekten die Weichen schon gestellt sein. Später ist es dann zu spät, um die Versäumnisse dieser vier Jahre wieder aufzuholen. Darum bitten wir Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Zum Antrag 25: Auch im Bereich der Umsetzung der Energie- und Klimastrategie will der Gemeinderat 30 Stellenprozente einsparen. Die Wetterextreme in diesem Sommer und der neueste Bericht des Klimarats führen es uns wieder einmal vor Augen: Der Klimawandel ist real. Wir müssen jetzt handeln, damit wir noch eine Chance haben, das Schlimmste abzuwenden. Diese Erkenntnis müsste eigentlich dazu führen, den Klimaschutz drastisch auszubauen, aber sicher nicht dazu, dass in diesem Bereich gespart wird. Die Hochwasser vom Juli 2021 zeigen auf, dass es uns auch finanziell teuer zu stehen kommt, wenn der Klimawandel ungebremst weitergeht. Darum müssen die Massnahmen der Energie- und Klimastrategie mit grosser Dringlichkeit vorangetrieben werden. Ein Sparen beim Klimaschutz können wir uns schlicht nicht leisten. Zum Antrag 27: Die Stadt soll verdichtet werden; dies ist eine grosse Herausforderung. Es wird mehr Menschen auf weniger Raum geben, darum muss der Freiraum umso besser geplant werden. Verdichtung kann nur funktionieren, wenn es gelingt, die Qualität des noch übriggebliebenen Raums zu maximieren und daraus einen Lebensraum zu machen, in dem sich die unterschiedlichsten Menschen, aber auch verschiedenste Tiere und Pflanzen wohl fühlen. In der Stadt laufen momentan sehr viele Gebietsentwicklungen: Viererfeld, Gaswerk-Areal, Weyermannshaus West, EWB-BLS-Areal usw. Dabei ist es absolut zentral, den Freiraum von Anfang an mitzudenken und einzuplanen. Wenn wir hier sparen, wird sich dieser Fehler später nicht mehr korrigieren lassen, denn was gebaut ist, ist gebaut. Wir werden alsdann für die nächsten Jahrzehnte mit den Konsequenzen unserer Planungsversäumnisse leben müssen. Darum bitte ich Sie, unserem Antrag 27 zu folgen und die vom Gemeinderat geplante Stellenreduktion rückgängig zu machen.

Michael Hoekstra (GLP) für das Büro des Stadtrats zu den Anträgen 11, 12 und 13: Das Büro beantragt, im PGB und im IAFP jeweils den Betrag für Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten, die von den Kommissionen beigezogen werden können, um 50 000 Franken zu erhöhen. Aktuell sind im Budget pro Kommission jeweils 2000 Franken eingestellt. Das ist zu wenig. Mit 2000 Franken kann man Dienstleistungen im Umfang von einem Tag bis maximal drei Tagen einkaufen. Mit diesem Budget ist es nicht möglich, dass die AK für eine Untersuchung eine Drittperson beizieht. Zurzeit führen solche Mandate zu Budgetüberschreitungen, für die dem Stadtrat jeweils Nachkredite beantragt werden müssen. Die erhöhten Mittel dienen den Kommissionen dazu, externe Expertisen einzuholen, wenn sie sich nicht allein auf die Auskünfte der Verwaltung abstützen wollen. Hierzu zwei Beispiele: Das Einholen einer Zweitmeinung betreffend die Rentabilität des Restaurants Dählhölzli oder betreffend Base4kids2. Der Antrag 13 bezieht sich auf die knapp 450 anstehenden Vorstösse, die der Stadtrat behandeln muss – ein gewaltiger Pendenzenberg respektive eine Bugwelle an Pendenzen, je nachdem, wie man es interpretiert. Gemäss Artikel 1 des Geschäftsreglements des Stadtrats muss das Büro Sitzungen einberufen, sofern es die Geschäftslast erfordert. Mit rund 450 offenen Vorstössen ist diese Last nun so gross, dass wir handeln und Massnahmen ergreifen müssen, um sie zu verringern. Darum haben wir für 2022 einige Zusatzsitzungen eingeplant. Wir werden experimentierfreudig, indem wir eine Session durchführen werden. Das Datum wurde in der Fraktionspräsidienkonferenz bereits angekündigt. Man kann es sich also einrichten und den Termin für dieses Experiment freihalten. Mit Antrag 13 schlagen wir vor, dass die Kosten für die Zusatzsitzungen 2022 im Budget berücksichtigt werden.

Edith Siegenthaler (SP) zu den Anträgen 35, 36, und 37: Die SP/JUSO-Fraktion hat zur PRD drei Anträge eingereicht, die ich begründe. Sie beziehen sich alle auf den IAFP und betreffen Kultur Stadt Bern. Mit der Planungserklärung 35 verlangen wir, dass die Leistungen der Stadt

Bern an die tripartiten Verträge im Kulturbereich ab 2024 nicht um den vollen vorgeschlagenen Betrag, sondern nur um die Hälfte gekürzt werden. Mit der Planungserklärung 36 verlangen wir dasselbe, allerdings in Bezug auf die städtischen Leistungsverträge. Uns ist es ein Anliegen, dass wir trotz der nötigen Sparmassnahmen die Kultur in der Stadt Bern weiterhin massgeblich unterstützen. Die Stadt Bern braucht starke Theater- und Kulturhäuser. Für uns ist zentral – und das möchte ich deutlich unterstreichen –, dass mit den Kürzungen keine, aber auch wirklich keine Institution, in ihrer Existenz bedroht wird. Wir wollen kein verschlafenes Provinznest werden. In Bern soll es genauso interessante Theater-, Musik- und Filmaufführungen geben wie in anderen Städten. Das garantiert, dass die Menschen gerne in Bern leben, dafür setzen wir uns als SP/JUSO-Fraktion ein. Mit der Planungserklärung 37 bringen wir ein lang gehegtes Anliegen ein weiteres Mal ein, nämlich dass die Förderung der freien Szene einen Anteil von 15% an den gesamten Fördergeldern von Kultur Stadt Bern erreicht. Kulturschaffende der freien Szene arbeiten unter besonders prekären Bedingungen. Wir finden es wichtig, dass für sie genügend Förderung zur Verfügung steht. Bitte unterstützen Sie unsere Anträge 35, 36, und 37 und sorgen Sie somit für eine lebendige Kulturszene in der Stadt Bern.

Tom Berger (FDP) zu Antrag 16: Der Antrag 16 unserer Fraktion bezieht sich auf die Sitzungsgelder des Stadtrats. Die Geschichte ist Ihnen bekannt: Wir haben im November 2019 in Eigenregie unsere Sitzungsgelder recht üppig erhöht, da die Finanzen der Stadt damals noch anders präsentiert wurden. Wir erlauben uns, den Antrag, die Sitzungsgelder wieder zu reduzieren, nochmals zu stellen. In einer Zeit, in der verzichtet werden muss, sollten wir uns bereit zeigen, selbst auch Verzicht zu leisten, indem wir die Erhöhung, die wir uns 2019 gewährt haben, rückgängig machen.

Fraktionserklärungen

Tom Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Ich äussere mich zu den Anträgen: Den Anträgen 11, 12 und 13 des Büros des Stadtrats stimmen wir zu. Gerade die letzten Monate haben gezeigt, dass immer wieder Geschäfte behandelt werden müssen, die einen Komplexitätsgrad aufweisen, der es notwendig macht, dass wir als Milizparlament externes Fachwissen einholen können. Ohne diese Möglichkeit sind wir zu stark von den Expertinnen und Experten der Verwaltung abhängig, was nicht nur gut ist. Entsprechend unterstützen wir die Anträge 11 und 12, so dass die Kommissionen auf Antrag das notwendige Fachwissen von aussen einholen können. Auch dem Antrag 13 auf Erhöhung des Budgets für Sitzungsgelder infolge zusätzlicher Stadtratssitzungen stimmen wir zu. Aber wir sollten den Pendenzenberg, den wir vor uns herschieben, nicht mittels zusätzlicher Sitzungen abzutragen versuchen. Zusätzliche Sitzungen führen im Endeffekt dazu, dass mehr geredet wird und mehr Vorstösse eingereicht werden, so dass wir den Pendenzenberg noch weiter pflegen. Stattdessen ist es wichtig, dass wir uns Gedanken zur Ratseffizienz und zur Art und Weise, wie wir gewisse Geschäfte behandeln, machen. Zahlreiche Anträge betreffen den Kulturbereich, über den in den vorangegangenen Voten vieles gesagt worden ist. Auch die Fraktion FDP/JF bekennt sich zur Kulturstadt Bern und anerkennt den gesellschaftlichen, sozialen, pädagogischen und explizit auch den touristischen und wirtschaftlichen Mehrwert eines vielfältigen und lebendigen Kulturplatzes. Aber: Der Wert der Kultur steigt nicht linear proportional zur Höhe der Subventionen, die wir als Stadt diesem System zur Verfügung stellen. Seit Jahren kritisiert der Freisinn, dass die Stadtberner Kulturförderung Gelder nach dem Giesskannenprinzip verteilt. Es wird bewusst darauf verzichtet und Kultur Stadt Bern scheut sich davor, Schwerpunkte innerhalb der Kultur zu setzen. Das führt dazu, dass alle notorisch das Gefühl haben, sie bekämen zu wenig, alle notorisch meinen, sie seien unterfinanziert und bei jeder neuen Finanzierungsrunde nach

mehr verlangen. Unsere Fraktion regt seit Jahren an, eine Grundsatzdebatte darüber zu führen, ob im Kulturbereich nicht bereits ein Überangebot besteht. So wichtig die Kultur ist und so gross die Anerkennung für die Kulturstadt Bern auch ist, ist es nicht so, dass alles besser wird, je mehr Kultur es gibt. Auch der Nutzen steigt nicht linear proportional zum Kulturangebot. 2019 wurde im Kulturbereich mit der grossen Kelle angerührt. Unsere Fraktion versuchte damals, gezielt mit Anträgen darauf aufmerksam zu machen, dass der damalige Ausbau der Subventionen zu grosszügig war. Wir zeigten mittels konkreter Anträge auf, für welche Bereiche weniger zusätzliche Mittel vergeben werden sollten. Auch wir wollten der Kultur 2019 mehr Mittel zur Verfügung stellen, aber nicht in dem vom Gemeinderat beantragten Umfang. Die Gelder für die Kulturszene wurden damals um 7% respektive um 2,3 Mio. Franken erhöht. Jetzt ist man in der Situation, in der man erkennt, dass das zu viel war, und will wieder einen Schritt zurückgehen. Aber man will die Kultursubventionen nicht um 2,3 Mio. Franken, sondern nur um knapp die Hälfte reduzieren. Der Kultur bleiben also immer noch mehr Gelder als vor 2019. So wichtig die Kultur auch ist, Slogans wie «Not the Arts» sind pauschalisierend und – ehrlich gesagt – auch nicht so kreativ, wie man es von kreativen Menschen erwarten darf. Für rote Linien, wie sie einige Fraktionen aufstellen, sind unsere Stadtfinanzen zu rot. Unsere Fraktion wird mehrere Anträge gegen die Rückgängigmachung der Subventionsgelder ablehnen. In einigen Bereichen stimmen wir zu, denn auch uns ist klar, dass die Stadtgalerie nicht geschlossen werden darf. Wir empfehlen den SBK-Minderheitsantrag 7 zur Annahme, weil er verlangt, dass diese Beiträge anderweitig kompensiert werden, und dass man sich ernsthaft über die Überführung der Stadtgalerie in eine andere Trägerschaft Gedanken macht. Aus unserer Sicht ist es nicht angebracht, dass die Stadt Bern mit ihrer Verwaltung die Stadtgalerie führt. Andere Trägerschaften wären sinnvoller, wohl auch für die Kulturschaffenden. Was den UNESCO-Managementplan anbelangt, folgen wir dem Antrag 9 SBK, FD, der eine Halbierung der Mittel für 2023 und 2024 verlangt. Mit folgender Begründung: Es ist unbestritten, dass die Stadt Bern vom Label «Weltkulturerbe» profitiert, und dass sie die Auflagen der UNESCO erfüllen muss, aber der vorgeschlagene Betrag, der dafür eingestellt werden soll, ist zu hoch. Den Antrag 23 GB/JA!, gänzlich auf die Erarbeitung des Managementplans zu verzichten, lehnen wir ab, denn das ist der falsche Weg.

Zum Wirtschaftsamt, zu Bern Welcome und zum Anlass Rendez-vous Bundesplatz, auf den wir später noch zu sprechen kommen werden: Der Antrag auf Streichung der Mittel von Bern Welcome kommt alle Jahre wieder und jedes Mal muss ich dasselbe Bild heranziehen: Das ist so, wie wenn man der Milchkuh das Heu wegnimmt. Kurzfristig würde man sparen, weil man kein Futter mehr braucht, aber mittel- und langfristig wird so ein Schaden angerichtet, der den kurzfristigen Spareffekt um ein Vielfaches überschreitet. Später, in der Debatte zum Budget der Direktion BSS, werden wir auf Punkte treffen, die aufzeigen, dass auch Sparmassnahmen im sozialen Bereich vielleicht kurzfristig zu einer Einsparung, mittel- und langfristig aber zu Mehrausgaben führen. Aus diesem Grund werden wir auch in diesem Bereich punktuell mit-helfen, gewisse Korrekturen am Budget vorzunehmen. Dasselbe sollten Sie bei Bern Welcome und bei der Wirtschaftsförderung machen. Vielleicht können Sie kurzfristig ein bisschen Geld einsparen, aber schliesslich richten Sie mittel- bis langfristig einen massiven Schaden an. Vor allem führen Sie die Stadt in eine noch prekärere Finanzsituation: Wenn Sie dort, wo Wertschöpfung generiert wird, als erstes den Sparhebel ansetzen, reduzieren Sie dadurch auch die Zahl der Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Bern, wodurch die Steuereinnahmen sinken. Am Ende haben Sie einen Schaden angerichtet, der den kleinen Beitrag an das Wirtschaftsamt, den Sie reduzieren wollen, um ein Vielfaches übersteigt.

Zum Antrag 38 SVP zur Stadtkanzlei: Die SVP moniert, da es bei der Stadtkanzlei zu Mehrkosten komme, die nicht erklärbar seien, solle auf die Erhöhung der Mittel verzichtet werden. – Nun, 2022 ist ein Wahljahr. Die Stadtkanzlei ist für die ordnungsgemässe Durchführung von Wahlen zuständig. Da 2021 keine Wahlen stattfinden, sind diese Kosten tiefer. Den Betrag

streichen zu wollen, der ermöglicht, dass ordnungsgemässe, demokratische Wahlen durchgeführt werden können ... – Ich habe eigentlich gehofft, dieser Antrag werde zurückgezogen, andernfalls müssen wir ihn halt einfach ablehnen.

Milena Daphinoff (CVP) für die Mitte-Fraktion: In Anlehnung an Bertold Brechts Theaterstück «Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui» – Bertold Brecht ist Meister der Verfremdung und ein Mitbegründer des epischen Theaters – kommen mir die Begriffe «episches Theater» und «Verfremdung» in den Sinn. Man könnte der heutigen Budgetdebatte auch den Titel «Der aufhaltsame Aufstieg des Finanzdefizits» geben, denn er ist aufzuhalten, und genau das sollten wir tun. Ausgerechnet in Corona-Zeiten zu sparen, ist schwierig und für niemanden angenehm, aber es ist unsere Aufgabe und Verantwortung als Stadträtinnen und Stadträte, Einsparungen vorzunehmen. Das macht niemand gerne, aber die Stadt Bern ist in finanzieller Schieflage und niemand wird vom Sparprogramm verschont. In diesem Sinne äussere ich mich zu den Anträgen zu PRD/GuB. Ich gehe nicht auf jeden Antrag einzeln ein, sondern gebe die grundsätzliche Richtung bekannt, wie unsere Fraktion abzustimmen gedenkt.

Da wir uns für das Sparpaket einsetzen, halten wir wenig von Anträgen, die die Sparbemühungen des Gemeinderats rückgängig machen wollen, egal von welcher Seite sie stammen. Ebenso wenig unterstützen wir Anträge, die Automatismen und Prozentzahlen im IAFP festsetzen wollen, da dies nicht zielführend ist, besonders nicht in einem Krisenjahr. Zudem schafft es im Kulturbereich Spannungen zwischen Kulturhäusern und freier Szene. Beide sind für die Kulturszene gleichermassen wichtig, deswegen sind wir dafür, dass ein ausgeglichener Schlüssel zur Anwendung kommt. Den Antrag 35 SP/JUSO, der verlangt, auf die Hälfte der Gesamtsumme für die Unterstützung von Institutionen mit tripartiten Leistungsverträgen zu verzichten, unterstützt nur ein Teil unserer Fraktion – um nur ein Beispiel zu nennen. Zu den betreffenden Anträgen haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Ausserhalb des Bereichs Kultur sind wir in der PRD beispielsweise gegen die Zurückstufung von Bern Welcome und gegen den Verzicht auf den Bau von Schulhäusern; die Anträge 50 und 51 SVP scheinen uns etwas willkürlich. Auch die Schliessung des Ortsarchivs Bümpliz unterstützen wir nicht. Zum Antrag 14 GLP/JGLP haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Sparen ist auch innerhalb unserer Fraktion ein Thema, bei dem man sich nicht einig ist. Aber dass es Sparpotenzial an weiteren Orten gibt, darüber sind wir uns einig und darauf will ich kurz eingehen: Entgegen des Antrags des Büros des Stadtrats sind wir gegen eine Erhöhung der Mittel für externe Gutachten. Dem Antrag zur Halbierung des Budgets für die Erarbeitung des UNESCO-Managementplans stimmen wir zu. Weiter erachten wir eine Limitierung der Fraktionsbeiträge als sinnvoll, nicht aber der Sitzungsgelder, die eine Wertschätzung für unsere Arbeit darstellen. Einen generellen Kahlschlag des Budgets der PRD, wie ihn die SVP mit den Anträgen 40 und 48 verlangt, wollen wir nicht mittragen, eine Reduktion gewisser Ausgaben aber schon. Sparpotenzial verorten wir namentlich bei der Stadtkanzlei. Die Erhöhung um 780 000 Franken ist rückgängig zu machen. Auch bei den Dienststellen Aussenbeziehungen und Statistik (Austa) und bei der Fachstelle für Gleichstellung sind gewisse Kürzungen gerechtfertigt, zumal der Kanton Bern eine Gleichstellungsstelle hat.

Grundsätzlich: Jede Direktion muss sparen. Die Einsparungen sollen im Rahmen des gemeinderätlichen Sparpakets erfolgen, von dem wir hoffen, dass es sich, mit ein paar Nuancen, in der Budgetdebatte durchsetzt.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich und Katharina Gallizzi teilen uns das Votum. Ich äussere mich wiederum zum SBK-Teil des Budgets PRD/GuB. Das erste Thema ist die Gleichstellung: Ein Sparen bei der Gleichstellung kommt für uns nicht infrage. Wir finden es krass, dass wir heute überhaupt darüber diskutieren müssen. Wir sind die Stadt der Frauentreiks. Zehn- bis Hunderttausende von Frauen sind schon mehrmals auf die Strasse ge-

gangen und andere solidarische Menschen mit ihnen. Die Forderungen sind klar, fest steht auch, dass es noch sehr viel zu tun gibt, um die tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter zu realisieren. Die städtischen Ressourcen für die Gleichstellung sind im Vergleich bescheiden. Für die Wirtschaftsförderung zum Beispiel gegeben wir jährlich über 2,5 Mio. Franken und für die Denkmalpflege fast 1,5 Mio. Franken aus, für die Gleichstellung nur 750 000 Franken. Der Denkmalschutz ist der Stadt also doppelt so viel wert wie das Vorwärtsmachen bei der Gleichstellung. Und nun soll es noch weniger werden? – Das ist für uns nicht akzeptabel. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, dass es mehr Mittel braucht, um schneller voranzukommen. Entsprechend unterstützen wir die Anträge zur Gleichstellung. Der Antrag 2 betrifft den Werkplatz Egalité, ein Projekt, das die Stadt und der Kanton gemeinsam durchführen und das Unternehmen in ihren Bestrebungen für die Gleichstellung unterstützt. Dieses Projekt ist sehr gut angelaufen und wird unterdessen auch vom Berner Arbeitgeberverband und vom Fachverband HR-Bern unterstützt. Weiter wird diese Plattform auch mit Bundesgeldern, also durch das eidgenössische Gleichstellungsbüro, unterstützt. Der Bund verlangt einen bestimmten Eigenfinanzierungsgrad. Wenn die Mittel für die Gleichstellung gekürzt werden, kann die Stadt diesen Eigenfinanzierungsgrad nicht mehr erreichen und das Projekt wird dadurch gefährdet. Sehr wichtig ist auch der Antrag 3 betreffend die Lohngleichheitskontrolle: Bekanntlich geht es mit der Lohngleichheit nur sehr harzig voran. Mittlerweile ist man sich auch in bürgerlichen Kreisen einig, dass ohne Kontrollen nicht viel passiert. Die Stadt verfügt über verschiedene Hebel in diesem Bereich. Einer davon sind die stichprobenmässigen Kontrollen bei allen Leistungsvertragspartnerinnen sowie bei den Unternehmen, die bei Beschaffungen Zuschläge erhalten. An sich war vorgesehen, acht bis zehn Kontrollen pro Jahr durchzuführen, aber jetzt sollen pro Jahr nur noch vier bis fünf Kontrollen durchgeführt werden. Das ist, im Vergleich zur Anzahl der Leistungsverträge und Unternehmen, lächerlich wenig: 2020 erteilte die Stadt rund 300 Firmen einen Zuschlag.

Der Antrag 4 bezieht sich auf ein Projekt zur sexuellen Integrität im öffentlichen Raum. Einige junge Stadträtinnen haben zum Thema «Sexismus und Sexualisierung im öffentlichen Raum» eine interfraktionelle Motion eingereicht. Darum gehen wir davon aus, dass die Fraktionen diese Kürzung nicht mittragen. Auch eine Stellenreduktion bei der Fachstelle kommt für uns nicht infrage, dazu der Antrag 4. In diesem Zusammenhang geben wir zu bedenken, dass es neben diesen Sparvorschlägen noch viele weitere Einschnitte durch Sparmassnahmen geben soll, die die Gleichstellungsanstrengungen betreffen. Durch den allgemeinen, massiven Stellenabbau in allen Direktionen gehen die Ressourcen von Mitarbeitenden verloren, die im Sinne der Querschnittsaufgabe Gleichstellung in ihren Bereichen mitgearbeitet haben. Das wird auf unsere Gleichstellungsbestrebungen einen grossen Bremseffekt zeitigen. Wir werden im Weiteren auch noch über den Abbau der Kinderbetreuung oder über Sparvorschläge, die auf Projekte wie das Projekt gegen Partnergewalt zielen, sprechen. Das Paket zum Gleichstellungsabbau ist nämlich noch viel grösser als die vier Anträge zu PRD/GuB.

Zum Bereich Kultur: Wir lehnen alle Kompensationsvorschläge ab. Dasselbe gilt auch für den Antrag 33, der eine Privatisierung der Stadtgalerie vorschlägt. Wir finden, dass es eine öffentliche Aufgabe ist, die Stadtgalerie zu finanzieren. Unabhängig davon, ob sie bei der Stadt angesiedelt ist oder einen Leistungsvertrag hält, die Finanzierung muss über die Stadt laufen. Den Vorschlag in der Begründung zu Antrag 33 – gewisse Arbeiten könnten ehrenamtlich erbracht werden – finden wir eine Frechheit. Zur Planungserklärung 37 der SP/JUSO-Fraktion betreffend den proportionalen Anteil von 15% für die direkte Förderung: Wir sind grundsätzlich dafür, dass proportional mehr Gelder in die freie Förderung als in die Förderung der institutionellen Kulturbetriebe investiert werden. Für uns kommt aber nicht infrage, dass diese 15% innerhalb des Globalbudgets kompensiert werden. Dementsprechend lehnen wir die Planungserklärungen 35 und 36 ab. Folgende Bemerkung an die Kolleginnen und Kollegen der SP/JUSO-Fraktion: Nach dem Votum von Edith Siegenthaler, die sich ja für die städtische

Kulturlandschaft stark macht, sind wir irritiert, dass ihre Fraktion bereit ist, die geplanten Kürzungen an den Leistungsverträgen mitzutragen. Auch wenn die SP/JUSO diese Kürzungen um die Hälfte reduzieren will, wird immer noch gespart. Wir hoffen, dass die Fraktion SP/JUSO mithilft, dass unsere Anträge, welche die Kürzungen im Kulturbereich rückgängig machen wollen, angenommen werden.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich spreche wiederum zu HSB und zum SPA. Diese beiden Ämter, beeinflussen den Lebensraum in dieser Stadt merklich. So liegt es in der Hand von HSB, wie die Schulhäuser aussehen, in denen unsere Kinder in die Schule gehen. Ob es sich also um funktionale Gebäude handelt, in denen sich die Kinder gut entfalten können, oder um dunkle Bunker, die jegliche kindliche Energie im Keim ersticken. Die PVS hat jedes Jahr Gelegenheit, ein paar der neuen Bauwerke zu besichtigen. Ich bin jedes Mal von der Qualität und Funktionalität der Bauten sehr beeindruckt. HSB ist es wichtig, die Gebäude langlebig und unterhaltsarm zu bauen, auch wenn das vielleicht kurzfristig zu höheren Kosten führt. Uns liegt daran, zu betonen, dass man von diesem Grundsatz auch in Zeiten des FIT nicht abweichen soll. Denn obwohl sich vielleicht kurzfristig Kosten einsparen liessen, würde dadurch die Langlebigkeit der Gebäude gefährdet, was weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll wäre.

Zu den Anträgen: Den Antrag 50 SVP zum Kirchenfeldschulhaus lehnen wir klar ab. Der IAFP ist sicher nicht der Ort, um ein Projekt zu stoppen, das vom Volk klar angenommen wurde. Ähnliches gilt auch für den Antrag 51 SVP: Die Frage, ob man im Wyssloch ein Schulhaus bauen soll, ist komplex. Darum braucht es eine fundierte Meinungsbildung, bei der alle Fakten gegeneinander abgewogen werden. Es ist unseriös, eine solche Entscheidung auf die Schnelle, im Rahmen einer IAFP-Debatte, zu fällen. Wir lehnen auch diesen Antrag ab. Weshalb die Arbeit des SPA wichtig ist, habe ich bei der Begründung unserer Anträge schon erklärt. Die Stadt wächst und entwickelt sich. Oft ist es aber nicht an der Stadt selbst, das Entwicklungstempo vorzugeben. Vielmehr werden diese Veränderungen durch Bund, Kanton, SBB oder Private angestossen. Dementsprechend kann die Stadt nicht zwingend das Tempo der Planungen beeinflussen, sondern muss auf Entwicklungen reagieren können. Wenn dem SPA, wie von der SVP gefordert, die Mittel noch stärker gekürzt werden, wird es nicht mehr möglich sein, die Planungen Dritter im nötigen Mass zu begleiten. Das würde zu einer schlechten Stadtentwicklung führen, die uns dann über die nächsten Jahrzehnte begleiten würde. Wir lehnen die SVP-Anträge 48 und 49 klar ab.

Eva Gammenthaler (AL) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Die Freie Fraktion wird den Anträgen des Ratsbüros zustimmen, da wir auch der Meinung sind, dass Mandate von Dritten korrekt organisiert und finanziert werden müssen. Die Notwendigkeit von Inputs Dritter in den Kommissionen ist aus unserer Sicht gegeben. Wir nehmen auch alle SBK-Anträge an. Die Lohngleichheit ist leider immer noch nicht Realität geworden. Wir begrüßen die Bemühungen des Gemeinderats, sich aktiv für die Umsetzung der Lohngleichheit zu engagieren. Leider sind wir noch nicht an dem Punkt, an dem die Sparmassnahme bei den Lohngleichheitskontrollen legitim wäre. Und wenn wir schon von Gleichstellung sprechen, so muss auch die Gleichstellung der Geschlechter und von LGBTIQ-Menschen weiterhin prioritär behandelt werden. Ein Leistungsabbau in diesem Bereich ist nicht angebracht. Ich hoffe sehr, dass Sie nicht den Einschätzungen zur Gleichstellung eines weissen alten Manns im Berner Stadtrat folgen. Solange Frauen, Jugendliche und junge Menschen im öffentlichen Raum Gefahr laufen, Opfer von sexualisierter Gewalt zu werden – eine Vielzahl der Anwesenden wird wahrscheinlich bezeugen können, dass dies leider immer noch der Fall ist – ist das Streichen jeglicher Projekte in Bereich Gleichstellung nicht angebracht. Dem Antrag 8 SBK, FD stimmt die Freie Fraktion kräftig zu. Eigentlich möchten wir nicht über die Kulturinstitutionen diskutieren und sie recht-

fertigen müssen. Schon gar nicht, wenn es um eine Institution wie die Stadtgalerie geht: Eine einzigartige Drehscheibe zwischen jungen Künstler*innen, der professionellen Kunstszene und der Hochschule der Künste Bern (HKB). Die Mittel für die Kultur zu kürzen, läuft früher oder später auf ein Payback hinaus. Die Rechnung ist einfach: Eines Tages werden alle Kunstinteressierten von dannen ziehen. Wenn das passiert, ist es auch aus wirtschaftlicher Sicht schade; aber darum geht es nicht. Setzen wir ein klares Zeichen als Stadt! Sagen wir Ja zur Berner Kunst- und Kulturlandschaft! Erst wenn wir alle Ja zur Stadtgalerie sagen, können wir uns selbst applaudieren, um die im Bund zitierten Worte des Stadtpräsidenten zu benutzen. Den Anträgen der Fraktion GB/JA! stimmt unsere Fraktion ebenfalls zu. Auch damit möchten wir ein klares Zeichen für die Berner Kulturlandschaft setzen, indem wir uns in dieser finanziell schwierigen Situation für die Kulturbeiträge aussprechen. Wir müssen unsere Prioritäten überdenken. Die Beiträge an den UNESCO-Managementplan und an Bern Welcome scheinen uns weniger gewichtig zu sein als die Beiträge im Kultur- und im Sozialbereich. Die Anträge gegen die Stellenreduktion bei der Wohnbauförderung, bei der Energie- und Klimastrategie und bei der Freiraumplanung unterstützen wir in diesem Sinn ebenfalls. Hingegen lehnen wir alle Anträge der SVP-Fraktion ab. Sanierungen, die aufgrund von Sparmassnahmen auf die lange Bank geschoben werden, können uns je nachdem am Ende mehr kosten, als sie jetzt kosten. Darum lehnen wir solche Sparmassnahmen ab. Wir sind mehrheitlich dagegen, dass die SVP nun auch via IAFP den Neubau der Volksschule Wyssloch verhindern will. Der Schulraum in Bern ist knapp, in diesem Bereich muss gehandelt werden.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion lehnt fast alle Anträge ab, mit Ausnahme der Anträge, die von der FD gutgeheissen worden sind, von denen wir den Antrag 9 auf Streichung der Mittel für den UNESCO-Managementplan ausnehmen. Dieser Antrag entspricht einer vorgezogenen Debatte zu einem Geschäft, das diesen Herbst dem Parlament vorgelegt wird. Die vorberatende Kommission SBK soll beurteilen, ob das Preisschild für den Managementplan zu hoch angeschrieben ist. Im Weiteren lehnen wir auch die Auflösung der Stadtgalerie ab. Es ist jedoch bedauerlich, dass die breite Öffentlichkeit erst im Vorfeld der Budgetdebatte von der Stadtgalerie erfahren hat. Die Stadtgalerie sollte ihre Anstrengungen zur Kulturvermittlung konsequenterweise wesentlich verstärken. Auch bei den tripartiten Leistungsverträgen mit den Kulturinstitutionen wollen wir nicht unbedingt sparen, deshalb stimmen wir der Planungserklärung 35 SP/JUSO zu. Auch bei diesem Antrag handelt es sich um eine vorgezogene Debatte, die in der Kulturkommission geführt werden muss. In Bezug auf die tripartiten Leistungsverträge ist es wichtig, zu wissen, dass rund ein Drittel der Gelder in die Miete für die Gebäude fliesst. Für die Stadtfinanzen bedeutet das, dass die Gelder von einer Tasche in die andere fliessen, nämlich von der Abteilung Kultur an die Abteilung Immobilien. Eine Kürzung betrifft die Kulturschaffenden überproportional. Wir unterstützen auch die Planungserklärung 36 SP/JUSO auf Erhöhung der Mittel für die freie Förderung auf 15%; das lässt sich anteilig am Budget von Konzert Theater Bern messen. Wie die Vorrednerin des Grünen Bündnisses vorhin erwähnt hat, handelt es sich hierbei um eine Idee, die schon seit Jahren herumschwirrt. Unsere Fraktion reichte 2012 einen entsprechenden Vorstoss ein, der vom Parlament überwiesen, aber bislang leider nicht umgesetzt wurde. Wir stimmen auch den Anträgen des Büros des Stadtrats zu. Wir hoffen, dass die für nächsten Herbst geplante Sondersession wirklich hilft, den Pendenzenberg abzubauen. Natürlich ist es aber weiterhin wichtig, dass wir die Ratseffizienz hochhalten und uns beim Einreichen von Vorstössen in Selbstdisziplin üben.

Edith Siegenthaler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir haben die vorliegenden Anträge zu GuB/PRD diskutiert. Ich bündle in meinem Votum unsere Positionen zu den einzelnen Dienststellen und werde dabei analoge Anträge zum IAFP und zum PGB gemeinsam behandeln.

Zuerst zum Stadtrat: Wir lehnen sämtliche den Stadtrat betreffenden Anträge ab. Wir finden es in der aktuellen Finanzlage nicht sinnvoll, das Budget des Stadtrats präventiv zu erhöhen, wie das Ratsbüro vorschlägt. Falls nötig, kann das Ratsbüro dem Stadtrat einen Nachkredit beantragen. Wenn es um ein Anliegen geht, das breit getragen wird und dringend nötig ist, wird der Stadtrat den Nachkredit sicherlich genehmigen. Die Anträge zur Senkung der Sitzungsgelder und der Fraktionsbeiträge, die die Fraktion FDP/JF nun wahrscheinlich jedes Jahr einbringen wird, lehnen wir ab. Nicht zuletzt, weil wir ein Milizparlament sind und weil ein Stadtratsmandat auch für Personen mit kleinem Einkommen zugänglich sein soll. Zu den Anträgen der SVP-Fraktion auf lineare Kürzungen über die gesamte PRD: Wir können diese Anträge nicht nachvollziehen. Wir sind der Ansicht, dass die Stadtberner Bevölkerung auf eine gut funktionierende Präsidialdirektion angewiesen ist, was mit den vorgeschlagenen Kürzungen nicht mehr garantiert ist. Deshalb lehnen wir die SVP-Anträge ab.

Nun zu dem Bereich der PRD, der die Gemüter in letzter Zeit wahrscheinlich am meisten bewegt hat, nämlich zur Kultur: Wir diskutierten in der Fraktion ausführlich über den Kulturbereich und kamen zum Schluss, dass wir angesichts der schwierigen finanziellen Lage der Stadt Schwerpunkte setzen müssen. Aus diesem Grund können wir die Anträge der Fraktion GB/JA! nicht unterstützen. – An dieser Stelle möchte ich eine kurze Anmerkung zum Beispiel der Festhalle anbringen, das Ursina Anderegg in der Antragsbegründung angeführt hat: Die Festhalle wird über die Investitionsrechnung finanziert, die Kultur jedoch über das laufende Budget. Würde auf den Bau der Festhalle verzichtet, würde dadurch kein einziger zusätzlicher Franken für die Förderung des Kulturschaffens zur Verfügung stehen. Für uns liegt es auf der Hand, dass die Stadtgalerie weiterbestehen muss. Wir unterstützen die Anträge der FD, die sich ohne Wenn und Aber hinter die Stadtgalerie stellt, denn auch wir stehen ohne Wenn und Aber hinter der Stadtgalerie. Die Anträge, die den Beitrag an die Stadtgalerie an anderer Stelle im Budget kompensieren wollen, lehnen wir ab. Dem Antrag der FD, auf die Reduktion der Unterstützung von Laienchören und -orchestern zu verzichten, stimmen wir zu. Wir finden es kleinkrämerisch, hier 40 000 Franken einzusparen, wenn diese Mittel doch der breiten Bevölkerung zugutekommen.

Ich bitte Sie eindringlich, die Anträge unserer Fraktion zu unterstützen. Sie garantieren, dass zentrale Kulturinstitutionen wie die Dampfzentrale, das Schlachthaus-Theater, das Stadttheater oder das Historische Museum, aber auch das Buskers-Festival weiterhin ausreichend von der Stadt unterstützt werden. Zudem geben sie der freien Szene das ihr gebührende Gewicht. Weitergehende Kürzungen im Kulturbereich, wie sie von rechter Seite vorgeschlagen werden, finden wir unverantwortlich. Die Kulturschaffenden sind von der Corona-Krise besonders betroffen. Wenn wir weiterhin eine lebendige Stadt mit einem breiten Kulturangebot haben wollen, sind die Anträge der Ratsrechten absolut unvertretbar. Ich erinnere daran, dass Kultur für die Stadt Bern nicht einfach ein Nice-to-Have ist. Kultur ist zentral für die Lebensqualität. Wir wollen nicht in die Vergangenheit zurückkehren, als die Stadt Bern noch eine kulturelle Wüste mit provinziellem Charakter war.

Zur Stadtkanzlei: Wir lehnen alle Anträge zur Stadtkanzlei ab. Aus unserer Sicht und auch aus meiner Sicht als Historikerin ist die Sparmassnahme bei der Berner Zeitschrift für Geschichte vertretbar. Aus historischen Gründen nicht vertretbar ist hingegen die Schliessung des Ortsarchivs Bümpliz. Die generellen und linearen Kürzungsanträge der SVP zur Stadtkanzlei lehnen wir ab.

Zu den Anträgen betreffend die Gleichstellung: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die vier Anträge der SBK respektive der FD. Wir finden es sinnvoll, dass diese Posten wieder in den IAFP respektive ins Budget aufgenommen werden. So ist zum Beispiel die Lohngleichheit leider nach wie vor nicht erreicht. Auch wichtig sind die Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen sowie der Schutz der sexuellen Integrität. Bei der Gleichstellung soll die Stadt Bern nicht sparen. Gar kein Verständnis haben wir deshalb für die Anträge der SVP, die die Fachstelle für

Gleichstellung ganz aufheben will. Ich erinnere daran, dass die Verwirklichung der Gleichstellung ein Verfassungsauftrag ist. Und wer glaubt, Gleichstellung sei erreicht, soll sich doch mal mit den Zahlen zur ökonomischen Stellung der Frauen in der Schweiz oder zur häuslichen Gewalt befassen oder kann sich vielleicht auch einmal überlegen, warum es in der eigenen Fraktion keine einzige Frau gibt.

Bei der Abstimmung über die beiden Anträge zur Denkmalpflege wird sich unsere Fraktion geschlossen enthalten. Wir finden, dass hier nicht der richtige Ort ist, über ein Projekt zu diskutieren, das dem Stadtrat noch gar nicht vorgestellt worden ist. Wir behalten uns aber vor, bei der Behandlung des Geschäfts zum Managementplan zu entscheiden, ob wir die nötigen Gelder sprechen oder nicht. Wir lehnen auch die SVP-Anträge zu HSB ab, und zwar aus Überzeugung. Aus unserer Sicht braucht es den Schulraum, den die SVP streichen will. Nicht zuletzt hat die Stimmbevölkerung der Sanierung des Kirchenfeldschulhaus explizit ihren Segen gegeben. Und die Schule im Wyssloch halten wir für dringend nötig.

Zum Wirtschaftsamt: Den Antrag der Fraktion GB/JA! mit der Forderung, die Beiträge an Bern Welcome zu kürzen, können wir nicht nachvollziehen. Wir sind der Ansicht, dass Bern Welcome den nachhaltigen Tourismus in Bern fördert; dies ist angesichts der Corona-Krise richtig und wichtig. Den Eventualkürzungsantrag der SVP zur Dienststelle Aussenbeziehungen und Statistik lehnen wir ab. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt sämtliche Anträge zum SPA ab. Die massiven Kürzungsanträge der SVP können wir nicht unterstützen. Sie führen dazu, dass die Stadtplanung nicht mehr richtig arbeiten kann. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Stadt weiterentwickelt und weitergebaut werden muss, damit sie auch in Zukunft für alle da ist. Die Anträge der Fraktion GB/JA!, die Kürzungen bei einzelnen Stellen aufzuheben, lehnen wir ab. Wir gehen davon aus, dass die entsprechenden Aufgaben, die wir durchaus für wichtig halten, auch mit der Kürzung, die der Gemeinderat vorschlägt, immer noch im nötigen Ausmass erbracht werden können.

Im Namen der SP/JUSO-Fraktion bitte ich Sie, unseren Anpassungsvorschlägen zum Budget und zum IAFP von PRD/GuB zu folgen. Für eine solidarische und nachhaltige Finanzpolitik.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die kategorische Haltung, dass bei der Kultur gar nicht gespart werden darf, lehnen wir ab. So sehr uns diese Massnahmen auch schmerzen, es muss überall gespart werden, die Kultur ist keine Ausnahme. Dass das Lobbying im Vorfeld dieser Budgetdebatte stark war, bedeutet nicht, dass das Kulturbudget unantastbar ist. So sehr wir die aktuelle Situation der Kulturschaffenden in der Corona-Krise auch bedauern, sind doch auch andere Bereiche betroffen, zum Beispiel die Gastronomie. Die Stadt bot während der Pandemie Auffangnetze an und gab ihr Bestes, um die Krise so gut als möglich abzufedern. Aber darüber reden wir heute nicht. Ganz ehrlich: Die Drohung aus Kulturkreisen, alle Kulturschaffenden würden wegen der geplanten Kürzungen beim Sozialamt landen, ist unhaltbar. Zudem halten wir fest, dass mit der Sozialhilfe für solche Fälle ein Auffangnetz existiert. Man muss sich nicht schämen, wenn man diese Leistungen in Anspruch nimmt. Wir wollen bei den Kulturleistungen nicht unreflektiert sparen und wir sprechen hier auch nicht über einen unnötigen Sparwahn, wie von Links angedeutet wird. Wir wollen lediglich auf das Niveau von 2019 zurück. Im Vorfeld dieser Debatte gab die Stadtgalerie am meisten zu reden. Wir haben uns bereits dazu bekannt, dass wir uns für ihren Erhalt einsetzen. Allerdings ist es so, dass die Stadtgalerie vielen Mitgliedern unserer Fraktion vor dieser Debatte nicht bekannt war. Sie wurde ausserhalb der Szene nur wenig wahrgenommen. Auch der Eingang zum Progr ist für die Bevölkerung nicht gerade einladend. Das Ziel der Kulturförderung muss sein, Kultur möglichst vielen Leuten zugänglich zu machen, anstatt ein Angebot von Kulturschaffenden für Kulturschaffende zu kultivieren. Aus diesem Grund wünschen wir uns, dass die Stadtgalerie künftig sichtbarer wird und ihr Betriebs- und Finanzierungsmodell überdenkt. Wir begrüssen es – auch wenn es schmerzhaft ist und wir die Kultur und die Arbeit der Kultur-

schaffenden sehr wertschätzen –, dass die Kürzungen in den Leistungsverträgen für die nächste Vertragsperiode umgesetzt werden. Wir haben uns wiederholt dafür ausgesprochen, dass die freie Förderung mindestens 15% des Gesamtbudgets der Kulturförderung erhalten soll. Das Argument, man wolle mit der Festhalle Kulturförderung betreiben, deswegen spare man jetzt bei den Kulturschaffenden, ist unhaltbar. Der Bau der Festhalle bedeutet für uns Wirtschaftsförderung, welche ihrerseits Einnahmen für die Kulturförderung generiert. Wir setzen uns für den Erhalt des UNESCO-Weltkulturerbes ein, sind aber bereit, eine moderate Kreditkürzung beim Managementplan mitzutragen, sofern das Label dadurch nicht gefährdet wird. In diesem Sinne lehnen wir die meisten Anträge ab, ausser unsere eigenen, und werden uns bei der Abstimmung entsprechend verhalten.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Sie wollen einfach nicht sparen, wie ich feststellen muss. Der Umbau für die Tagesschule Wyssloch kostet 10,7 Mio. Franken. Natürlich gab es zum Kirchenfeldschulhaus eine Volksabstimmung – und was tat man? Man gab kurz vorher bekannt, in der Turnhalle sei Asbest vorhanden. Ich habe es gesagt: Den geplanten Schulraum braucht es nicht mehr, zurzeit bilden diese Schulzimmer eine Reserve. Aber Reserven sollte man dort platzieren, wo es am günstigsten ist, nicht dort, wo sehr teuer gebaut werden muss. Nun ist das Projekt ohnehin durch zwei Prozesse blockiert. Im einen geht es um die geringfügige Änderung. Diese Angelegenheit geht nun vors Verwaltungsgericht. Dann gibt es noch einen langwierigen Bauprozess. Wenn Sie wirklich sparen wollen, können Sie bei diesen Geschäften gewaltige Zeichen setzen. Aber Sie wollen eben nicht sparen. Dennoch lege ich Ihnen unsere Anträge ans Herz. Ich habe nichts gegen Tagesschulen, aber die Kosten von 10,7 Mio. Franken für den Einbau der Tagesschule in das Bauernhaus Wysslochgut sind übertrieben. Geht man so mit dem Geld um? Wir zeigen Ihnen Möglichkeiten zum Sparen auf. Bei der PRD wird das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen. Schauen Sie sich die Sache an. Ich bitte auch die Medien, dies aufzunehmen. Für mich ist das der Lackmuestest.

Zum Antrag 12 des Büros des Stadtrats. *Liest Antrag 12 vor.* Man will auf Vorrat Gutachten einholen können. Zu Base4Kids wurde zu Recht ein Gutachten erstellt, wir hatten unzählige Anträge zu Base4Kids gestellt. Allem Anschein nach sollen jetzt noch weitere Untersuchungen vorgenommen werden. Auf Vorrat Mittel für Gutachten für die Kommissionen einzustellen, wenn man doch sparen muss, geht nicht auf. Entweder Sie wollen sparen oder Sie wollen nicht sparen. Aber wie sich zeigt, ist es Ihnen anscheinend doch nicht wichtig, zu sparen. Ich habe gern Geschichte und hoffe, dass man aus der Geschichte lernt. In diesem Sinne stimmt die Mehrheit unserer Fraktion dem Antrag 14 GLP/JGLP für den Erhalt der Berner Zeitschrift für Geschichte zu. Man muss nicht am falschen Ort knausern. Auch das Ortsarchiv Bümpliz soll erhalten bleiben. Zur Stadtgalerie habe ich das Gespräch mit Kulturschaffenden gesucht. Die Stadtgalerie ist etwas Sinnvolles. An sich hätte die Stadt ja genügend Mittel für die Stadtgalerie, aber leider setzt sie sie leichtfertig für ein 10,7 Mio. Franken-Projekt im Wyssloch ein oder nimmt ein Einsparpotenzial von 22 Mio. Franken beim Sanierungsprojekt für das Kirchenfeldschulhaus nicht wahr. An sich hätte alles gut Platz. Alle könnten gut leben, wenn die Stadt endlich die nötigen Konsequenzen ziehen würde und nicht dermassen leichtfertig mit den Steuergeldern umginge. Wir beantragen hohe Kürzungen, aber das ist die Antwort auf die städtische Strategie: Wenn man zu viel Geld hat, kann man es leichtfertig vertun.

Den Antrag 24 GB/JA! werden wir mehrheitlich nicht unterstützen. Bei Bern Welcome sollte man den Hebel in einer so kritischen Phase nicht umlegen. Ich gebe Ihnen jedoch Recht, dass die Ereignisse bei Bern Welcome, die auch an die Öffentlichkeit drangen, unschön waren. Ich sage nicht, dass die budgetierten Mittel Bern Welcome für die Ewigkeit zugesprochen werden sollen, aber im Moment lehnen wir Kürzungen bei Bern Welcome ab. Ich habe bereits gesagt, dass wir den Antrag 12 des Büros des Stadtrats für externe Gutachten auf Vorrat ab-

lehnen. Dasselbe gilt für den Antrag 13 wegen der Zusatzsitzungen. Wir lehnen klar ab, dass eine Session an einem Freitag eingeplant wird. Für uns ist es in Ordnung, wenn die Zusatzsitzungen dem normalen Rhythmus folgend am Donnerstag anberaumt werden. Aber dem Vernehmen nach ist ein Sessionstag an einem Freitag geplant. Das lehnen wir ab. Falls es ihn braucht, kann man dafür einen Nachkredit verlangen, das ist normal. Wir lehnen es aber ab, dass die berufstätigen Mitglieder des Stadtrats durch eine Session am Freitag geplagt werden. Vielleicht plant man dies mit dem Hintergedanken, bei dieser Gelegenheit gewisse Geschäfte aufzulegen, um mit einem Zufallsentscheid rechnen zu können. Den Antrag 16 FDP/JF auf Kürzung der Sitzungsgelder des Stadtrats lehnen wir mehrheitlich ab. Wir sind der Meinung, dass es im Stadtrat Leute gibt, die auf die Sitzungsgelder angewiesen sind. Es geht nicht um einen grossen Betrag, aber Erhöhung wurde eingeführt. Ich habe Mühe damit, wenn Leute, die die stellvertretende Geschäftsführung einer grossen Lobbyorganisation namens Hauptstadtregion Bern innehaben, den anderen, die nicht solch hohe Sitzungsgelder einkassieren können, wie sie Lobbyorganisationen bezahlen, die Sitzungsgelder kürzen wollen. Einzelne Mitglieder unserer Fraktion stimmen diesem Antrag zu, aber für mich ist dies der falsche Weg. Dass gewisse Leute mit Positionen in Anwaltsbüros, die mit der Stadt irgendwie verschachtelt sind, dieselben Sitzungsgelder erhalten, spielt keine Rolle. Ich bin dagegen, dass der Kulturaustausch mit New York für 60 000 Franken weitergeführt wird. Die Stadtgalerie ist mir wesentlich sympathischer. Auch der Zirkus Wunderplunder erbringt einen grösseren Mehrwert als die Weiterführung des New York-Stipendiums – in Zeiten von Corona sowieso. Der Antrag 32 der Mitte-Fraktion ist jenseitig. Wenn Sie weiterhin Geld verschwenden wollen, bitteschön. Aber dann dürfen Sie anschliessend nicht jammern. Die weiteren Anträge, die die Einsparungsbeschlüsse des Gemeinderats aufheben wollen, lehnen wir ab. Soviel zu den umstrittenen Anträgen. Man muss sich beschränken und unterscheiden, was wesentlich ist und was nicht und was wünschbar ist. Ich habe aufgezeigt, dass Sie mit den Anträgen der SVP viel einsparen können. Denken Sie in der Sitzungspause darüber nach, ob Sie die Antwort des Gemeinderats zum Kirchenfeldschulhaus-Projekt akzeptieren wollen. Und lesen Sie in der Berner Zeitung nach, dass das Projekt für eine mässig grosse Tagesschule 10,7 Mio. Franken kostet. Wenn Sie sorgfältig mit den städtischen Geldern umgehen wollen, müssen Sie unseren Anträgen 50 und 51 zustimmen. Andernfalls – muss ich sagen – ist es mit Ihren Sparbemühungen nicht weit her. Der Stadtrat beschränkt sich auf ein bisschen Kosmetik. Wenn Sie aber wirkliche Eingriffe vornehmen und den Steuerzahler entlasten wollen, müssen Sie unseren Anträgen zustimmen.

Einzelvotum

Manuel C. Widmer (GFL): Zum Antrag 37 SP/JUSO betreffend die Erhöhung der Prozentzahl des Anteils der Fördergelder für die freie Szene: Dies ist die 13. Budgetdebatte, die ich mitmache. Hätte ich in jeder Budgetdebatte ein zusätzliches Prozent erhalten, wären wir jetzt schon ein Prozent über dem aktuellen Stand. Ich bitte Sie, dieser Planungserklärung zuzustimmen, auch wenn es einen Rückschritt gegenüber der im letzten Jahr überwiesenen Planungserklärung bedeutet. Letztes Jahr wurde eine Planungserklärung überwiesen, die eine Steigerung um ein Prozent pro Jahr bis auf 16% verlangte. Jetzt sind wir wieder bei 15%. Es ist bedauerlich, mit welcher Hartnäckigkeit das Parlament seinen Wunsch äussern muss und mit welcher Hartnäckigkeit unser Wunsch ignoriert wird. Ich finde das tragisch. Schade ist auch, dass wir früher kurzzeitig einmal einen Wert von 13% erreicht hatten, von dem wir nun wieder abfallen. Es wäre nicht schwierig, unseren Wunsch zu erfüllen. Bitte stimmen Sie dem Antrag 37 zu, selbst wenn wir unter die Zielsetzung von 2020 fallen. Der Gemeinderat wird zwar unsere Forderung wieder ablehnen, aber wir dürfen nicht lockerlassen und müssen hartnäckig bleiben.

An Alexander Feuz betreffend sein Votum zur Erhöhung um 50 000 Franken zuhanden der stadträtlichen Kommissionen: Diese Mittel müssen nicht aufgebraucht werden, sollen aber gebraucht werden können, wenn es nötig ist. Dazu folgendes Beispiel: Beim Projekt zum Restaurant Dählhölzli ging es um die Wirtschaftlichkeitsrechnung des Gemeinderats, mittels der ermittelt wurde, ob der Betrieb wirtschaftlich betrieben werden kann, mit und ohne den Erweiterungsbau. Wir hatten den Wunsch, eine externe Fachperson beizuziehen, die das vom Gemeinderat präsentierte Ergebnis, das die einzige Datengrundlage für die Kommission bildete, neutral beurteilen würde. Kein Kommissionsmitglied ist in der Lage, eine solche fachliche Beurteilung vorzunehmen, folglich kann die Kommission ohne externes Gutachten nur auf die Aussage der Verwaltung abstellen. Ein anderer Fall ist Base4Kids: Dort ging es darum, externe Leute, eben nicht solche aus der Verwaltung, beizuziehen, um die Prozesse zu analysieren. Das können wir als Milizparlament nicht leisten. Das muss eine externe Person oder Firma machen. Wir als Aufsichtsgremium beziehungsweise -kommission müssen aber die Möglichkeit haben, externe Fachleute beizuziehen. Jedes Mal mit einem Nachkredit an den Stadtrat zu gelangen, ist zwar auch möglich, aber unsauber. Deswegen sollten wir jetzt 50 000 Franken für den erwähnten Zweck einstellen, ohne diese Gelder unbedingt zu brauchen. Das ist besser, als im Nachhinein Nachkredite beantragen zu müssen.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich danke der Finanzdirektion für die sorgfältige Vorbereitung des Budgets. Ihnen danke ich für diese Debatte über die Leistungen der PRD. Das vorliegende Budget beweist es: Sparen ist machbar und verantwortungsvolles Sparen ist möglich. Sie haben über verschiedene Leistungsbereiche der PRD gesprochen. Ich danke für die Voten, in denen Sie sich für den Erhalt und den Ausbau gewisser Leistungen ausgesprochen haben. Ich teile diese Meinung grundsätzlich, denke jedoch, dass wir unsere Leistungen im Rahmen des vom Gemeinderat vorgeschlagenen Budgets gut erbringen können. Wir sind diesbezüglich zuversichtlich, infolgedessen empfehlen wir alle Anträge zur Ablehnung. Bitte folgen Sie dem Gemeinderat. Der grösste Posten unseres Budgets und naturgemäss auch der Bereich, der am meisten zu reden gibt, ist die Kultur. Besonders auch wegen Corona wurde viel über die Kultur diskutiert. Die Kultur musste in der Corona-Krise schwer unten durch. Trotzdem ist es möglich, bei der Kultur verantwortungsvoll zu sparen. Zwar dauert die Corona-Krise immer noch an, aber es gibt viele zusätzliche Unterstützungsgelder für die Kultur, die sie zu Recht bekommt. In einer solchen Krisenzeit muss die Kultur gestützt werden. Davon unabhängig gibt es die normale Unterstützung ausserhalb von Corona. Und über diese grundsätzliche Unterstützung sprechen wir im Rahmen dieser Debatte.

Merci für die grosse Unterstützung für die Stadtgalerie, der einzigen von der städtischen Kulturabteilung selbst geführten Kulturinstitution. Ich habe im Vorfeld nicht damit gerechnet, dass der Stadtgalerie so viel Sympathie zukommt. Ich nehme das dankbar zur Kenntnis. Offensichtlich erbringt die Stadtgalerie eine sehr gute Leistung und ist bei Ihnen allen sehr beliebt. Ich kenne die Stadtgalerie schon lange, wusste aber, bis ich Stadtpräsident wurde, nicht, dass sie direkt von der Kulturabteilung geführt wird. Im Dilemma zwischen freier und institutioneller Förderung haben wir uns dafür entschieden, die einzige von der Stadt geführte Galerie zu schliessen. Diese Institution entstand 1966, in einem kulturpolitisch komplett anderen Umfeld. Heute gibt es eine lebendige Kulturszene, die die Kunst gut tragen kann. Die Stadt unterstützt fünf Off-Spaces, deren Fördermittel 2019 um 100 000 Franken erhöht wurden. Wir haben den Eindruck, der Verzicht auf die Stadtgalerie sei verkraftbar. Aber ich danke für den grossen Support. Ich werde jeder Stadträtin und jedem Stadtrat applaudieren, die oder der die Stadtgalerie besucht. Heute Abend findet dort eine Vernissage statt. Der Kulturaustausch mit New York ist teuer. Für die, die nach New York reisen dürfen, ist er super, für alle anderen ist er weniger gut. Die Stadt Bern unterstützt andere Kulturaustausche mit Genua, Belgrad, Kairo oder Buenos Aires, die die Stadt günstiger als der Austausch mit New York zu

stehen kommen, da sie gemeinsam mit der Städtekonferenz Kultur getragen werden. Das Stipendium für New York entspricht einer Vergoldung des Kulturaustauschs. Wir können darauf verzichten und uns auf die Austausche im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Städtekonferenz Kultur konzentrieren. Der Gemeinderat schlägt weitere Kürzungen im Kulturbereich vor, die zum grössten Teil bereits umgesetzt sind. Sie können die Mittel wieder erhöhen, aber wir können eigentlich auf diese Gelder verzichten: Vom Altstadtcredit wurden in diesem und im letzten Jahr je nur 90 000 Franken beansprucht, je 10 000 Franken blieben übrig. Der neu geschaffene Kredit für Promotion und Distribution wurde noch gar nicht angetastet, auch auf ihn können wir verzichten. Der Kredit für die Kommission Hauptstadtkultur wurde mit dem Wegfall der Bundesmillion bereits gestrichen. Im Hinblick auf die nächste Vertragsperiode wird dem Stadtrat zu den Leistungsvereinbarungen ein neues Paket vorgelegt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass wir bei den Leistungsvereinbarungen mehr Flexibilität erhalten, denn andernfalls verbleiben wir in einer Situation wie der aktuellen, in der wir sehr gebunden sind und nicht reagieren können. Wir wollen in die Leistungsvereinbarungen eine Klausel aufnehmen, die der Stadt eine gewisse Flexibilität innerhalb einer Leistungsperiode erlaubt. Aber haben Sie keine Angst, wir werden ein ausgewogenes Paket vorbereiten und wir tragen den Kulturinstitutionen Sorge, da sie uns sehr am Herzen liegen. Wir werden keine Institution durch verantwortungslose Leistungsvereinbarungen aufs Spiel setzen. Selbstverständlich werden wir uns auch um die freie Förderung kümmern. Der freien Förderung kommt heute ein anderer Stellenwert zu als in den 1960er-Jahren. Heute existieren ganz andere Institutionen. Das Schlachthaus, die Dampfzentrale, die Reitschule und die Grosse Halle tragen die freie Förderung mit, indem sie die freie Kulturszene unterstützen. Heute gibt es diese Kulturinstitutionen, die auf die Bedürfnisse der freien Kulturszene reagieren. Ich freue mich darauf, diesen kulturpolitischen Dialog mit Ihnen anlässlich der nächsten grossen Kulturdebatte weiterzuführen.

Die Fachstelle für Gleichstellung ist eine starke und kompetente Fachstelle, um die wir sehr froh sind. Wir wollen sie in keiner Weise aufs Spiel setzen. Die Stadt hat im Verlauf der letzten Jahre im Bereich der Lohngleichheitsinstrumente sehr viel erreicht und konnte sich auch in Bezug auf die Kontrollen der Lohngleichheit im Bereich der Leistungsvereinbarungen und der Beschaffungen sehr verbessern. Die Fachstelle für Gleichstellung soll neue Themen anreissen, die möglichst schnell in die Linien übergehen sollen. So wie es bei der Beschaffungsstelle passiert ist, die nun die Lohngleichheitskontrollen selbst einfordern kann. So wird die Fachstelle entlastet. Der einheitliche Einsatz des Analyse-Tools Logib, das alle – grosse und kleine Firmen sowie Vereine – nutzen können, macht die Lohngleichheitskontrollen um einiges effizienter. So gewinnt die Fachstelle Spielraum für neue Themen. Im Bereich LGBTIQ besteht Nachholbedarf, dementsprechend konnten die Schwerpunkte der Fachstelle in dieses Themenfeld verlagert werden. Der Antrag 5 SBK, FD bezieht sich auf das Jugendprojekt zur sexuellen Integrität im öffentlichen Raum. Der Stadtrat wird am 23. September 2021 über eine breit abgestützte interfraktionelle Motion diskutieren. Das ist die Gelegenheit, etwas zu unternehmen. Die Diskussion soll im Rahmen der Behandlung dieser Motion geführt werden. Was den UNESCO-Managementplan betrifft, gilt dasselbe. Der Gemeinderat hat die Vorlage zuhanden der SBK verabschiedet, die sie nach den Herbstferien behandeln wird. Der Stadtrat wird im Dezember 2021 darüber befinden. Der UNESCO-Managementplan ist ein cooles Projekt für unsere Altstadt. Ich stehe hinter dem Managementplan. Diese Debatte sollte geführt werden, nachdem Sie Gelegenheit hatten, den Vortrag des Gemeinderats zu lesen, im nächsten November oder Dezember.

Danke für die unterstützenden Voten zu HSB und zum SPA, die beide für die Entwicklung unserer Wohnstadt, für das Erreichen der Klimaziele und für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bern äusserst wichtig sind. Diese Dienststellen funktionieren sehr gut. Allerdings dauert es manchmal etwas lange, bis ein Projekt realisiert werden kann, für meinen Ge-

schmack sogar viel zu lange. Ein häufig zitiertes Beispiel ist das Kirchenfeldschulhaus. 2016 fand die Abstimmung über die Gesamtisanierung statt. Im Juni 2021 hat das Verwaltungsgericht nun endlich entschieden, dass die geringfügige Änderung rechtskräftig ist. Es gab keine Beschwerden ans Bundesgericht. Die Plangrundlage ist nunmehr stabil, das Regierungsstatthalteramt kann das vor vier Jahren sistierte Baubewilligungsverfahren wieder an die Hand nehmen. Das haben wir dem Regierungsstatthalteramt gemeldet. Nun kann Alexander Feuz seine Einsprecher und Beschwerdeführer mobilisieren, um auf dieser nächsten Ebene gegen das Vorhaben zum Kirchenfeldschulhaus zu kämpfen. Wir werden sehen, wie lange es dauern wird, bis das Bauprojekt ebenfalls vor die letzte Instanz gelangt.

Für das Wirtschaftsamt, respektive Bern Welcome ist die Covid-Krise noch gar nicht ausgestanden. Wir werden in dieser Sache noch auf den Stadtrat zukommen, denn die Hotellerie in der Stadt Bern hat sehr gelitten. Bern Welcome wird weitgehend aus den Übernachtungsabgaben und den Kick-backs aus der kantonalen Beherbergungsabgabe finanziert. Diese Finanzierungsgrundlage ist zum grossen Teil weggebrochen. Bern Welcome verfügt über eine der nachhaltigsten und fortschrittlichsten Strategien aller Destinationen. Wir werden Ihnen die Strategie gerne wieder vorstellen. Wir starten in die Leistungsvertragsverhandlungen für die nächste Periode. Bern Welcome setzt die Strategie um, trotz der Widerstände, auch aus Kreisen ihrer Stakeholder. Die Organisation führt den Dialog mit ihren Stakeholdern und versucht, sie auf die neue Strategie zu verpflichten. Dem Stadtrat war die Bewerbung von Bern auf den Fernmärkten immer ein Dorn im Auge. Bern Welcome hat konsequent darauf verzichtet und diesen Bereich komplett an Schweiz Tourismus delegiert. Bern Welcome ist in den Fernmärkten nicht mehr präsent. Bern Welcome hat auch auf schlechte Grossveranstaltungen verzichtet und hat sich zum Beispiel, trotz grosser Proteste der Stakeholder, gegen die Durchführung von Olympischen Spielen in der Schweiz eingesetzt. Bern Welcome wird nächstens zwei grosse Velowanderrouten sowie eine Naturroute im Gantrischgebiet in Betrieb nehmen. Bern Welcome fokussiert generell auf lokale und regionale Angebote. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass Bern Welcome voll im Sinne der städtischen Strategien agiert und unterstützen Sie Bern Welcome, wenn es darum geht.

Ich danke auch für die breite Unterstützung der Stadtkanzlei mit der neuen Stadtschreiberin. Tom Berger hat es gesagt: Die Kostensteigerungen bei der Stadtkanzlei sind auf die Durchführung der Wahlen zurückzuführen. Städtische Wahlen sind sehr teuer, sie schlagen sich mit plus 965 000 Franken im Budget nieder. Die nächsten städtischen Wahlen finden 2025 statt. Teuer sind aber auch die kantonalen Wahlen, die sich im Budget des nächsten Jahres mit plus 760 000 Franken niederschlagen. Etwas günstiger sind die eidgenössischen Wahlen – die nächsten finden 2023 statt – die sich mit plus 660 000 Franken im Budget auswirken. Am allergünstigsten sind Jahre wie 2021, in denen gar keine Wahlen stattfinden. Mein nicht ernstgemeinter Vorschlag lautet, auf die Wahlen für den Grossen Rat nächstes Jahr zu verzichten, damit es bei der Stadtkanzlei keine Kostensteigerung gibt. Dieser Rat ist vielleicht gleich ernst gemeint wie der Eventualantrag 39 SVP, der bei der Stadtkanzlei 45 Mio. Franken einsparen will. Sorry, das Budget der Stadtkanzlei umfasst 5,8 Mio. Franken. Dieser Antrag ist wahrscheinlich mehr als ein Excel-Fehler. Zum Stadtrat äussert sich der Gemeinderat wie üblich nicht. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen.

Wir bitten Sie, alle Anträge abzulehnen. Wir haben sehr sorgfältig budgetiert. Sie können dem Gemeinderat mit gutem Gewissen folgen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 Büro des Stadtrats ab. (17 Ja, 43 Nein, 14 Enthalten)
Abst.Nr. 050
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 19 GB/JA! ab. (18 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 051*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 20 GB/JA! ab. (18 Ja, 55 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 052*

4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 14 GLP/JGLP zu. (40 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltene) *Abst.Nr. 053*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15 GLP/JGLP ab. (18 Ja, 56 Nein) *Abst.Nr. 054*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 SBK, FD zu. (47 Ja, 28 Nein) *Abst.Nr. 055*
7. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 SBK, FD zu. (45 Ja, 30 Nein) *Abst.Nr. 056*

Stadtratspräsident *Kurt Rüegsegger*: Es ist 19.00 Uhr. Wir unterbrechen die Abstimmungen hier und fahren nach der Sitzungspause fort.

Ordnungsantrag Hess

Erich Hess (SVP): Ich **beantrage**, den Abstimmungsblock zu GuB/PRD durchzuziehen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Hess zu. (57 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltene)
Abst.Nr. 057
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 8 SBK, FD zu. (47 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltene) *Abst.Nr. 058*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 33 Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF ab. (29 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 059*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 34 Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF ab. (29 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 060*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 9 SBK, FD zu. (44 Ja, 10 Nein, 21 Enthaltene) *Abst.Nr. 061*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 50 SVP ab. (6 Ja, 70 Nein) *Abst.Nr. 062*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 51 SVP ab. (7 Ja, 55 Nein, 5 Enthaltene) *Abst.Nr. 063*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 GB/JA! ab. (21 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltene) *Abst.Nr. 064*
9. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 35 SP/JUSO zu. (49 Ja, 27 Nein) *Abst.Nr. 065*
10. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 36 SP/JUSO zu. (41 Ja, 35 Nein) *Abst.Nr. 066*
11. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 37 SP/JUSO zu. (48 Ja, 28 Nein) *Abst.Nr. 067*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 40 SVP ab. (7 Ja, 69 Nein) *Abst.Nr. 068*
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 SVP ab. (9 Ja, 67 Nein) *Abst.Nr. 069*
14. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 SBK zu. (39 Ja, 23 Nein, 14 Enthaltene) *Abst.Nr. 070*
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11 Büro des Stadtrats ab. (19 Ja, 44 Nein, 13 Enthaltene)
Abst.Nr. 071
16. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 13 Büro des Stadtrats zu. (40 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltene)
Abst.Nr. 072
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 FDP/JF ab. (12 Ja, 61 Nein, 3 Enthaltene) *Abst.Nr. 073*
18. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 GB/JA! ab. (18 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltene) *Abst.Nr. 074*
19. Der Stadtrat lehnt Antrag 18 GB/JA! und Antrag 32 Mitte gemeinsam ab. (23 Ja, 53 Nein)
Abst.Nr. 075
20. Der Stadtrat lehnt den Antrag 21 GB/JA! ab. (18 Ja, 54 Nein, 4 Enthaltene) *Abst.Nr. 076*
21. Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 GB/JA! ab. (18 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltene) *Abst.Nr. 077*
22. Der Stadtrat lehnt den Antrag 38 SVP ab. (11 Ja, 65 Nein) *Abst.Nr. 078*
23. Der Stadtrat lehnt den Antrag 39 SVP ab. (8 Ja, 67 Nein) *Abst.Nr. 079*
24. In der Gegenüberstellung obsiegt der Antrag 4 SBK, FD dem Antrag 44 SVP
(60 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltene) *Abst.Nr. 080*
25. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4 SBK, FD zu. (45 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltene) *Abst.Nr. 081*
26. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 5 SBK, FD zu. (47 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltene) *Abst.Nr. 082*
27. Der Stadtrat lehnt den Antrag 45 SVP ab. (10 Ja, 66 Nein) *Abst.Nr. 083*
28. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 SBK, FD zu. (53 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltene) *Abst.Nr. 084*
29. In der Gegenüberstellung unterliegt der Antrag 7 SBK-Minderheit den Anträgen 10 SBK, FD und 31 Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF (29 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 085 (Ungültig, Abstimmung wird wiederholt)*

30. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 10 SBK, FD und 31 Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF zu.
(50 Ja, 15 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 086 (Ungültig, Abstimmung wird wiederholt)*

Ordnungsantrag Siegenthaler

Edith Siegenthaler (SP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und Pause zu machen. Das gibt dem Ratssekretariat Zeit, zu überlegen, ob die Anträge 10 und 31 irgendeinen Zusammenhang haben.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Siegenthaler zu. (48 Ja, 19 Nein, 8 Enthalten)
Abst.Nr. 087

Stadtratspräsident *Kurt Rüegegger*: Die Abendsitzung beginnt um 20.45 Uhr.

Die Sitzung wird um 19.25 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

15.11.2021

X *K. Rüegegger*

Signiert von: Kurt Rüegegger (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

24.11.2021

X *B. Wälti*

Signiert von: Barbara Wälti (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.50 bis 22.40 Uhr

Vorsitzend

Präsident Kurt Rügsegger

Anwesend

76 Mitglieder

Entschuldigt

Francesca Chukwunyere

Nicole Cornu

Brigitte Hilty Haller

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD

Franziska Teuscher BSS

Reto Nause SUE

Marieke Kruit TVS

Michael Aebersold FPI

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin

Sabrina Hayoz, Ratsweibelin

Christine Otis, Protokoll 13.30h

Cornelia Stücker, Sekretariat

Marianne Hartmann, Protokoll

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin und Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang 2](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.
- Die Traktanden 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

2020.FPI.000130

4 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025

Diskussion und Beschlüsse siehe Traktandum 5.

2020.FPI.000131

5 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Gemeinden und Behörden (GuB) / Präsidialdirektion (PRD)

Michael Hoekstra (GLP): Nach der turbulenten Schlussphase der ersten Sitzung stelle ich den nachfolgenden **Rückkommensantrag** zur letzten Abstimmung vor der Pause. Es geht um die Gegenüberstellungen. Nach Rücksprache mit dem Ratsbüro kann ich sagen, dass es zu Recht zu Verwirrung führte, dass bei Antrag 31 der Fraktionen GLP/JGLP, Mitte und FDP/JF mit der Begründung nicht das gefordert wurde, was im Antrag steht. Nach Rücksprache mit den beiden anderen einreichenden Parteien ergänze ich unseren Antrag daher jetzt ad hoc wie folgt: Wir formulieren das, was in der Begründung steht, ebenfalls als Antrag, damit es ganz klar ist. Wir fordern mit unserem Antrag 31 also nicht nur eine Erhöhung, sondern auch deren Kompensation innerhalb des Budgets. In diesem Zusammenhang stelle ich den **Rückkommensantrag, die Abstimmung zu wiederholen und die Anträge 31 und 7 zusammen dem Antrag 10 gegenüberzustellen.**

Beschluss

- 45. Der Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag Hoekstra zu. (73 Ja, 0 Nein, 2 Enthalten)
Abst.Nr. 088
- 46. Antrag 31 Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF und Antrag 7 SBK-Minderheit unterliegen gegenüber Antrag 10 SBK, FD in der Gegenüberstellung. (28 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 089*
- 47. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 10 SBK, FD zu. (47 Ja, 29 Nein) *Abst.Nr. 090*
- 48. Der Stadtrat lehnt den Antrag 46 SVP ab. (5 Ja, 68 Nein) *Abst.Nr. 091*
- 49. Der Stadtrat lehnt den Antrag 47 SVP ab. (6 Ja, 70 Nein) *Abst.Nr. 092*
- 50. Der Stadtrat lehnt den Antrag 29 Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF ab.
(29 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 093*
- 51. Der Stadtrat lehnt den Antrag 30 Mitte ab. (18 Ja, 57 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 094*
- 52. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23 GB/JA! ab. (18 Ja, 37 Nein, 21 Enthalten) *Abst.Nr. 095*
- 53. Der Stadtrat lehnt den Antrag 43 SVP ab. (18 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 096*
- 54. Der Stadtrat lehnt den Antrag 48 SVP ab. (6 Ja, 70 Nein) *Abst.Nr. 097*
- 55. Der Stadtrat lehnt den Antrag 49 SVP ab. (18 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 098*
- 56. Der Stadtrat lehnt den Antrag 26 GB/JA! ab. (20 Ja, 55 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 099*
- 57. Der Stadtrat lehnt den Antrag 25 GB/JA! ab. (20 Ja, 56 Nein) *Abst.Nr. 100*
- 58. Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 GB/JA! ab. (20 Ja, 55 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 101*

Sicherheit Umwelt und Energie (SUE)

18	AL/GaP/ PdA	IAFP	114	Kan- tonspo-	210100	Das Gesamtbudget sei um 5% zu kürzen.
----	----------------	------	-----	-----------------	--------	---------------------------------------

				izei		
23	GB/JA	IAFP	266	Kantonspolizei	210100	Die Reduktion der uniformierten präventiven Polizeipräsenz soll ohne Ausbau der städtischen Ortspolizeipräsenz passieren.
30	SVP	IAFP	153	Kantonspolizei	210100	Der Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrer muss verbessert werden. Falsch abgestellte Fahrrädern auf den Trottoirs müssen entfernt werden. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.
31	SVP	IAFP	153	Kantonspolizei	210100	Die Stadt toleriert die rechtsfreie Zone bei der Reithalle/Schützenmatte nicht mehr. Sie erteilt der Kantonspolizei die entsprechenden Aufträge zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung auf dem Areal.
8	AL, PdA	IAFP	267	Amt für Umweltschutz	220100	220100-3; 220100-7 Die Massnahme Sharing Economy und auf die Umsetzung der Massnahme klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung (Massnahme 8g der Energie- und Klimastrategie) sollen weitergeführt werden.
13	FDP/JF	IAFP	allg.	Amt für Umweltschutz	220100	Auf die Durchführung der Berner Nachhaltigkeitstage und auf das entsprechende Budget in Höhe von CHF 120'000 ist zu verzichten.
34	SVP	IAFP		Polizeiinspektorat	230100	Auf die Erhebung einer Hundetaxe sei komplett zu verzichten.
35	SVP	IAFP		Polizeiinspektorat	230100	Die Erhöhung der Hundetaxe von 115 CHF auf 150 CHF sei rückgängig zu machen.
10	GLP/JG LP	IAFP	266	Ruhe und Ordnung	230200	Die Gebühren der Anwohnerparkkarte für vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge wird bei 22 Franken pro Monat (264.- / Jahr) belassen, für teilweise oder vollständig mit fossilen Energieträgern betriebene Fahrzeuge wird die Gebühr auf 44 Franken pro Monat (528.- / Jahr) verdoppelt. Der Gemeinderat kann Ausnahmen vorsehen für Personen, die nachweislich auf das Auto angewiesen sind, aber sich keinen Parkplatz leisten können. Bei über 13'000 Parkkarten und einem Anteil rein elektrisch angetriebener Fahrzeuge von unter 1% ist mit zusätzlichen Erträgen aus Parkkartenverkäufen von 3'432'000 Franken zu rechnen.
15	FDP/JF	IAFP	allg.	Polizeiinspektorat	230290	Auf die Erhöhung der Gebühr für Anwohnerparkkarten von CHF 264 auf CHF 384 ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'579'200 ist zu eliminieren.
3	FSU, FD	IAFP	268	Schutz und Rettung	245300	FIT 245300-0: Die Feuerwehersatzabgabe ist einkommensabhängig zu gestalten und zwar so, dass tiefe Einkommen nicht betroffen sind.
11	GLP/JG	IAFP	77	Schutz	245300	Auf die Einführung einer Feuerweh-

	LP, SVP			und Rettung		satzabgabe ist zu verzichten.
12	GLP/JG LP	IAFP	77	Schutz und Rettung	245300	<i>Eventualantrag</i> Die Erhebung der Feuerwehersatzabgabe ist zeitlich auf 5 Jahre nach ihrer Einführung zu beschränken.
16	FDP/JF	IAFP	269	Schutz und Rettung	245300	Auf die Einführung der Feuerwehpflicht und damit verbunden der Feuerwehpflichtersatzabgabe ist zu verzichten. Die entsprechend budgetierten Mehreinnahmen in Höhe von jährlich CHF 6'200'000 ab 2023 sind zu eliminieren.
17	FDP/JF	IAFP	269	Schutz und Rettung	245300	<i>Eventualantrag zu Antrag 16 (Verzicht auf Einführung einer Feuerwehpflicht):</i> Die Einnahmen aus der Feuerwehersatzabgabe sind ausschliesslich für Feuerwehaufgaben einzusetzen. Anderweitige für Feuerwehaufgaben vorgesehene Ausgaben sind entsprechend dauerhaft einzusparen.
7	AL/GAP/PdA	IAFP	271	Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	280200	Es soll kein Teilverzicht auf das Projekt StoP Partnergewalt in den Quartieren stattfinden.
26	SP/JUS O	IAFP		Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	280200	<i>Projekt StoP Partnergewalt:</i> Auf Kürzungen im Sensibilisierungsprojekt StoP Partnergewalt sei zu verzichten.
19	AL/GaP/PdA	PGB	148	Direktionsstabsdienste	200100	Das Projekt "Dialog 3" sei mit Fr. 10'000.- weiterzuführen.
5	FSU, FD	PGB		Kantonspolizei	210100	Löschung Kennzahl 6 und 7
32	SVP	PGB	153	Kantonspolizei	210100	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 350'000.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverbot erreicht werden. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.
33	SVP	PGB	153	Kantonspolizei	210100	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 550'000.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll die Sicherheit im Raum Reithalle/Schützenmatte verbessert werden.
25	Mitte	PGB		Amt für Umweltschutz	220000	Auf die Berner Nachhaltigkeitstage sei zu verzichten. Das Budget wird um Fr. 120'000.00 gekürzt.
14	FDP/JF	PGB	allg.	Amt für Umweltschutz	220100	Auf die Durchführung der Berner Nachhaltigkeitstage und auf das entsprechende Budget in Höhe von CHF 120'000 ist zu verzichten.
20	GB/JA	PGB	161	Amt für	220100	Die Sparmassnahme 220100-7 sei nicht

				Umwelt- schutz		umsetzen, die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung weiterzuführen. Das Budget soll um 60'000.- erhöht werden. Es ist eine zusätzliche Stelle zu schaffen zur Koordination der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen. Das Budget ist dementsprechend um 120'000.- zu erhöhen.
24	GB/JA	PGB	161	Amt für Umwelt- schutz	220100	
2	FSU, FD	PGB	166	Polizei- inspek- torat	230200	Auf die Streichung des Beitrags an die Fanarbeit von 50'000.- Franken wird verzichtet und der Globalkredit entsprechend erhöht.
9	GLP/JG LP	PGB	169	Ruhe und Ordnung	230200	Die Gebühren der Anwohnerparkkarte für vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge wird bei 22 Franken pro Monat (264.- / Jahr) belassen, für teilweise oder vollständig mit fossilen Energieträgern betriebene Fahrzeuge wird die Gebühr auf 44 Franken pro Monat (528.- / Jahr) verdoppelt. Der Gemeinderat kann Ausnahmen vorsehen für Personen, die nachweislich auf das Auto angewiesen sind, aber sich keinen Parkplatz leisten können. Bei über 13'000 Parkkarten und einem Anteil rein elektrisch angetriebener Fahrzeuge von unter 1% ist mit zusätzlichen Erträgen aus Parkkartenverkäufen von 3'432'000 Franken zu rechnen. Das Budget ist um den entsprechenden Betrag zu erhöhen.
22	GB/JA	PGB	169	Ruhe und Ordnung	230200	FIT 230200-0: Die Gebühr für die EinwohnerInnenparkkarte ist gemäss Zürcher Vorbild auf CHF 700.- zu erhöhen. Personen mit geringem Einkommen, die dringend auf ein Auto angewiesen sind, sollen von der Gebührenerhöhung ausgenommen werden. Die entsprechenden Mehreinnahmen sind im Budget einzustellen. Das Budget ist um Fr. 5 Mio. zu erhöhen.
21	GB/JA	PGB	169	Polizei- inspek- torat	230281	Der städtische Beitrag an das Lichtspektakel Bundesplatz sei zu streichen. Das Budget ist um Fr. 180'000 zu senken.
37	GFL/EV P, Mitte, FDP/JF	PGB	169	Polizei- inspek- torat	230300	Erhöhung des Kredits PG 230200 um CHF 30'000.00.
6	FSU, FD	PGB		Polizei- inspek- torat	230400	Löschung Steuerungsvorgabe 8
4	FSU, FD	PGB	176	Polizei- inspek- torat	230440	Die Besetzung der 0.5 Vollzeitstelle Fremdenpolizei/Spezialdienst für die Umsetzung des AIG ist wie geplant vorzunehmen und es sind dafür CHF 61'000 im Budget einzustellen.
33	SVP	PGB		Schutz und Ret- tung	245300	Verzicht auf Reduktion Berufsfeuerwehrlerngang. Das Budget ist um Fr. 6'500 zu erhöhen.
1	FSU, FD	PGB	204	Amt für	280200	Auf die Kürzungen in der Höhe von CHF

Erwach-
senen-
und
Kindes-
schutz

12'500.00 im Projekt Partnergewalt in den Quartieren ist zu verzichten.

Sprecherin FSU *Florence Schmid* (JF): Die Direktion SUE, die unter anderem die Kantonspolizei (Kapo), das Polizeiinspektorat (PI), Schutz und Rettung Bern sowie das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) unter sich hat, ist eine der Direktionen, die wahrscheinlich am nächsten bei den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bern ist. Diese Nähe wird wohl leider auch 2022 immer noch vor allem von der Corona-Pandemie geprägt sein. Dies ging jedenfalls aus den Delegationsbesuchen hervor. Damit wurde beispielsweise die Notwendigkeit von höheren Beiträgen der Stadt an verschiedene private oder konkrete Projekte begründet. Mit diesen Beiträgen werde die Position der Stadt Bern als Tourismusdestination und Eventstadt trotz Pandemie gesichert. Die Veranstaltung «Rendez-vous Bundesplatz» generiere in der Stadt Bern beispielsweise 10 Mio. Franken Wertschöpfung pro Jahr. Wegen der Corona-Pandemie hatten unter anderem der Tierpark und das PI weniger Einnahmen als früher. Interessant ist, dass auch das Bauinspektorat einen Gebührenerückgang feststellte, den es in der Vergangenheit so noch nie gegeben habe. So sei der Eingang grösserer Baugesuche zurückgegangen. Man hofft, dass sich die Einnahmen bald wieder auf einem Stand wie vor der Pandemie bewegen. Beim PI geht man auch davon aus, dass wieder mehr Bewilligungen für Veranstaltungen und dergleichen erteilt und dementsprechend wieder mehr Einnahmen erzielt werden können. Bleibt die Situation aber noch länger schwierig, drohen beispielsweise beim Taxiwesen, in der Gastronomiebranche, in der Hotellerie und so weiter Konkurse. Diese würden die Gebühreneinnahmen weiter vermindern.

Eine sehr traurige und heftige Folge der Corona-Pandemie zeigt sich beim EKS: Sämtliche stationären Einrichtungen des Kantons für die Betreuung von psychisch Erkrankten, allen voran die Jugendpsychiatrie, sind seit der Pandemie überfüllt. Dies merkt das EKS ganz direkt, es gab zu viele Fälle für zu wenige Mitarbeitende. Damit dennoch eine ausreichende Betreuung gewährleistet werden kann, beispielsweise für Jugendliche, ist eine temporäre Aufstockung der Mitarbeitenden notwendig. Auch die Partnergewalt habe sich seit der zweiten Coronawelle wieder gehäuft. Man komme aber nur schwer an die betreffenden Fälle heran – auf jeden Fall meist nicht, indem man bei Verdachtsfällen an der Türe klingelt. Dementsprechend helfe das Präventionsprojekt «Stadtteile ohne Partnergewalt» (StoP) leider nur wenig. Zurzeit suche man nach neuen Wegen, an die Fälle von Partnergewalt heranzukommen. Eine Mehrheit von FSU und Finanzdelegation (FinDel) ist trotzdem der Meinung, dass das Projekt StoP keine Kürzungen erfahren soll, und hat daher Antrag 1 eingereicht.

Auch das PI hat wegen der Corona-Pandemie deutlich mehr Arbeit. Da der Niedriglohn-Sektor weggebrochen sei, komme es in Sachen Schwarzarbeit und Arbeitsausbeutung zu viel mehr Missbräuchen. Auch die Themen Immigration, Familienzusammenführung und Integration bedeuteten eine grosse Arbeitslast. Dennoch wurden wegen der Sparmassnahmen dringend benötigte und bereits bewilligte Stellen nicht besetzt. Die Mehrheit der FSU und der FinDel wollen daher beim PI mit Antrag 4 zumindest eine halbe Stelle trotzdem besetzen.

Aber auch andere Dinge kamen während der Delegationsbesuche der FSU zur Sprache, so beispielsweise der Einsatz der Kapo beim Bahnhof, der an die Verhaftung des Amerikaners George Floyd in den USA erinnert habe. Man wolle keine Vorverurteilungen vornehmen, hätte sich aber eine Stellungnahme des Gemeinderats zu diesem Vorfall gewünscht. Weiter wurde die geplante Streichung der Fanarbeit in der Höhe von 50 000 Franken besprochen. Die Fanarbeit leiste einen wichtigen Beitrag zur Gewalt- und Rassismusprävention. Die Mehrheit der FSU und der FinDel wollen daher auf diesen Beitrag nicht verzichten und beantragen mit Antrag 2, auf die Streichung des Betrags zu verzichten. Beim Amt für Umweltschutz (AfU) wurde

unter anderem die Sistierung der Massnahme «Sharing Economy» aufgrund der Sparmassnahmen besprochen. Ebenfalls wurde beim AfU besprochen, welches die Folge der Konsolidierung des autofreien Sonntags, der Tage der Sonne und des Umwelttags zum Nachhaltigkeitstag bedeute. Natürlich könne durch diese Konsolidierung etwas verlorengehen, aber man verspreche sich dadurch eine bessere strategische Bündelung. Der Delegationsbesuch beim Bauinspektorat ergab unter anderem, dass 80% der eingereichten Baugesuche unvollständig seien. Dies sei vor allem auf die zunehmend komplizierteren Vorschriften zurückzuführen. Dementsprechend bestehe Handlungsbedarf.

Ganz generell wurde uns gesagt, dass bei der SUE bezüglich der Finanzen wenig Spielraum bestehe. Die SUE ist eine Vollzugsdirektion, sie führt fast keine freiwilligen Aufgaben aus. Aus diesem Grund ist, ich zitiere, «die Zitrone beim Sparen ausgepresst». Trotzdem wird bei der SUE für 2022 im Vergleich mit 2021 mit einem Anstieg der Bruttokosten in der Höhe von 3 Mio. Franken gerechnet. Diese Kosten entstehen wie erwähnt vor allem beim EKS infolge der Pandemie. Die budgetierten Nettokosten der SUE sinken, weil aus der Feuerwehersatzabgabe und aus den Parkkarten mehr Einnahmen budgetiert werden. Natürlich gab die Einführung der Feuerwehersatzabgabe in der FSU und in der FinDel zu reden. Aus dieser Diskussion heraus wird von einer Mehrheit der folgende Antrag unterstützt: Die Ersatzabgabe wird als Steuer angeschaut und mit Planungserklärung (PE) 3 wird verlangt, dass die Feuerwehersatzabgabe einkommensabhängig ausgestaltet werden muss, im Sinne des in der Verfassung vorgesehenen Prinzips der individuellen Leistungsfähigkeit.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP) zu den Anträgen und PE der Fraktion SVP: Wir haben einige wichtige Anträge gestellt und ich hoffe, dass uns auch die Ratslinke und die Mitte unterstützen. PE 30 (*liest die PE vor*): Gehen Sie einmal mit dem Kinderwagen an einem Samstag auf den Markt auf dem Bundesplatz – Sie kommen vom Bärenplatz gar nicht zur Kantonalbank, da die Trottoirs mit Velos vollgestellt sind. Dasselbe Bild zeigt sich beim Freibad der Ka-We-De, auch wenn es dort bald nicht mehr aktuell ist, da die Saison zu Ende geht. Die Velos, teilweise auch Lastenvelos, verstellen das ganze Trottoir und man muss mit dem Kinderwagen auf die Strasse ausweichen. Es kann nicht Sinn und Zweck des Ganzen sein, dass man stets Verkehrskontrollen bei den Automobilisten durchführt und vorschriftswidrig abgestellte Fahrzeuge entfernt, bei den Velos aber beide Augen zudrückt. Ein weiteres Stichwort in diesem Zusammenhang ist der Weg vom Schönausteg bis zum Eichholz: Wie ich schon mehrmals erwähnt habe, bin ich der Meinung, dass man in dem Bereich, in dem sich der Weg auf Berner Boden befindet, die nötigen Dinge vorkehren sollte. Es geht um den Fussgängerschutz. Wenn man schon von direkten Wegen spricht, sollten diese nicht von Velos behindert werden. Wir haben einen Wildwuchs und müssen eingreifen.

Antrag 32: Wir verlangen eine Erhöhung der Nettokosten und deren vollumfängliche Kompensation bei der Verkehrsplanung. Es geht uns um eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs. Die Erhöhung der Kosten soll bei der Verkehrsplanung kompensiert werden, denn dort gibt es sehr viel Wildwuchs – als Stichworte erwähne ich die Velooffensive oder das Fahren auf dem Trottoir. In diesen Bereichen muss man sparen.

Antrag 33: Mir ist bewusst, dass dieser Antrag wohl chancenlos ist. Wir verlangen, dass die Sicherheit im Raum Reithalle/Schützenmatte verbessert werden soll. Mit den Zwischennutzungen wurden grossartig Dinge realisiert, die viel Geld kosten. Statt dass wir pro Jahr 650 000 Franken Einnahmen hätten, muss man für diese Zwischennutzungen viel mehr bezahlen, die Platzwarte erhalten sogar noch einen Lohn. Wir sind daher der klaren Meinung, dass man unserem Antrag, die Nettokosten zu erhöhen, zustimmen muss.

Die übrigen Anträge unserer Fraktion werden von anderen Fraktionskollegen begründet.

Antragstellerin *Valentina Achermann* (SP) zu den Anträgen und PE der Fraktion SP/JUSO: 63% aller Tötungen in der Schweiz und 40% aller Straftaten geschehen im Bereich der häuslichen Gewalt. Der gefährlichste Ort für eine Frau ist ihr eigenes Zuhause. Jede Woche gibt es einen Tötungsversuch als Folge von häuslicher Gewalt und zusätzlich wird jede zweite Woche eine Person getötet. In drei von vier Fällen ist das Opfer eine Frau. Kinder sind in 60% der Fälle involviert und pro Jahr sterben in der Schweiz vier Kinder wegen häuslicher Gewalt. Sie werden in dieser Debatte zu oft vergessen, obwohl sie einen enormen Schaden davontragen, sowohl physisch als auch psychisch, einige von ihnen ihr ganzes Leben lang. PE 26 der Fraktion SP/JUSO betrifft das Projekt StoP. Dieses hat zum Ziel, Gewaltbetroffene und soziale Netzwerke zu sensibilisieren, dass Partnergewalt nicht mehr erduldet, verschwiegen, ignoriert oder toleriert werden darf. Das Projekt setzt dort an, wo häusliche Gewalt stattfindet: Am Wohnort und in der Nachbarschaft. Die Rolle der Nachbarschaft im Bereich häusliche Gewalt ist enorm wichtig. Ebenso wichtig ist die Botschaft, dass Beobachtungen ernst genommen und gemeldet werden müssen. Während der Corona-Pandemie – mit dem Lockdown und der damit einhergehenden Isolation – verschärfte sich die Situation im Kanton Bern und in der Stadt Bern nahmen die Meldungen aus der Nachbarschaft zu. Dies zeigt, wie wichtig das Projekt StoP ist. Da wir uns in der Budgetdebatte befinden, könnte ich auch noch die Finanzen erwähnen und sagen, dass man mit der Prävention ein Vielfaches des Geldes spart und dass es sich finanziell lohnt, in diesem Bereich zu investieren. Ich hoffe aber, dass die Zahlen der Tötungen, der versuchten Tötungen sowie der Auswirkungen von häuslicher Gewalt Sie bereits überzeugt haben. Häusliche Gewalt ist keine Privatsache und geht uns alle an. Anstatt zu sparen, müssen wir dieses Thema unbedingt vermehrt angehen und das Angebot ausbauen. Ich bitte Sie, die PE 26 der Fraktion SP/JUSO anzunehmen und auf Kürzungen im Sensibilisierungsprojekt StoP zu verzichten.

Antragstellerin *Regula Bühlmann* (GB) zu den Anträgen und PE der Fraktion GB/JA!: Auch bei der SUE wollen wir mit unseren Anträgen in erster Linie dafür sorgen, dass die Stadt Bern ihre Aufgaben erfüllen kann, und zwar sowohl gegenüber der Bevölkerung, als auch im Bereich des Klimaschutzes. Manchmal gelingt das vielleicht sogar mit weniger Geld, oftmals aber nicht. Wir sind daher der Meinung, dass es auch bei der SUE nicht primär darum geht, zu sparen, sondern darum, dass die Stadt das tun kann, was sie tun soll und tun muss, gerade auch in schwierigen Zeiten.

PE 23: Wir sind die ersten, die Hand bieten für eine Rückkehr zur Stadtpolizei. Die Erfahrungen mit der Kapo sind sehr durchzogen und in den letzten Jahren wurde die Situation eher schwieriger. Sehr gern können wir also die uniformierte präventive Präsenz der Kapo reduzieren – aber! Hier folgt ein grosses Aber. Wir wollen die Kapo nicht durch eine weitere städtische Interventionstruppe ersetzen, denn mit Pinto haben wir bereits eine solche Truppe. Uns ist nicht klar, was «Bobbies» bringen sollen – ausser der Funktion als Fotosujet. Lassen wir doch solche Experimente bleiben und setzen uns stattdessen für echte Verbesserungen bei der Polizei ein, sei es mit einer Stadtpolizei oder vorerst einmal mit der schon lange notwendigen Ombudsstelle.

Unter keinen Umständen dürfen wir beim Klimaschutz sparen. Wenn wir den Menschen, die künftig in Bern leben, vorübergehend ein wenig höhere Schulden überlassen, können sie diese wieder abbauen. Wir haben dies auch schon gemacht – sie kennen die Geschichte Ende der 90er-Jahre und anfangs der 2000er-Jahre. Aber wenn wir das Klima zerstört haben, kann dies niemand derer, die nach uns kommen, rückgängig machen. Daher fordern wir mit Antrag 20, dass die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung weitergeführt wird. Mir scheint, dass es diesbezüglich ganz oft zu einem grossen Missverständnis kommt: Das städtische Vermögen besteht nicht nur aus Kapitalanlagen, sondern auch aus der städtischen Infrastruktur. In diesem Bereich kann Bern einen grossen Beitrag zum Klimaschutz und zur Einhaltung der

«Sustainable Development Goals» (SDG) leisten. Dafür benötigen wir aber eine Strategie und eine gesamtheitliche Umsetzung. Das AfU braucht die nötigen Mittel, um dies leisten zu können. Mit ein paar klimafreundlichen Investitionen durch die Direktion FPI ist es nicht getan. Wir bitten Sie daher um die Unterstützung unseres Antrags 20.

Für die Erfüllung der Klimaziele braucht es aber auch eine bessere Koordination der städtischen Massnahmen. Auch dies ist eine Aufgabe für das AfU. In diesem Zusammenhang bitten wir Sie um die Unterstützung unseres Antrags 24, der eine Stellenaufstockung für diese Aufgaben vorsieht. Wie wir schon im letzten Jahr bewiesen haben, sind wir durchaus bereit, bei städtischen Ausgaben zu korrigieren. Damals überwies der Stadtrat den Antrag, dass Bern das Lichtspektakel auf dem Bundesplatz nicht mitfinanzieren soll. Der Gemeinderat hat in der Zwischenzeit gezeigt, was er von Stadtratsbeschlüssen hält, und machte diese Sparmassnahme teilweise rückgängig. Dies zeugt von einem interessanten Kulturverständnis. Bei den Berner Kulturschaffenden spart man, aber in ein Spektakel, das auch von Privaten gesponsert werden könnte, buttert man 180 000 Franken. Ja, ich kenne die Argumente – es geht um die Restaurants, um Touristinnen und Touristen aus der ganzen Schweiz und aus dem Ausland, um Hotelübernachtungen und dergleichen mehr. Aber wissen Sie, was? Dies bringt uns auch die Berner Kultur! Sie kommt ohne Spektakel und Sperrungen des Bundesplatzes aus. Wir bringen daher den Antrag erneut, der den städtischen Beitrag ans Lichtspektakel streichen will, und bitten Sie, ihm zuzustimmen.

Last but not least geht es uns um die Gebühr für die Parkkarten der Einwohnerinnen und Einwohner, über die schon viel diskutiert wurde. Es ist schön, dass der Gemeinderat diese Gebühr erhöhen will – es ist höchste Zeit dafür! In Bern ist es viel zu billig, die Strassen mit Blech zu verstellen. Für die meisten Leute, die in der Stadt wohnen, ist ein Auto überhaupt nicht nötig. Zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem ÖV kommt man schneller, stressfreier und erst noch klimafreundlicher ans Ziel. Wer sich trotzdem ein Auto leisten will, sei es als Luxusobjekt oder als Statussymbol, soll den Platz, den er oder sie damit verstellt, auch bezahlen. 700 Franken scheinen uns dafür ein fairer Preis zu sein. Ja, es gibt Leute, die aus privaten oder beruflichen Gründen auf ein Auto angewiesen sind, dies anerkennen wir. Unter diesen Leuten gibt es auch solche, die nicht so viel Geld haben. Für sie soll weiterhin der alte Tarif gelten. Dies ist uns wesentlich sympathischer als die Unterscheidung nach Antrieb. Wenn das Auto herumsteht, macht es keinen Unterschied, ob es mit Benzin, Strom oder Biogas angetrieben wird – es braucht in allen Fällen gleich viel Platz. Zum Antrag der Fraktion GLP/JGLP: Darin geht es um eine abgestufte Tarifierung bei den Parkkarten. Trotz unser eigenen Anträge werden wir auch diesem Antrag zustimmen, weil es uns vor allem darum geht, dass die Gebühr erhöht wird. Wir sind für eine Erhöhung der Gebühr, mit Ausnahmemöglichkeiten für Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind und sich die Parkkarte sonst nicht leisten können. Wir bitten Sie daher, unseren Antrag 22 anzunehmen.

Antragstellerin *Simone Richner* (FDP) zu den Anträgen und PE der Fraktion FDP/JF: Die Anträge 13 und 14 betreffen die Berner Nachhaltigkeitstage, einmal als PE und einmal als Antrag zum Budget. Die Fraktion FDP/JF verlangt, dass auf die Durchführung der Berner Nachhaltigkeitstage und damit auf das entsprechende Budget verzichtet wird. Die Nachhaltigkeit wird in dieser Stadt schon durch verschiedene Massnahmen direkt und stark gefördert. Insofern sollte man davon ausgehen dürfen, dass noch mehr Massnahmen, insbesondere für die Privaten, Anreiz genug darstellen. Die kostenintensiven Informationstage sind daher weder notwendig noch zielführend, weshalb darauf verzichtet werden soll.

Antrag 15: Die Anwohnerparkkarte wird noch viel zu reden geben. Auf die Erhöhung der Gebühr für diese Parkkarte von 264 Franken auf 384 Franken soll verzichtet werden. Wie wir alle wissen, sind öffentliche Parkplätze in der Stadt Bern ein rares Gut. Für Einwohnerinnen und Einwohner, die auf ein Auto angewiesen sind, stellt dies zunehmend ein Problem dar. Ich

denke vor allem an Familien, Schichtarbeiter und Personen mit körperlichen Einschränkungen wie beispielsweise die Mutter von Gemeinderat Aebersold. Wer es sich leisten kann, hat heutzutage eine Garage oder einen privaten Parkplatz. Vor allem diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner, die knapp bei Kasse sind, müssen für ihre Parkkarte jetzt mehr bezahlen. Weshalb dies so sein soll, ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat unverständlich. Wir verlangen daher, dass auf die Erhöhung der Parkkartengebühr verzichtet wird.

Anträge 16 und 17: Es geht um die Feuerwehrdienstpflicht und die damit verbundene Feuerwehrrersatzabgabe. Auf die Einführung der Dienstpflicht und der Ersatzabgabe soll verzichtet werden. Bei der Feuerwehrrersatzabgabe handelt es sich um nichts anderes als um eine verkappte Steuer, die durch die Hintertür eingeführt werden soll. Nennen Sie das Kind beim Namen: Es geht um nichts anderes als um eine Steuererhöhung, was wir entschieden ablehnen. Wer sagt, es sei eine Abgabe und keine Steuer, dem kann ich schon jetzt sagen, dass die Abgabe, so wie sie aktuell vorgesehen ist, den Anforderungen des Kostendeckungsprinzips und des Äquivalenzprinzips nicht genügen wird. Dies bedeutet, dass es zu enorm vielen Gerichtsverfahren und Kosten kommen wird, die die Allgemeinheit tragen muss. Ich bitte Sie daher, auf die Feuerwehrrersatzabgabe zu verzichten und unseren Antrag 16 anzunehmen. Antrag 17 ist ein Eventualantrag zu Antrag 16. Wir verlangen damit, dass die Einnahmen aus der Feuerwehrrersatzabgabe – sollte sie angenommen werden – ausschliesslich für Aufgaben der Feuerwehr eingesetzt wird.

Antragstellerin *Tabea Rai* (AL) zu den Anträgen und PE der Fraktion AL/GaP/PdA: Ich begründe die Anträge der freien Fraktion sowie diejenigen, die die AL gemeinsam mit der PdA eingereicht hat. Antrag 19: Die freie Fraktion fordert die Weiterführung des Projekts «Dialog 3». Dafür sollen 10 000 Franken bereitgestellt werden. Das Projekt ermöglicht einen Dialog zwischen der Kapo, potenziell von Racial Profiling Betroffenen und Nichtregierungsorganisationen (NGO), der sehr wichtig ist. Seit neun Jahren finden regelmässig Veranstaltungen der NGO «Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus» (gggfon) statt, die zusammen mit dem Swiss African Forum und der Kapo durchgeführt werden. Es ist einfach, sich als Stadt antirassistisch zu positionieren, aber dies alleine genügt nicht. Für antirassistische Arbeit muss auch Geld investiert werden. Racial Profiling ist auch in Bern immer noch ein grosses Problem. Ich bitte Sie daher, zu zeigen, dass es Ihnen Ernst ist mit Ihrer antirassistischen Haltung, und unseren Antrag zu unterstützen.

Antrag 18: Die freie Fraktion fordert, dass das Gesamtbudget um 5% gekürzt wird. Das Budget ist gedeckt und wächst seit Jahrzehnten immer weiter. Wachstum mag in Ordnung sein, wenn es gut begründet ist, aber man investiert vermehrt in zweifelhafte Gadgets wie Wasserwerfer oder menschenrechtswidrige Gummigeschosse. Auch unverhältnismässige Polizeieinsätze bei Hausräumungen oder Personenkontrollen stellen einen riesengrossen Ressourcenverschleiss dar. Wir sind gegen einen weiteren Ausbau des Polizeistaates und fordern daher eine Kürzung um 5%.

Antrag 7: Die freie Fraktion fordert, das Projekt StoP wie vom Stadtrat beschlossen durchzuführen und nicht schon wieder zu kürzen. Die vorgesehene Stellenreduktion würde zu einer beträchtlichen Verzögerung des Projekts führen. Partnergewalt ist in der Schweiz weit verbreitet. Gerade auch die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig eine Sensibilisierung in diesem Bereich ist. Meine Vorrednerin der Fraktion SP/JUSO hat dies bereits ausführlich begründet. Wir fordern Sie daher auf, diesen Antrag anzunehmen.

Antrag 8: Die AL und die PdA fordern die Weiterführung der Massnahmen zur «Sharing Economy» sowie die Umsetzung der Massnahmen zu einer klimaneutralen Vermögensbewirtschaftung. Die Realisierung entsprechender Projekte soll bewirken, dass die dringenden Massnahmen in Bern umgesetzt werden können. Eine Streichung oder eine verzögerte Umset-

zung dieser Massnahmen hat in Zeiten einer Klimakatastrophe zu grosse Auswirkungen auf alle. Bei solchen Massnahmen zu sparen, wäre Irrsinn.

Antragsteller *Manuel C. Widmer* (GFL) zu Antrag 37: Die Fraktion GFL/EVP hat diesen Antrag zusammen mit den Fraktionen FDP/JF und Mitte eingereicht. Es geht um die Museumsnacht. Kulturförderung findet nicht nur in der PRD statt, sondern auch die SUE hat ein Kässeli für Kulturförderung respektive für die Förderung von Kulturanlässen. In diesem Bereich wird der Beitrag an die Museumsnacht gestrichen. Bei diesem Anlass handelt es sich, neben dem Strassenmusik-Festival «Buskers», um einen der grössten Kulturanlässe in der Stadt Bern. Falls diese Kürzung angenommen wird, müsste die Stadt aus dem Verein Museen Bern austreten und würde auch keinen Beitrag an die Museumsnacht mehr leisten. Man kann das Ganze vergleichen mit der Thematik der tripartiten Finanzierung. Wenn die Stadt Bern ihre Finanzierung zurückzieht, stellt dies eine Einladung an andere Geldgeberinnen und Geldgeber dar, ihre Beiträge an die Museumsnacht ebenfalls zu kürzen oder zurückzuziehen, was sehr schade wäre. Der Betrag, den wir vorschlagen, bewegt sich ziemlich genau im Bereich des Defizits, den die Museumsnacht im letzten Jahr tragen musste, weil der Anlass nicht durchgeführt werden konnte. Wenn man der Museumsnacht diese 30 000 Franken überweisen würde – als Mitgliederbeitrag und als kleineren Anteil als bisher – wäre dies ein Zeichen der Wertschätzung des Stadtrats für diesen Anlass. Viele von Ihnen waren auch immer wieder Gäste an den Apéros der Museumsnacht. Es geht nicht darum, diese Apéros zu finanzieren, sondern unsere Wertschätzung diesem Anlass gegenüber zu zeigen. Ich danke Ihnen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen.

Antragsteller *Maurice Lindgren* (GLP) zu den Anträgen der Fraktion GLP/JGLP: Vorab heisse ich unser neustes Fraktionsmitglied Judith Schenk herzlich willkommen. Keine Angst, es wird nicht jede Sitzung so sein wie die heutige.

Antrag 11: Es geht um den Verzicht auf die Einführung einer Feuerwehersatzabgabe. Diese Abgabe ist für die Stadt einigermaßen systemfremd. Wir haben ein professionelles Feuerwehrcorps und eine freiwillige Feuerwehr. Gemeinden, die über keine professionelle Feuerwehr verfügen, setzen auf eine Ersatzabgabe: Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde können entscheiden, ob sie Feuerwehrdienst leisten oder die Ersatzabgabe bezahlen wollen. Für die Stadt Bern ist dies so nicht möglich. Es ist illusorisch, zu glauben, dass die Feuerwehr in der Stadt Bern genügend Kapazitäten hätte und alle Bürgerinnen und Bürger mitmachen könnten. Da man eine professionelle Feuerwehr hat, ist eine solche Ersatzabgabe zwar eine sehr innovative und kreative Art, Einnahmen generieren zu wollen, aber das Ganze ist ziemlich gut durchschaubar. In seltener Einigkeit mit der SVP haben wir daher den Antrag 11 eingereicht, mit dem wir fordern, auf die Einführung der Feuerwehersatzabgabe zu verzichten. Es handelt sich im Grunde genommen nicht um eine Feuerwehersatzabgabe, sondern um eine Steuererhöhung durch die Hintertür. Eine Ersatzabgabe wäre es dann, wenn alle eine solche Abgabe mit ihrem persönlichen Einsatz abwenden könnten, aber dies ist nicht möglich. Wenn es nicht eine Steuererhöhung ist, handelt es sich zumindest um eine Abgabe. Schon der Name des Programms ist also falsch. Wenn der Gemeinderat der Meinung ist, dass man unsere aktuelle Finanzlage ohne neue Einnahmen nicht korrigieren kann, soll er bitte so ehrlich sein und den Mut haben, eine Erhöhung der Steueranlage zu fordern, anstatt auf diesem Weg eine neue Steuer vorzuschlagen. Wir beantragen, auf die Feuerwehersatzabgabe zu verzichten.

Antrag 12: Falls die Feuerwehersatzabgabe trotzdem eingeführt werden sollte – wonach es in Anbetracht der aktuellen politischen Mehrheiten aussieht – wäre es das Mindeste, diese Abgabe zeitlich zu beschränken, da sie der Deckung des temporären Finanzbedarfs der Stadt Bern dient. Dieser wird sich in ein paar Jahren verbessert haben, die Feuerwehersatzabgabe wird dannzumal aber immer noch bestehen, wenn wir sie nicht befristen. Wir stellen daher mit

Antrag 12 den Eventualantrag, die Feuerwehersatzabgabe zeitlich zu beschränken auf fünf Jahre nach deren Einführung.

Antrag 9: Es geht um die Parkplätze respektive die Anwohnerparkkarte. Der Gemeinderat stiess mit seiner Idee, die Preise für die Anwohnerparkkarte zu erhöhen, eine ziemlich grosse Diskussion an. Diese Diskussion kann er nicht auf die kommende Debatte über das Gebührenreglement verschieben, wenn er im vorliegenden Budget eine Erhöhung von 264 Franken auf 384 Franken pro Jahr und Parkkarte einstellen will. Wenn der Gemeinderat eine Erhöhung beantragen kann, ohne dass der Stadtrat über das Reglement bestimmen konnte, können wir dies auch. Aus diesem Grund schlagen wir vor, dass wir, wenn wir diese Gebühr erhöhen wollen, dies auch aus ökologischen Gesichtspunkten möglichst gut machen. Dies bedeutet, dass man zwischen Verbrennerfahrzeugen und elektrischen Fahrzeugen differenzieren muss. Wir schlagen vor, dass die Preise für elektrische Fahrzeuge auf heutigem Niveau bleiben, für Verbrennerfahrzeuge hingegen verdoppelt werden. Dies hätte de facto fast eine Verdoppelung der gesamten Einnahmen zur Folge, weil heute über 99% des Fahrzeugbestands keinen elektrischen Antrieb hat, sondern einen Verbrennermotor. Wir haben ausgerechnet, dass diese Massnahme knapp 3,5 Mio. Franken Mehreinnahmen generieren würde, und zwar über den Betrag hinaus, den der Gemeinderat mit der von ihm vorgeschlagenen Erhöhung bereits an Mehreinnahmen budgetiert hat. Es wurde gesagt, dass sich gewisse Leute in der Stadt bei einer Erhöhung der Gebühren kein Auto mehr leisten könnten. Ich bin erschrocken darüber, dass es überhaupt ein Anliegen ist, dass man sich ein Auto leisten können soll, schliesslich haben wir ja die Velostrategie und wollen die Leute dazu bringen, auf das Velo umzusteigen. Trotzdem haben wir unseren Antrag mit einem Passus angepasst, dass der Gemeinderat für Härtefälle Ausnahmen vorsehen kann, für Personen also, die nachweislich auf das Auto angewiesen sind und sich den Parkplatz nicht leisten können. An die Adresse der Ratslinken möchte ich sagen, dass Sie die gewünschten Mehreinnahmen nur mit unserem Antrag erhalten, nicht hingegen dann, wenn Sie dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. An die Adresse der Ratsrechten muss ich sagen, dass, realistisch gesehen, in naher Zukunft wohl irgendeine Erhöhung vorgenommen wird, die Ihnen nicht passen wird – in Anbetracht der aktuellen Ratsmehrheit wird wahrscheinlich jede Erhöhung angenommen. Unser Antrag, der für elektrische Fahrzeuge den bisherigen Preis beibehalten will, ist der einzige Antrag, der für diejenige Fahrzeugkategorie, die wohl die Zukunft darstellt, den Preis nicht erhöht. Es hätten also alle Grund genug, unseren Antrag zu unterstützen, weshalb ich den kommenden Abstimmungen optimistisch entgegenreise.

Fraktionserklärungen

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Ich möchte auf vier Punkte eingehen, die die Berner Stadtbevölkerung wahrscheinlich so brennend interessiert und bewegt wie die Aare-Temperatur in den Sommerferien. Diese Bemerkung ist nicht ironisch gemeint. Es geht um folgende vier Themen: Feuerwehersatzabgabe, Parkplatzgebühren-Regime, das Lichtspektakel auf dem Bundesplatz und die Museumsnacht. Wir haben uns intensiv mit diesen Themen befasst und natürlich auch mit allen anderen Anträgen. Die erwähnten vier Punkte haben uns am meisten beschäftigt und sie beschäftigen sicher auch die Bevölkerung der Stadt Bern. Bei unseren Diskussionen waren wir uns nicht immer einig.

So waren wir beispielsweise bei der Schröpfung der Benutzer des motorisierten Individualverkehrs (MIV) respektive bei der entsprechenden Erhöhung der Einnahmen tatsächlich uneinig. Unser Abstimmungsverhalten auf dem Bildschirm wird daher ein Bild ergeben, das an die Mehrheit im Stadtrat erinnert: es wird rot-grün sein. Eine Ausnahme stellt der Antrag auf Erhöhung der Gebühren der Anwohnerparkkarte auf 700 Franken gemäss Zürcher Vorbild dar. Wir sind der Meinung, dass man über das Ziel hinausschiesst, wenn man das Zürcher Budget

mit dem Berner Budget vergleicht und eine solche Erhöhung vornimmt. Aus diesem Grund lehnen wir den entsprechenden Antrag klar ab.

Zur Feuerwehersatzabgabe: Bei diesem Thema stimmen wir allen Anträgen zu. Dies bedeutet auch, dass wir die Abgabe als solche ablehnen. Wir sind grundsätzlich gegen neue Gebühren, wie wir mit unserem Abstimmungsverhalten vorhin bereits gezeigt haben. Zudem liegt das Problem nicht auf der Einnahmenseite, sondern bei den Ausgaben, wie wir heute Abend schon unzählige Male gehört haben. Wir haben zu viele Ausgaben und es ist daher nicht in Ordnung, dass man die Einnahmen erhöhen will, wenn man doch bei den Ausgaben ansetzen müsste. Falls die Feuerwehersatzabgabe angenommen wird, sprechen wir uns für deren Befristung und für die Lenkung dieser Einnahmen aus.

Zu den beiden Anlässen, bei welchen man heute Abend sparen will: Auch unsere Fraktion hat Anträge eingereicht, um bei gewissen Anlässen Einsparungen vorzunehmen. Bei der Museumsnacht und beim Lichtspektakel auf dem Bundesplatz, um die es vorliegend geht, sind wir aber der Meinung, dass sie ein grosses Bevölkerungsspektrum betreffen, insbesondere das Lichtspektakel auf dem Bundesplatz. Es gibt in der Stadt Bern wohl keinen Anlass, der so viele verschiedene Leute anspricht – ob gross oder klein, ob links oder rechts, ob Velofahrende, Autofahrer, ÖV-Benutzer oder Fussgänger – wie das Lichtspektakel. Es zieht tatsächlich alle an, ich habe noch nie einen negativen Kommentar gehört. Das alleine ist bereits schön und gut, aber das Lichtspektakel hat auch eine Wirkung auf die Wirtschaft in der Innenstadt, also auf das Gewerbe. Gerade weil der Anlass in der kälteren Jahreszeit stattfindet, zieht es die Leute auch in die Gastronomie, denn man geht vorher oder nachher etwas trinken oder essen. Auch Hotelübernachtungen werden durch den Anlass generiert. Bei diesem Anlass zu sparen, wäre am falschen Ort gespart. Man würde damit die letzten Einnahmen abschaffen, die der Tourismus in der Stadt Bern noch hat. Ich hoffe von Herzen und bitte den Stadtrat inständig, den elenden Antrag 21 der Fraktion GB/JA! abzulehnen und in dieser schwierigen Zeit, in der sich der Tourismus angesichts der Corona-Pandemie schon jetzt befindet, nicht auch noch das Lichtspektakel zu streichen. Dies wäre verheerend, gerade in der wirklich schwierigen Zeit im Herbst.

Zur Museumsnacht: Wir unterstützen den Antrag auf Erhöhung des Kredits, aus denselben Gründen, die ich soeben dargelegt habe. Wir sind der Meinung, dass sich der Anlass lohnt. Zudem geht es nur um einen fünfstelligen Betrag. Bei einem Anlass mit einer derart grossen Reichweite wäre es falsch, einen so kleinen Betrag nicht zu sprechen. Ich bitte Sie, den Antrag ebenfalls anzunehmen.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Direktion SUE besonders gefordert, wie wir schon von der Kommissionssprecherin gehört haben. Dies wird sicher auch im nächsten Jahr noch so sein, insbesondere im Bereich des EKS. Kürzungen in diesem Bereich, beispielsweise beim Projekt StoP, lehnen wir daher klar ab, wie *Valentina Achermann* bereits dargelegt und begründet hat.

Die geplante Einführung einer Feuerwehersatzabgabe gab schon im Vorfeld und auch in der heutigen Debatte viel zu reden, gerade auch im Hinblick auf die vielen diesbezüglichen Anstrengungen in der Vergangenheit, die immer wieder scheiterten. Die Fraktion SP/JUSO kann der Einführung einer solchen Abgabe grundsätzlich zustimmen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: Erstens muss die Abgabe einkommensabhängig ausgestaltet sein und Personen mit tiefem Einkommen müssen davon ausgenommen sein. Zweitens müssen alle, die sich in der Feuerwehr engagieren wollen, statt die Ersatzabgabe zu bezahlen, dies auch tun können. Diesbezüglich bin ich nicht ganz einverstanden mit *Maurice Lindgren*. Ich glaube, die meisten Leute leben ihre Leidenschaft für die Feuerwehr eher auf Netflix bei der Serie «Chicago Fire» oder dergleichen aus und möchten nicht wirklich auf die Leiter steigen und mitten in der Nacht irgendwo Brände löschen – aber vielleicht täusche ich mich auch.

Die Anwohnerparkkarten waren ebenfalls ein grosses Thema und sind es immer noch. Die Fraktion SP/JUSO befürwortet grundsätzlich eine Erhöhung der heute schon fast lächerlich tiefen Tarife. Für 72 Rappen pro Tag kann man rund 12 Quadratmeter öffentlichen Raum mieten. Eine so günstige Mieta muss man zuerst einmal finden. Mit der Gebührenerhöhung können solche Fehlanreize wirksam beseitigt und der Druck auf den öffentlichen Raum reduziert werden. Wie hoch die Tarife schlussendlich sein sollen, welche Abstufung vorgenommen werden soll und wer davon soll profitieren können, ist bei der Revision des Gebührenreglements zu klären, das dem Stadtrat demnächst vorgelegt wird, und nicht heute, in der Budgetdebatte. Aus diesen Gründen lehnen wir alle vorliegenden Anträge zu den Parkkarten ab. Ich betone, dass wir dies nicht deshalb tun, weil wir eine Erhöhung grundsätzlich ablehnen, sondern weil es nicht seriös wäre, schon jetzt Mehr- oder Mindereinnahmen zu budgetieren, die noch gar nicht genau beziffert werden können. Wir sind aber in jedem Fall dagegen, die Gebühren nur für diejenigen Personen zu erhöhen, die sich einen neuen Tesla leisten können, wie es die Fraktion GLP/JGLP mit ihrem Antrag fordert.

Zu den weiteren Anträgen: Das Projekt «Dialog 3» leistet einen sinnvollen und wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Racial Profiling, das leider ein grosses Problem darstellt und von den Verantwortlichen immer noch regelmässig geleugnet und heruntergespielt wird. Wir stimmen deshalb dem Antrag 19 der Fraktion AL/GaP/PdA zu. Dem Antrag 2 von FSU und FinDel bezüglich einer Unterstützung der Fanarbeit stimmen wir ebenfalls zu. Diese unabhängige, niederschwellige, aufsuchende Sozial- und Jugendarbeit, die ihren Schwerpunkt in der Prävention von Gewalt, Rassismus und Homophobie im Umfeld der Fankurve hat – also im Umfeld des grössten Treffpunkts der Jugendlichen in der Region – hat sich sehr bewährt und erfüllt eine wichtige Funktion. Ebenso bewährt hat sich die Drittelsfinanzierung von Stadt, Kanton und dem Fussballclub YB. Eine Kürzung bei der Umsetzung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) durch die Fremdenpolizei lehnen wir ab. Wir stimmen daher dem Antrag 4 von FSU und FinDel zu. Insbesondere bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung dürfen keine Abstriche gemacht werden.

Alle anderen Anträge lehnen wir ab. Teilweise werden die Themen schon in anderen Direktionen bearbeitet, so beispielsweise die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung, teilweise gehen sie in eine völlig falsche Richtung, dies betrifft insbesondere die Anträge der SVP, oder sie sind im Rahmen des Budgets gar nicht umsetzbar, so beispielsweise das Thema der Parkkarten oder die Reduktion des vertraglich geregelten Beitrags an die Kapo – diese Dinge können wir nicht in der Budgetdebatte ändern. Zur Einführung der sogenannten «Bobbies»: Es ist zwar noch einiges offen und auch wir sind gespannt, wie es dereinst konkret aussehen wird. Dass das PI mit Angestellten der Stadt Aufgaben übernimmt, die heute die Kapo wahrnimmt, geht für uns aber grundsätzlich in die richtige Richtung – Regula Bühlmann hat das Stichwort «Stadtpolizei» heute schon genannt. Vielleicht könnte dies ein erster Schritt in Richtung Stadtpolizei sein. Regierungsrat Philippe Müller hat sich jedenfalls schon beklagt. Offenbar hat er Angst, dass seinen Leuten die Arbeit ausgehen könnte. Einen Verzicht auf die Nachhaltigkeitstage lehnen wir ebenfalls ab. Zwar ist auch hier nicht ganz klar, wohin die Reise gehen soll, aber eine Zusammenlegung und eine bessere Koordination der bisherigen Aktionstage in diesem Bereich scheint uns richtig zu sein. Dass Quartiere oder sogar die ganze Stadt auch weiterhin einen autofreien Sonntag erleben können, ohne Dauerbelagerung durch den MIV, ist eine wichtige und schöne Erfahrung für die Bevölkerung, dies nicht zuletzt auch für die Autofahrenden selber.

Regula Bühlmann (GB) für die Fraktion GB/JA!: Eigentlich müsste ich Alexander Feuz den Vortritt lassen, sonst wird es ein bisschen langweilig. Nun denn: Einige unserer Anträge habe ich vorgängig bereits begründet. Ein grosser Teil der übrigen Anträge verdient es nicht, viele Worte darüber zu verlieren. Oft wird mit Budget-Anträgen und PE «doppelt gemoppelt» und es

werden Forderungen gestellt, die eigentlich in eine Motion gehören und in einem Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) wenig bis nichts zu suchen haben. Daneben gibt es Evergreens, die jedes Jahr wieder vorgebracht werden.

Damit ich es noch einmal klar gesagt habe: Die Fraktion GB/JA! schreibt keine Aufträge an die Polizei in den IAFP und sie will kein Geld von der Verkehrsplanung zur Kapo verschieben. Das Budget des PI – dieses ist nicht zu verwechseln mit der Kapo – wollen wir ebenfalls nicht kürzen, sondern wir stimmen der zusätzlichen halben Stelle zu, die beantragt wird. Weiter wollen wir weder auf die Hundetaxe noch auf den Berner Nachhaltigkeitstag verzichten.

Zu den Vorschlägen, die die Fraktion GB/JA! ernst nehmen kann: Mit der Idee einer Feuerwehersatzabgabe können wir gut leben. Wichtig ist für uns aber, dass diese Abgabe nicht zu einer Kopfsteuer wird, sondern dass wir sie so ausgestalten, dass tiefe Einkommen davon nicht betroffen sind. In diesem Sinne stimmen wir der PE 3 von FSU und FinDel zu. Wie wir heute Abend schon einige Male gehört haben, wurde die Bekämpfung von häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie noch dringlicher. Dass der Gemeinderat ausgerechnet jetzt auf das Projekt StoP, das auf einer überwiesenen Motion des Stadtrats beruht, verzichten will, ist kurzsichtig und inakzeptabel. Die Fraktion GB/JA! stimmt daher auch dem Antrag 1 von FSU und FinDel zu. Auch den gleichlautenden PE 7 und 26 stimmen wir zu, obschon sie unnötig wären. Projekte wie «Dialog 3» und die Fanarbeit von YB sind wichtig für das Zusammenleben in der Stadt Bern, sie wirken direkt gegen Gewalt und Hass. Wir stimmen daher sowohl dem Antrag 19 der freien Fraktion sowie dem Antrag 2 von FSU und FinDel zu.

Ich habe nicht vorgehabt, mich nochmals zum Lichtspektakel auf dem Bundesplatz zu äussern, aber nachdem vorhin gesagt wurde, alle seien begeistert und es gebe niemanden, der den Anlass nicht toll finde, möchte ich doch noch kurz etwas dazu sagen. Ich habe festgestellt, dass ich wohl in einer anderen Blase lebe als Sibyl Eigenmann, denn ich kenne relativ viele Leute, die nicht dermassen begeistert sind von diesem Lichtspektakel. Ich kenne auch viele Velofahrende, die nicht so begeistert sind, dass man im Herbst während einer gewissen Zeit ständig einen Umweg um den Bundesplatz fahren muss, ohne direkt umgeleitet zu werden.

Antrag 37: Mit diesem Antrag wird verlangt, dass der städtische Beitrag an die Museumsnacht beibehalten wird, wenn auch in reduzierter Form. Mit dieser Forderung tut sich die Fraktion GB/JA! ein wenig schwer. Es will uns nicht so recht in den Kopf, dass diejenigen Fraktionen, die vorher bei der Kultur eine Sparmassnahme nach der andern durchgewinkt haben, ohne mit der Wimper zu zucken, nun ausgerechnet die Museumsnacht retten wollen. Ihre Antragsbegründung ist immerhin ehrlich: Offenbar reicht eine jährliche Einladung zum Apéro aus, um aus Sparaposteln plötzlich vehemente Verteidigerinnen und Verteidiger von städtischen Unterstützungsgeldern zu machen. Die Fraktion GB/JA! ist an diesen Apéros zwar jeweils eher spärlich vertreten, aber wir stimmen dem Antrag dennoch zu, wenn auch mit einem leichten Kopfschütteln. Wir wollen nicht, dass die Museumsnacht unserer Irritation zum Opfer fällt.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Vorab zu unseren Anträgen: Ich habe bei der Begründung unserer Anträge einen vergessen, nämlich Antrag 31. Wir wollen im Raum Reithalle/Schützenmatte keine rechtsfreie Zone mehr und verlangen daher, dass man der Polizei die entsprechenden Aufträge erteilt, um auf diesem Areal Recht und Ordnung wieder herzustellen. Dies ist für mich eine Selbstverständlichkeit, aber die Tatsache, dass dort ein derartiger Wildwuchs herrscht, zeigt, dass es nicht funktioniert. Zu Antrag 11 betreffend Feuerwehersatzabgabe wird ein Einzelsprecher unserer Fraktion noch weitere Ausführungen machen. Wir haben diesen Antrag zusammen mit der Fraktion GLP/JGLP gestellt. Hätten wir ihn alleine gestellt, wäre er sicher abgelehnt worden. Wir hoffen, dass Sie einsehen, dass es so nicht geht. Nun soll die Abgabe noch einkommensabhängig ausgestaltet werden. So, wie ich die Stadt kenne, wird es so laufen, dass die Vermögenden und die guten Steuerzahler keinen

Feuerwehrdienst leisten können und man diese anders schröpfen will. Für mich ist dies ein Anachronismus: Einerseits hat man die Berufsfeuerwehr und andererseits versucht man, in diesem Bereich noch eine weitere Einnahmemöglichkeit zu schaffen. Dies alleine ist für mich bereits Grund genug, das vorliegende Budget abzulehnen. Natürlich beinhaltet es Sparmassnahmen, aber es geht vor allem darum, abzukassieren.

Bei den Parkkarten haben wir eine Differenz zur Fraktion GLP/JGLP, die fordert, dass die Elektroautos eine wesentlich günstigere Gebühr bezahlen sollen. Es wurde gesagt, die Leute könnten mit dem Velo fahren, denn man habe jetzt die Velostrategie. Ich dachte immer, es sei schön, dass man in der Schweiz noch Fleisch essen kann. Nun wird dies an der Universität Luzern nicht mehr möglich sein. Vorliegend geht es beispielsweise um die Frage, ob man die Grossmutter, die abgelegen wohnt, mit dem Auto besuchen kann oder ob man gezwungen wird, das Velo oder Mobility zu benutzen. Solche Modelle sind keine liberalen Modelle. Ich appelliere daher an die Fraktion GLP/JGLP: Der Zwang, dass alle Velo fahren sollen, hat mit liberalem Gedankengut nichts zu tun. Sie haben immerhin noch den Buchstaben L im Namen. Ihr Antrag ist der falsche Ansatz. Lassen Sie den Leuten die Freiheit, selber zu entscheiden, wie sie es handhaben wollen! Die Gebühren für die Parkkarte sollen teilweise massiv erhöht werden, bis zu 700 Franken. Dies zeigt für mich ganz klar, dass man in der Stadt Bern gewisse Leute nicht mehr haben möchte – dazu gehören auch die Autofahrer. Denken Sie daran, dass es auch Leute gibt, die auf Pikett arbeiten oder Dienstleistungen beispielsweise im Gesundheitsbereich erbringen. Solche Personen sind auf ein Auto angewiesen. Die PdA hat mich einst unterstützt, als ich dazu aufrief, auch an die Pflegenden zu denken. Es geht auch um die Dauer des Arbeitswegs und es ist ein Unterschied, ob Ihr Arbeitsweg 45 Minuten oder eine Stunde und drei Viertel dauert. Auch solche Dinge muss man bei den Arbeitsbedingungen im Auge behalten, wenn es darum geht, zu entscheiden, ob ein Arbeitgeber attraktiv ist oder nicht. Denken Sie daran, dass es auch sein kann, dass ein Betrieb genug vom Ganzen hat und die Stadt verlässt. Ich erinnere daran, dass im Kirchenfeldquartier immer mehr Parkplätze abgebaut werden. Zuerst war die Rede von der Schulwegsicherung. Jetzt wird zusätzlich argumentiert, dass die breiten Feuerwehrautos – mit einer Breite von 2,5 Metern – nicht mehr durch die Schillingstrasse fahren können. Ich wohne an der Schillingstrasse und rechne damit, dass dort ebenfalls Parkplätze aufgehoben werden. Sie sehen, dass diesbezüglich eine ganze Offensive im Gange ist – und Sie wollen die Parkkartengebühren erhöhen? Es kann sein, dass die Leute mit den Füßen oder mit dem Auto abstimmen und die Stadt Bern verlassen. Alle Klimaziele, die Sie predigen und hochhalten, würden dann nicht funktionieren. Ich habe schon gesagt, dass dies der falsche Ansatz ist. Vielleicht gehört es ja zur ganzen Strategie, dass man die Menschen mit Autos aus der Stadt vertreibt und diejenigen ohne Autos in die Stadt holt. Eins ist jedenfalls klar: Die Klimaziele erreichen Sie nicht, wenn Sie noch viel mehr Leute in die Stadt holen.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Antrag 18: Die Fraktion FDP/JF lehnt diesen Antrag ab. Kürzlich konnte man in der Zeitung lesen, dass am Wochenende innerhalb von 24 Stunden sechs Überfälle stattfanden. Wenn man sich beim Lesen erinnert, dass man sich ein paar Minuten vorher in einer Nebengasse befunden hat, gibt einem das zu denken. Sodann plädiere ich dafür, dass auch Mütter und Väter weiterhin ihre Kinderwagen über die Pflastersteine der Altstadt schieben können in der Hoffnung, dass ihre Kinder einschlafen. Ich bin gegen die beantragte Kürzung.

Antrag 23: Die Interventionsgruppe Pinto fördert im öffentlichen Raum gezielt, ich zitiere, «Rücksichtnahme, Verständnis und Toleranz». Die Ortspolizei gewährleistet die Sicherheit im öffentlichen Raum – dies ist nicht dasselbe. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen, da Pinto andernfalls einen Zielkonflikt hat und die betreffenden Personen nicht mehr so arbeiten können, wie sie dies gerne tun möchten.

Anträge 30 und 31: Diese Anträge lehnt die Fraktion FDP/JF ab. Die Forderungen gehören nicht in eine PE zum IAFP, sondern – wenn schon – in einen entsprechenden Vorstoss.

Anträge 9 und 10: Auch diese Anträge lehnen wir ab, da die Forderungen rechtlich nicht umsetzbar sind. Die Gemeinde kann Gebühren verlangen, weil das Fahrzeug den öffentlichen Grund übermässig beansprucht, ich spreche vom sogenannten gesteigerten Gemeingebrauch. Meines Wissens gibt es zwischen den beiden Fahrzeugtypen keinen nennenswerten Unterschied bei der Grösse. Es spielt also keine Rolle, ob es sich um ein Elektrofahrzeug handelt oder nicht – aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren. Diese Forderung ist schlicht nicht umsetzbar, weshalb die Fraktion FDP/JF den Antrag ablehnt und Sie bittet, dies ebenfalls zu tun.

Antrag 12: Auch diesen Antrag lehnen wir ab. Wer das Politgeschehen ein wenig verfolgt, weiss, dass Steuern kommen, um zu bleiben. Noch selten wurde eine Steuer nach ihrer provisorischen Einführung wieder aufgehoben. Zudem sind die Aufwendungen in der Verwaltung, eine solche Steuer einzuführen, enorm hoch. Es wäre daher absolut unverhältnismässig, die Feuerwehersatzabgabe nur befristet einzuführen.

Antrag 21: Auch diesen Antrag lehnt die Fraktion FDP/JF ab. Ich betone, dass das Lichtspektakel Wertschöpfung in der Höhe von mehrstelligen Millionenbeträgen generiert. Es handelt sich ausnahmsweise um ein echtes «Return on Investment». Anders als meine Vorrednerin bin ich der Meinung, dass wir gerade als Stadtrat für die Hotellerie- und Gastronomieszene ein Zeichen setzen müssen, da diese durch die anhaltende Pandemie arg gebeutelt ist.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP trägt das Budget der Direktion SUE grundsätzlich mit, wie unser Fraktionschef, Lukas Gutzwiller, eingangs der heutigen Debatte bereits begründet hat. Wir unterstützen aber einzelne der vorliegenden Anträge. Sie wurden von verschiedenen Vorrednerinnen und Vorrednern ebenfalls schon sehr gut begründet, weshalb ich nur noch kurz darauf eingehe.

Unser Antrag 37 wird von der Mitte und der FDP ebenfalls unterstützt. Wir verlangen, dass der Beitrag an die Museumsnacht nicht ganz gestrichen, sondern gekürzt wird. Weiter wollen wir keine Kürzung beim Projekt StoP und stimmen daher den Anträgen 26 und 1 zu. Auch bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung sind wir gegen eine Kürzung. Die Fremdenpolizei soll diese üblen Machenschaften mit den ursprünglich angedachten Mitteln bekämpfen können, weshalb wir auch dem Antrag 4 zustimmen. Weiter sind wir gegen eine Kürzung bei der YB-Fanarbeit, denn bei einer kurzfristigen Einsparung im Bereich Gewalt- und Rassismusprävention drohen rasch langfristige Folgekosten. Aus diesem Grund unterstützen wir auch Antrag 2. Zu guter Letzt unterstützen wir auch die Einführung einer Feuerwehersatzabgabe, weshalb wir dem Antrag 3 zustimmen. Damit wollen wir auch sicherstellen, dass diese Ersatzabgabe einkommensabhängig ausgestaltet wird.

Zur SUE gehört auch das AfU. In diesem Bereich möchte ich einen Schwerpunkt setzen. Zuerst möchte ich daran erinnern, dass wir mit dem Lebensstil, den wir uns leisten, weltweit einen ökologischen Fussabdruck von mindestens drei Planeten haben. Die Stadt Bern trägt selbstverständlich auch ihren Teil dazu bei. Wir führen heute Abend eine Finanzdebatte und ich möchte für Sie gerne übersetzen, was es bedeuten würde, wenn wir zu den natürlichen Ressourcen eine Bilanz und eine Erfolgsrechnung einführen würden. Auf der einen Seite hätten wir einen Ertrag von 1 Mrd. Einheiten, auf der anderen Seite einen Aufwand von mindestens 3 Mrd. Einheiten. Übersetzt würde dies heissen, dass jährlich ein Verlust von 70% des ganzen Umsatzes ausgewiesen würde. Das Eigenkapital ist nicht unendlich und es stellt sich die Frage, wann die natürlichen Ressourcen in einen Bilanzfehlbetrag münden. Ich bin überzeugt, dass gerade Sie, die Sie so stark auf die Finanzen schauen, unter diesen Umständen schon längst jeden CEO entlassen hätten – wenn jährlich ein Verlust von 70% erwirtschaftet werden würde.

Zurück zum Budget: Sie wissen, dass der Gemeinderat vor zwei Jahren ein Klimamassnahmen-Paket präsentierte. Es kann daher nicht sein, dass einzelne Elemente daraus aus finanziellen Gründen herausgebrochen werden, so beispielsweise der Punkt 8g der Energie- und Klimastrategie. Der Gemeinderat schlägt vor, Massnahmen zu einer «Sharing Economy» sowie die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung auf die lange Bank zu schieben. Ich spreche von den Anträgen 8 und 20. Die konkrete Umsetzung des Pariser Abkommens im Bereich der Vermögensbewirtschaftung ist in der Stadt Bern heute nicht definiert. Um die Pariser Klimaziele einhalten zu können, ist es daher notwendig, dass die Stadt im Hinblick auf die Klimaverträglichkeit auch ihre eigene Infrastruktur durchleuchtet. Ich denke dabei beispielsweise an die städtischen Parkhäuser oder an die Beteiligung am Flugplatz Belp. Weil es sich um einen längerfristigen Prozess handelt, die resultierenden Massnahmen überhaupt in Gang zu setzen, ist jedes weitere verschobene Jahr ohne Strategie ein verlorenes Jahr, zumal der Gemeinderat die Notwendigkeit dazu ja erkannt hat.

Zu den Gebühren für die Anwohnerparkkarten: Dazu wurden verschiedene Anträge eingereicht. Die Fraktion GFL/EVP ist der Ansicht, dass eine Grundsatzdiskussion zum Thema im Moment nicht zielführend ist, sondern dass diese im Rahmen des entsprechenden Gebührenreglements des Gemeinderats geführt werden soll. Bei den Parkkarten geht es um eine Vermietung des öffentlichen Raums und diese ist grundsätzlich nicht abhängig von der Antriebsart eines Automotors. Aber weil auch wir den Anteil an erneuerbarer Energie zulasten der fossilen Energie rasch steigern wollen und weil wir in der Stadt keine anderen Steuerungsmöglichkeiten haben, sind die Parkkartengebühren für uns durchaus auch ein geeignetes Instrument, um diesbezüglich zu unterscheiden. Beim entsprechenden Antrag der Fraktion GLP/JGLP werden wir uns jedoch der Stimme enthalten. Den Antrag 22 der Fraktion GB/JA! lehnen wir hingegen ab, denn es gibt in der Stadt durchaus Menschen, die aus beruflichen Gründen tatsächlich auf ein Auto angewiesen sind. Vor allem sind wir der Meinung, dass der Sprung zu radikal und zu gross ist. Auch wenn einem die Autofahrenden nicht sehr am Herzen liegen und auch wenn man sehr ökologisch denkt, nimmt man nicht ohne weiteres – sozusagen Knall auf Fall – eine Erhöhung von 264 Franken auf 700 Franken vor – auch frau nicht. Die Fraktion GFL/EVP unterstützt daher heute den Antrag des Gemeinderats.

Abschliessend möchten wir Gemeinderat Reto Nause und seinen Mitarbeitenden für ihre tägliche Arbeit unter den gegenwärtigen, widrigen Umständen danken. Die Umstände sind tatsächlich schwierig, nicht nur wegen des Spardrucks, sondern – gerade in der SUE – auch wegen der Corona-Pandemie.

Tabea Rai (AL) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Die Mehrheit der freien Fraktion lehnt alle Anträge ab, mit Ausnahme derjenigen der FSU sowie der Fraktionen GB/JA! und SP/JUSO. Wir sind ganz klar gegen eine Ausweitung der Ressourcen in den Bereichen Polizei und Sicherheit, wie ich im Rahmen der Antragsbegründung bereits ausgeführt habe. Sodann erachten wir es als sehr wichtig, dass in die Sensibilisierungsarbeit und die Bildung investiert wird. Aus diesen Gründen haben wir entsprechende Anträge zu den Projekten «Dialog 3» und StoP gestellt. Die Anträge der SVP lehnen wir alle ab, mit Ausnahme derjenigen zur Hundetaxe. Wir sind der Meinung, dass auch Armutsbetroffene die Möglichkeit haben sollen, sich einen Hund zu leisten. Weiter sind wir gegen mehr Parkplätze und gegen das andauernde «Reitschul-Bashing» in jeder nur möglichen Situation. Wäre die Schützenmatte ein so rechtsfreier Raum, wie es die SVP immer behauptet, könnte man dort nicht Woche für Woche beobachten, wie die Polizei Racial Profiling betreibt und sogenannte Kleinkriminellen nachjagt. Auch den Antrag 4 von FSU und FinDel lehnen wir ab. Die Begründung ist sehr fadenscheinig. Mit dieser Massnahme werden nicht Menschenhandel und Arbeitsausbeutung bekämpft, sondern Betroffene werden auf diese Weise noch mehr prekariert. Es geht nur darum, illegalisierte

Menschen abzuschieben. Auf diese Weise schadet man schlussendlich auch nur den Betroffenen.

Weiter lehnen wir auch die Anträge der Fraktion GLP/JGLP ab, welche verlangen, dass die Gebühren für vollständig elektrisch betriebene Fahrzeuge nicht erhöht werden. Langsam sollten wir alle wissen, dass ein Umstieg von Fahrzeugen, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden, auf vollständig elektrisch betriebene Fahrzeuge nicht per se ökologischer ist. Wenn man schon über Anreizsysteme sprechen will, dann muss es darum gehen, Anreize zu schaffen, gar nicht mehr Auto zu fahren, anstatt auf etwas weniger schädliche Fahrzeuge umzusteigen. Aus diesen Gründen stimmen wir auch der Erhöhung der Parkgebühren zu, und zwar sowohl so, wie es die Fraktion GB/JA! fordert, als auch grundsätzlich. Als linkes und weibliches Parlament können wir jetzt zeigen, dass unsere Zusammensetzung auch im Hinblick auf feministische und antirassistische Anliegen etwas bringt. Abschliessend erlaube ich mir noch eine Bemerkung am Rande zur sogenannten Kulturförderung: Wenn es darum geht, lokale Kulturschaffende zu unterstützen, die während der Pandemie gelitten haben, ist man dagegen und lehnt alle entsprechenden Anträge ab. Beim Lichtspektakel hingegen begründet man die Anträge plötzlich mit Kulturförderung. Dies ist in unseren Augen heuchlerisch.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Michael Sutter hat gesagt, unsere Fraktion habe einen Antrag eingereicht, der Teslas bevorzuge. Dazu muss ich selbstverständlich Stellung nehmen. Grundsätzlich variieren die Tesla-Modelle im Preis sehr stark. Es gibt die Modelle S, E, X und Y und die Preise gehen von 40 000 Franken bis 120 000 Franken, bei voller Ausstattung sogar bis 150 000 Franken respektive 170 000 Franken für das Modell S Plaid. Damit will ich sagen, dass Sie sich auch einen Parkplatz leisten können, wenn Sie sich einen Tesla leisten können. In diesem Sinn ist das Ganze überhaupt kein Argument für oder gegen einen Tesla, denn das Fahrzeugmodell hat keinen Einfluss auf den Parkplatzpreis. Wenn wir von den günstigeren Elektrofahrzeugen sprechen, muss man festhalten, dass dies nur der Ankaufpreis ist. Ich denke beispielsweise an den Tesla Modell E oder an Fahrzeuge anderer Hersteller – Renault Zoe, Nissan Leaf oder VW ID.3 oder ID.4 – es werden noch viele weitere kommen. Es gibt viele, die günstiger sind als der Tesla und die sich viel mehr Leute leisten können. Zum Ankaufspreis dazu kommen die Betriebs- und Unterhaltskosten. Die Lebenszykluskosten dieser Autos sind schon heute günstiger als diejenigen eines Benzin- oder Dieselaautos. Mit der Aussage, Elektroautos seien Fahrzeuge für Reiche, bedient man ein Klischee der SP, dem entschieden entgegengetreten werden muss.

Die SP möchte erst bei der Debatte zum Gebührenreglement über eine Erhöhung der Preise diskutieren und nicht schon jetzt, in der Budgetdebatte. Dies erstaunt mich ein wenig, freut mich aber auch, weil es bedeutet, dass die Fraktion SP/JUSO den Antrag 15 der Fraktion FDP/JF annimmt. Mit diesem Antrag wird verlangt, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagene Erhöhung rückgängig gemacht wird. Nur auf diese Weise haben wir im Budget keine Einnahmen, die der Diskussion über das Gebührenreglement vorgreifen.

Zur Umweltbilanz, die von mehreren Seiten angesprochen wurde: Die seriösen Studien zeigen, dass es bei der CO₂-Bilanz von Elektrofahrzeugen versus Fahrzeugen mit Verbrennermotor keine Diskussion gibt. Bezüglich der Lebenszykluskosten hinsichtlich des CO₂-Verbrauchs ist zu sagen, dass das Elektroauto natürlich mit einem etwas grösseren Rucksack beginnt, aber im Betrieb – auf die ganze Lebensdauer gesehen – holt es längst auf, in der Schweiz, mit einem relativ grünen Strom-Mix, ohnehin. Dazu kommen weitere Vorteile des Elektroautos, die es rechtfertigen würden, das Äquivalenzprinzip nicht anzuwenden, das die Sprecherin der FDP erwähnt hat. Immerhin haben Elektroautos keine lokalen Emissionen: Keine unverbrannten Kohlenwasserstoffe, keine Stickstoffoxide und keine Lärmemissionen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass es auf EU-Ebene eine Lobby sogar geschafft hat, dass für Elektroautos künstliche Geräusche vorgeschrieben werden. Das heisst, dass

Elektroautos sogar zu gut sind. Es ist daher sehr wohl sinnvoll, dass man bei den Gebühren für Parkplätze zwischen Elektro- und Verbrennermotor unterscheidet, ohne das Äquivalenzprinzip dadurch zu verletzen.

Zum letzten Argument: Wir reduzieren die Anzahl Parkplätze laufend. Dies führt in gewissen Quartieren zum Spiel «Lumpe lege» oder «Reise nach Jerusalem», wie es auf Hochdeutsch heisst. Man fährt also durchs Quartier und sucht den letzten freien Parkplatz, weil alle anderen schon vergeben sind. Wenn man die Anzahl Parkplätze reduziert, müssen die Preise dementsprechend erhöht werden. Auf diese Weise sind diejenigen, die tatsächlich einen Parkplatz brauchen, froh, weil sie nur so auch effektiv einen finden, denn andere, die nicht zwingend einen Parkplatz benötigen, verzichten auf das Auto, wenn das Parkieren teurer wird. Ich appelliere an Ihr ökologisches Gewissen und bitte Sie darum, die erwähnten Anträge zu unterstützen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Der Gemeinderat lehnt alle Erhöhungen, aber auch alle Kürzungen des Budgets der Direktion SUE ab. Folgen Sie dem Gemeinderat, dann liegen Sie auf der richtigen Linie!

Zur Kapo: Es wurden Äusserungen gemacht, die nicht stimmen, weshalb ich zwei oder drei Dinge klarstellen muss. Die Kapo hat seit Jahr und Tag ein unverändertes Budget, es werden höchstens Werte im Bereich der Teuerung korrigiert. Gleichzeitig nehmen Gewalt und Übergriffe im öffentlichen Raum zu. Aus meiner Sicht als Sicherheitsdirektor sind Kürzungen im Bereich der Kapo nicht gut. Diese Kürzungen, die wir hier vornehmen – als Teil des Finanzierungs- und Investitionsprogramms FIT – stellen eigentlich einen Verstoss gegen den Volkswillen dar, denn das Volk hiess vor ungefähr fünf Jahren die Aufstockung bei der Kapo gut, und zwar deutlich. Aber natürlich sehen auch wir, dass wir uns finanziell in einer schwierigen Situation befinden, weshalb Ihnen der Gemeinderat das Budget so vorlegt. Aber bitte übersteuern Sie das Ganze nicht und funken Sie nicht hinein! Andernfalls haben wir tatsächlich ein Problem, wenn es darum geht, die Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten zu können. Ich bitte Sie daher, die Anträge 18 und 23 abzulehnen.

Zur Feuerwehersatzabgabe: Diese ist keine neue Steuer, sondern im ganzen Kanton Bern Usus. Eine solche Abgabe gibt es vielerorts, namentlich auch in Ostermündigen, der Gemeinde also, mit der wir demnächst fusionieren werden. Es stimmt nicht, dass die Stadt Bern nur über eine Berufsfeuerwehr verfügt. Wir haben eine Berufs- und eine Milizfeuerwehr. Das Milizelement ist ein wichtiges Element und wird in Zukunft vermehrt zum Zug kommen, denn wir gehen davon aus, dass Hochwassersituationen, Unwetter und dergleichen eine zunehmende Belastung darstellen werden. Wir werden daher voraussichtlich auch Probleme haben, den Nachwuchs im Bereich der Feuerwehr zu rekrutieren.

Zum Nachhaltigkeitstag: Den Antrag der Fraktion FDP/JF verstehe ich nicht. Wir haben den Beitrag an den Nachhaltigkeitstag bereits halbiert. Nun wollen Sie diesen Beitrag ganz streichen, was ich unfair finde. Diejenigen, die bereits einen Beitrag leisten, werden auf diese Weise gleich doppelt bestraft – das geht nicht.

Zum Lichtspektakel auf dem Bundesplatz: Liebe Regula Bühlmann, Sie erhalten demnächst ein Denkmal als Totengräberin dieses Anlasses und als Totengräberin der Berner Gastronomie. Lachen Sie nur – so ist es! Der Gemeinderat hat in seinen Legislaturzielen festgelegt, dass wir eine belebte Innenstadt wollen und diese wieder mit Leuten füllen wollen. Das Lichtspektakel auf dem Bundesplatz zieht in normalen Jahren rund eine halbe Million Besucherinnen und Besucher an. Diese Leute flanieren durch die Innenstadt und essen vor oder nach dem Anlass etwas. Bei der letzten Debatte in diesem Rat haben Sie gesagt, dass private Geldgeber in die Bresche springen können. Ich habe mich also bemüht, private Geldgeber zu finden. Diese sind zwar durchaus bereit, einen Beitrag zu leisten – und tun das auch – aber wenn die Stadt keinen Franken bezahlt, verabschieden sie sich ebenfalls. Aus diesem Grund

erhalten Sie ein Denkmal und haben schicklich das Begräbnis des Lichtspektakels auf dem Bundesplatz vorbereitet. Ich bitte Sie alle, diesen Antrag abzulehnen, denn in der aktuellen Zeit, insbesondere während der Corona-Pandemie, handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot – ja, es ist ein gratis Angebot, eigentlich sogar ein grünes Angebot! Die Leute können nach Bern kommen und sich inspirieren lassen. Übrigens bilden die 17 SDG der Uno das Motto des diesjährigen Lichtspiels. Es geht also um Nachhaltigkeit und um ein grünes Lichtspektakel, das die Grünen beerdigen wollen – so etwas verstehe ich nicht. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Anträgen des Gemeinderats folgen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 18 AL/GaP/PdA ab. (14 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 102*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23 GB/JA! ab. (20 Ja, 54 Nein) *Abst.Nr. 103*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 30 SVP ab. (6 Ja, 67 Nein) *Abst.Nr. 104*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 31 SVP ab. (6 Ja, 68 Nein) *Abst.Nr. 105*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 8 AL, PdA zu. (39 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 106*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13 FDP/JF ab. (27 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 107*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 34 SVP ab. (10 Ja, 64 Nein) *Abst.Nr. 108*
8. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 35 SVP ab. (16 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 109*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 GLP/JGLP ab. (24 Ja, 43 Nein, 7 Enthaltungen) *Abst.Nr. 110*
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15 FDP/JF ab. (15 Ja, 59 Nein) *Abst.Nr. 111*
11. Antrag 3 FSU/FD obsiegt gegenüber Antrag 11 GLP/JGLP, SVP und Antrag 16 FDP/JF in der Gegenüberstellung. (46 Ja, 27 Nein) *Abst.Nr. 113*
12. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 FSU/FD zu. (53 Ja, 21 Nein) *Abst.Nr. 114*
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 GLP/JGLP ab. (20 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 115*
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 FDP/JF ab. (24 Ja, 46 Nein, 3 Enthaltungen) *Abst.Nr. 116*
15. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 7 AL/GaP/PdA zu. (47 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 117*
16. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 26 SP/JUSO zu. (47 Ja, 25 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 118*
17. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 19 AL/GaP/PdA zu. (40 Ja, 31 Nein, 3 Enthaltungen) *Abst.Nr. 119*
18. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 5 FSU, FD zu. (69 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 120*
19. Der Stadtrat lehnt den Antrag 32 SVP ab. (5 Ja, 69 Nein) *Abst.Nr. 121*
20. Der Stadtrat lehnt den Antrag 33 SVP ab. (6 Ja, 68 Nein) *Abst.Nr. 122*
21. Der Stadtrat lehnt den Antrag 25 Mitte und den Antrag 14 FDP/JF ab. (28 Ja, 46 Nein) *Abst.Nr. 123*
22. Der Stadtrat lehnt den Antrag 20 GB/JA! ab. (29 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 124*
23. Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 GB/JA! ab. (21 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 125*
24. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 FSU, FD zu. (59 Ja, 11 Nein, 4 Enthaltungen) *Abst.Nr. 126*
25. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 GLP/JGLP ab. (23 Ja, 43 Nein, 7 Enthaltungen) *Abst.Nr. 127*
26. Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 GB/JA! ab. (31 Ja, 32 Nein, 11 Enthaltungen) *Abst.Nr. 128*
27. Der Stadtrat lehnt den Antrag 21 GB/JA! ab. (21 Ja, 51 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 129*
28. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 37 GFL/EVP, Mitte, FDP/JF zu. (41 Ja, 33 Nein) *Abst.Nr. 130*
29. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 FSU, FD zu. (72 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 131*
30. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4 FSU, FD zu. (52 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 132*
31. Der Stadtrat lehnt den Antrag 33 SVP ab. (14 Ja, 58 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 133*
32. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 FSU, FD zu. (48 Ja, 24 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 134*

Traktandenliste

Die Fortsetzung der Beratung zu den Traktanden 4 und 5 wird auf die Sitzung vom 16. September 2021 verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Motion Eva Gammenthaler (AL): Keine Gewehre mehr im Tierpark Dählhölzli
2. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Fuchs, SVP): Verkauf des Alters- und Pflegeheim Kühlewil: liegt das Geschäft wirklich im wohl verstandenen Interesse des Steuerzahlers? Wurde bei einem späteren Verkauf zu einem höheren Preis an Dritte eine Gewinnbeteiligung vereinbart? Wieso wurden trotz Verkaufs des Blumenhauses neue Fenster bestellt?

andere Eingänge

Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrates; Änderungsantrag Manuel C. Widmer (GFL): Antrag auf Änderung des Geschäftsreglements des Stadtrats (GRSR) nach Art. 82 GRSR (zu Art. 49 GRSR)

Schluss der Sitzung: 22.40 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

15.11.2021

X 

Signiert von: Kurt Rügsegger (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

04.02.2022

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Qualified Signature)